RFG

SCHRIFTENREIHE
RECHT & FINANZEN
FÜR GEMEINDEN

03/2019 03

Auer/Bogensberger/Holzapfel/Hörmann/Pfau/
Pircher/Schleritzko

Erstmalige Erstellung des Voranschlags nach der VRV 2015

- Voranschlag 2020 – Umsetzungsschritte und praktische Hinweise
- Musterbeispiel zur Erstellung des Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlags
- Beschluss des Voranschlags sowie der Eröffnungsbilanz im Gemeinderat

Österreichischer Gemeindebund
NÖ Gemeindeberatung
BDO
KS Steuerberatung Unternehmensberatung
leitner leitner
MANZ

Autorenverzeichnis:

Mag. (FH) Andreas Auer
Österreichischer Gemeindebund
Löwelstraße 6
1010 Wien
office@gemeindebund.gv.at

Mag. Maria Bogensberger
Quantum Institut für betriebswirtschaftliche Beratung GmbH
St. Veiter Straße 1
9020 Klagenfurt am Wörthersee
bogensberger@quantum-gmbh.at

Elisa Holzapfel, BA
NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgesmbH
Neue Herrengasse 10/4
3100 St. Pölten
office@noegbg.at

MMag. Dr. Hans-Jörg Hörmann
Amt der Steiermärkischen Landesregierung,
Referat Gemeindeaufsicht und Wirtschaftliche Angelegenheiten
Burgring
8011 Graz
hans-joerg.hoermann@stmk.gv.at

Dr. Christina Pfau
Bundesministerium für Finanzen
Johannesgasse 5
1010 Wien
christina.pfau@bmf.gv.at

Dr. Gerhard Pircher
NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgesmbH
Neue Herrengasse 10/4
3100 St. Pölten
office@noegbg.at

Christian Schleritzko, MSc
Österreichischer Gemeindebund
Löwelstraße 6
1010 Wien
office@gemeindebund.gv.at

Dr. Walter Leiss
Generalsekretär Gemeindebund

Bgm. Mag. Alfred Riedl
Präsident Gemeindebund

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nach den vorangegangenen Ausgaben „Kommunale Haushaltsrechtsreform und VRV 2015“ mit einer grundsätzlichen Einführung zur neuen Rechtslage und „Leitfaden für die Eröffnungsbilanz nach der VRV 2015“ zur Unterstützung der Vermögenserhebung und -bewertung widmet sich der Autorenkreis aus Gemeindeaufsicht, Finanzministerium sowie Steuer- und Wirtschaftsberatung im vorliegenden Heft dem nunmehr nach der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV 2015) für die Gemeinden zu erstellenden Voranschlag 2020.

In dieser Ausgabe „Erstmalige Erstellung des Voranschlags nach der VRV 2015“ werden die Vorgaben und Datengrundlagen der einzelnen Budgetelemente ebenso wie die nötigen Vorarbeiten und Umsetzungsschritte dargestellt. Als Hilfestellung für die praktische Umsetzung wird der Budgetprozess anhand eines Musterbeispiels verdeutlicht. Ebenso wird darauf eingegangen, wann der Beschluss der Eröffnungsbilanz im Gemeinderat sinnvoll und erforderlich ist.

Wir hoffen, dass Ihnen dieses Heft bei der nun erstmaligen Erstellung Ihres Voranschlags nach der VRV 2015 beim Budgetvollzug Unterstützung bieten kann und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre. Abschließend möchten wir noch darauf hinweisen, dass diese umfassende Reform des kommunalen Haushaltsrechts für alle Ebenen – von der Verwaltung, über die Politik bis hin zur Kontrolle – eine enorme Herausforderung darstellt, und es dementsprechend eines gewissen Verständnisses aller Beteiligten bedarf, dass die Umsetzung der VRV 2015 wohl nicht sofort und überall fehlerlos vonstattengehen wird.

Herzlichst

Generalsekretär Gemeindebund
Dr. Walter Leiss

Präsident Gemeindebund
Bgm. Mag. Alfred Riedl

Wien, Oktober 2019

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Der neue Voranschlag für Länder und Gemeinden (Dr. Christina Pfau) 5
1.1 Rechtliche Grundlagen 5
1.1.1 Bestandteile 5
1.1.2 Ziele und Grundsätze 7
1.1.3 Gliederung 9
1.2 Ausblick 10

2. Wesen des Voranschlags
(MMag. Dr. Hans-Jörg Hörmann / Mag. Maria Bogensberger) 12
2.1 Mustervoranschlag 13
2.2 Kontenplan – Kontierungsleitfaden 14
2.3 Vergleichswerte im Voranschlag 16

3. Erstmalige Erstellung des VA 2020 – Datengrundlage und Umsetzungsschritte
(Christian Schleritzko, MSc / Mag. (FH) Andreas Auer / Elisa Holzapfel, BA / Dr. Gerhard Pircher) 18
3.1 Aufbau und Gliederung der Budgetebenen 18
3.2 Überlegungen zu Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag 19
3.3 Operative Gebarung 24
3.3.1 Einleitung − finanzierungswirksame Konten der operativen Haushalte 24
3.3.1.1 Budgetieren auf Einzelkonten, am Beispiel der Vorschreibung der Grundsteuer 25
3.3.1.2 am Beispiel von Personalausgaben 25
3.3.2 Berücksichtigung von Forderungen und Verbindlichkeiten 26
3.3.2.1 am Beispiel von Instandhaltungsmaßnahmen 27
3.3.3 Bedarfszuweisungen 27
3.4 Projekte: Investitionen und ihre Finanzierung 28
3.5 Wirtschaftliche Abgrenzung der nicht finanzierungswirksamen Konten 28
3.5.1 Umfeld und notwendige Vorarbeiten 28
3.6 Abschreibungen 29
3.6.1 Auflösung von Investitionszuschüssen 30
3.6.2 Rückstellungen 30
3.6.3 Rechnungsabgrenzungen 31
3.6.4 Vorräte 31
3.7 Abschließend 31

4. Beschluss erstmaliger Voranschlag und Beschluss Eröffnungsbilanz – keine zeitliche Abhängigkeit
(Christian Schleritzko, MSc / Mag. (FH) Andreas Auer / Elisa Holzapfel, BA / Dr. Gerhard Pircher) 33

5. Voranschlagserstellung – erste praktische Hinweise
(MMag. Dr. Hans-Jörg Hörmann / Mag. Maria Bogensberger) 37
5.1 Der Ergebnisvoranschlag (E-VA) 39
5.2 Der Finanzierungsvoranschlag (F-VA) 48
5.2.1 Veränderung der liquiden Mittel 48
5.2.2 Nicht voranschlagswirksame Gebarung 49
5.2.3 Operative Gebarung 49
5.2.4 Investive Gebarung 49
5.2.5 Finanzierungstätigkeit 50
5.2.6 Allgemeiner Grundsatz für den Finanzierungsvoranschlag 51
5.3 Planung der operativen Gebarung (F-VA) 51
5.4 Planung der Investitionstätigkeit (F-VA) 57
5.4.1 Vorhaben, investive Vorhaben und Vorhabencode 57
5.4.2 Übernahme der Investitionstätigkeit aus dem aoH 58
5.4.3 Planung neuer Vorhaben der Investitionstätigkeit 65
5.4.3.1 Berechnung der frei verfügbaren Mittel 65
5.4.3.2 Planung neuer investiver Vorhaben 67
5.5 Planung der Finanzierungstätigkeit 74
5.6 Planung der zweckgebundenen Haushaltsrücklagen 77
5.6.1 Haushaltsrücklagen mit ZMR 77
5.6.2 Haushaltsrücklagen ohne ZMR - Bedarfszuweisungen 82
5.7 Ergebnis des E-VA 86

Autorenverzeichnis 94

Abbildungsverzeichnis 96

Beispielverzeichnis 97

Tabellenverzeichnis 98

Abkürzungsverzeichnis 99

Literaturverzeichnis 101

Reihenübersicht 103

1. DER NEUE VORANSCHLAG FÜR LÄNDER UND GEMEINDEN

(Dr. Christina Pfau)

1.1 Rechtliche Grundlagen

Die VRV 2015 ist die maßgebende Grundlage des neuen Voranschlags. Die Kompetenz dafür enthält die Finanz-Verfassung[1], die normiert, dass der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Gebietskörperschaften[2] insoweit regeln kann, als dies zur Vereinheitlichung erforderlich ist.

In diesem Beitrag sollen die rechtlichen Grundlagen des Voranschlags der Länder und Gemeinden ab dem kommenden Jahr zusammengefasst dargestellt werden.

1.1.1 Bestandteile

Die VRV 2015[3] zählt die Mindestbestandteile des Voranschlags auf.

Neben dem Stellenplan für den Gesamthaushalt und dem Finanzierungsvoranschlag mit allen geplanten Ein- und Auszahlungen ist neu, dass auch ein Ergebnisvoranschlag, in dem Aufwendungen und Erträge zu veranschlagen sind, Gegenstand des Voranschlags ist.

Mit der Novelle der VRV 2015 wurden Präzisierungen hinsichtlich des ab 2020 verpflichtend[4] darzustellenden Detailnachweis auf Kontenebene vorgenommen:

Auch jene Länder, die eine Budgetierung nach § 6 Abs. 2[5] vornehmen, haben den Detailnachweis auf Kontenebene im Internet barrierefrei und ohne Angabe schützenswerter personenbezogener Informationen zur Verfügung zu stellen.

Wie dieser für eine kleine, mittlere und große Gemeinde aussieht, ist im Projekt Muster-Voranschlag und -Rechnungsabschlüsse ausgearbeitet worden (siehe dazu die Unterlagen wie zB auch den Endbericht, der auf der Homepage des Bundesministeriums für

---

1 § 16 Abs. 1 Finanz-Verfassungsgesetz 1948 (F-VG).

2 Gemeindeverbände sind vom Geltungsbereich der VRV 2015 grundsätzlich nicht erfasst. Gem. FAG-Paktum haben große Gemeindeverbände mit einem Budgetvolumen von mehr als EUR 700.000,-- (aktueller Schwellenwert des § 189 UGB) die VRV 2015 anzuwenden. Ist das Budgetvolumen kleiner, ist es ausreichend, eine Finanzierungsrechnung sowie die damit in Verbindung stehenden Anlagen vorzulegen.

3 § 5 Abs. 1 Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015). Soweit im Folgenden keine Rechtsquelle bei Paragraphen bzw Anlagen angegeben ist, handelt es sich um Bestimmungen der VRV 2015.

4 Der Detailnachweis auf Kontenebene ist von allen Gemeinden und jenen Ländern, die keine Budgetierung nach § 6 Abs. 2 vornehmen, im Voranschlag darzustellen (vgl. § 5 Abs. 1 Z 3).

5 Das sind Länder, die die Grundsätze der Wirkungsorientierung im Rahmen des Haushaltsrechts verankert haben und anwenden (zB die Steiermark), müssen den Detailnachweis auf Kontenebene nicht im Voranschlag aufnehmen, haben ihn jedoch im Internet zu veröffentlichen.

Finanzen veröffentlicht wurde https://www.bmf.gv.at/budget/finanzbeziehungen-zu-laendern-und-gemeinden/323315.html).

Dem Voranschlag sind eine Übersicht über den Ergebnis[6]- und den Finanzierungshaushalt[7] sowie der Voranschlagsquerschnitt[8] voranzustellen[9].

Zusätzlich ist normiert, dass folgende Beilagen[10] dem Voranschlag beizulegen sind:

1. ein Nachweis über Transferzahlungen von Trägern und an Träger des öffentlichen Rechts[11],
2. ein Nachweis über Zuführungen an und Entnahmen von Zahlungsmittelreserven und Haushaltsrücklagen[12],
3. ein Nachweis über den voraussichtlichen Stand der Finanzschulden am Schluss des dem Voranschlagsjahr vorangegangenen Finanzjahres, sowie über den Schuldendienst im Voranschlagsjahr[13],
4. einen Nachweis über haushaltsinterne Vergütungen[14].

Die Erläuterungen präzisieren die Vorgabe − alle Beilagen dem Voranschlag beizufügen − dahingehend, dass im Falle des Fehlens von Sachverhalten, die entsprechende Beilage zum Voranschlag entfallen kann.

Zu beachten ist, dass die Wirtschaftspläne und Rechnungsabschlüsse von wirtschaftliche Unternehmungen, Betrieben und betriebsähnliche Einrichtungen[15], die eigene Wirtschaftspläne erstellen und die andere gesetzliche Regelungen[16] anwenden, ohne Anlagen einzeln dem Voranschlag und dem Rechnungsabschluss der Gebietskörperschaft beizulegen und für die Ergebnis- und Vermögensrechnung auf erster Ebene mit dem Gesamthaushalt[17] zusammenzufassen sind.

Neben den dargestellten Mindestanforderungen der VRV 2015 können zusätzliche Bestandteile des Voranschlags bei der landesrechtlichen Umsetzung der VRV 2015 vorgeschrieben werden. So werden zB die Steiermark[18], Nieder[19]- und Oberösterreich[20] einen „Vorbericht“ einführen.

---

6 Anlage 1 a.
7 Anlage 1 b.
8 Anlage 5 a und 5 b.
9 Siehe dazu § 5 Abs. 2.
10 Beilagen nach § 5 Abs. 2 und 3 sowie § 1 Abs. 2.
11 Diese sind zumindest nach Teilsektoren des Staates aufzugliedern (Anlage 6 a).
12 Anlage 6 b.
13 Dies hat mit folgenden Angaben zu erfolgen: Tilgung, Zinsen, Schuldendienst insgesamt, Schuldendienstersätze, Nettoschuldendienst und Laufzeit (Anlage 6 c).
14 Anlage 6 f.
15 Gem. § 1 Abs. 1.
16 Wie das Unternehmensgesetzbuch (UGB) oder die International Financial Reporting Standards (IFRS).
17 Anlage 1 e und 1 f.
18 Gem. Stmk. Gemeindehaushaltsverordnung (§ 48 iVm § 55), LGBl. Nr. 34/2019, gibt der Vorbericht einen Überblick über die Entwicklung und die aktuelle Lage der Gemeinde anhand der im Voranschlag und im mittelfristigen Haushaltsplan enthaltenen Informationen und Daten des Ergebnis- und Finanzierungshaushaltes.

Oberösterreich wird zudem normieren[21], dass ein „Nachweis über das nachhaltige Haushaltsgleichgewicht“ dem Voranschlag beizulegen ist.

Einige Bundesländer führen als zusätzliche Bestandteile des Voranschlags einen „Investitionsnachweis“[22] und/oder einen „mittelfristigen Finanzplan“[23] ein.

Bei der Erstellung des Voranschlags ist darauf zu achten, dass nur die Ansätze des Ansatzverzeichnisses (Anlage 2) und die Konten des Kontenplans der Länder (Anlage 3 a) bzw des Kontenplans der Gemeinden (Anlage 3 b) zu verwenden sind.

Hinsichtlich der Kontenpläne wurde mit der Novelle der VRV 2015 klargestellt, dass je nach Sachverhalt aus den in den Kontenplänen der Länder und Gemeinden angegebenen Mittelverwendungs- und aufbringungsgruppen (MVAG) für die Finanzierungsrechnung die jeweils zutreffenden zu verwenden sind.

Hintergrund für diese Präzisierung war, dass nicht immer alle angegebenen MVAG-Codes bei jedem Buchungsschritt zwingend heranzuziehen sind zB bei Vorräten. Wird der Finanzierungshaushalt bei bestimmten Sachverhalten nicht angesprochen, sind die angegebenen MVAG-Codes der 2 und 3. Spalte „MVAG Ebene 2 FHH – Einz.“ und „MVAG Ebene 2 FHH – Ausz“ nicht zu verwenden.

1.1.2 Ziele und Grundsätze

Haushaltsrechtliche Grundsätze wie sie das Bundeshaushaltsrecht[24] vorschreibt, wie die Grundsätze der Wirkungsorientierung insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, der Transparenz, der Effizienz und der möglichst getreuen Darstellung der finanziellen Lage des Bundes, sind in der VRV 2015 nicht enthalten.

---

19 § 2 iVm § 3 Nö. Gemeindehaushaltsverordnung, LGBl. Nr. 51/2019.

20 § 8 Abs. 1 Z 6 iVm § 10 Oö. Gemeindehaushaltsordnung, LGBl. Nr. 71/2019.

21 § 8 Abs. 2 Z 7 Oö. Gemeindehaushaltsordnung.

22 Dies sind zB die Steiermark, Niederösterreich und das Burgenland. Siehe dazu weitere Ausführungen unter Pkt. 5.4. Planung der Investitionstätigkeit (F-VA) – Beitrag von *Hörmann/Bogensberger*.

23 Das Land Niederösterreich hat dies bereits in § 2 iVm § 4 der Nö. Gemeindehaushaltsverordnung verankert; das Land Tirol in § 88 Abs. 2 der Tiroler Gemeindeordnung 2001.
Auch das Burgenland will mit der VRV-Gemeinderechts-Sammelnovelle 2019 (siehe Regierungsvorlage vom 3. 7. 2019) einen mittelfristigen Finanzplan für die Burgenländischen Gemeinden und die Burgenländischen Städte Eisenstadt und Rust im Voranschlag verankern.
Ebenso plant Salzburg den mittelfristigen Finanzplan einzuführen mit § 56 Salzburger Gemeindeordnung 2019 (Entwurf vom 14. 6. 2019 im durchgeführten Begutachtungsverfahren).

24 § 2 Abs. 1 BHG 2013 normiert: „Die Haushaltsführung gemäß § 3 hat der Erfüllung der Aufgaben des Bundes durch die Ermittlung und Bereitstellung der hiefür benötigten finanziellen und personellen Ressourcen unter Beachtung der Grundsätze der Wirkungsorientierung insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, der Transparenz, der Effizienz und der möglichst getreuen Darstellung der finanziellen Lage des Bundes zu dienen. Dabei hat der Bund die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes und nachhaltig geordnete Haushalte insbesondere unter Berücksichtigung der unionsrechtlichen Vorschriften anzustreben.“

1. Der neue Voranschlag für Länder und Gemeinden

Auch die verfassungsrechtliche Vorgabe[25] für Länder und Gemeinden − die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes und das Anstreben nachhaltig geordneter Haushalte – wurde nicht in der VRV 2015 verankert.

Anstatt dessen wurde in § 2 der VRV 2015 folgender „Haushaltsgrundsatz" festgelegt: „Die Veranschlagung und Rechnungslegung erfolgt mittels eines integrierten Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalts."

Der Voranschlag ist für jedes Finanzjahr zu führen[26]. Das Finanzjahr ist − wie bereits in der VRV 1997 − ausschließlich das Kalenderjahr.

Darüber hinaus gelten folgende „allgemeine Grundsätze der Veranschlagung":

Bruttoveranschlagung[27]: Im Voranschlag sind sämtliche im folgenden Finanzjahr zu erwartenden Mittelverwendungen und zu erwartenden Mittelaufbringungen voneinander getrennt und in voller Höhe (brutto) aufzunehmen.

Die Voranschlagswerte sind zu errechnen, wenn dies nicht möglich ist, sind diese zu schätzen.[28]

Die Voranschlagsbeträge sind in durch 100 teilbare Euro-Beträge festzusetzen.[29]

Mittelaufbringungen (Einzahlungen und Erträge) und Mittelverwendungen (Auszahlungen und Aufwendungen) für Vorhaben, die sich über mehrere Finanzjahre erstrecken, sind nur mit dem auf das jeweilige Finanzjahr entfallenden Teil zu veranschlagen.[30]

Haushaltsinterne Vergütungen sind jedenfalls dann zu veranschlagen, wenn es sich um Entgelte für tatsächlich erbrachte Leistungen von wirtschaftlichen Unternehmungen, Betrieben und betriebsähnlichen Einrichtungen, oder an solche handelt.[31] Die Vergütungen sind als solche ersichtlich zu machen.

Die Erläuterungen zur VRV 2015 halten zu haushaltsinternen Vergütungen fest, dass sie sich auf Geschäftsfälle innerhalb einer Gebietskörperschaft beziehen. Sicherzustellen ist, dass die Aufwendungen des einen Detailbudgets mit den Erträgen des anderen Detailbudgets in beiden Ergebnisrechnungen inhaltlich, wertmäßig und zeitlich übereinstimmen. Sind Forderungen und Verbindlichkeiten vorhanden, die nicht oder nicht vollständig ausgeglichen wurden, sind sie jeweils in gleicher Höhe auszuweisen.

---

[25] Siehe Art. 13 Abs. 2 B-VG: „Bund, Länder und Gemeinden haben bei ihrer Haushaltsführung die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes und nachhaltig geordnete Haushalte anzustreben. Sie haben ihre Haushaltsführung in Hinblick auf diese Ziele zu koordinieren."

[26] Gem. § 4 Abs. 1 VRV 2015.

[27] Diese Regelung gilt für Länder und Gemeinden (§ 7 Abs. 1 VRV 2015) gleichermaßen wie für den Bund (§ 28 Abs. 1 BHG 2013).

[28] Diese Regelung gilt für Länder und Gemeinden (§ 7 Abs. 2 VRV 2015) gleichermaßen wie für den Bund (§ 28 Abs. 2 BHG 2013).

[29] Siehe § 7 Abs. 3 VRV 2015 bzw die Vorgängerregelung des § 6 Abs. 1 lit. b VRV 1997.

[30] Diese Regelung gilt für Länder und Gemeinden (§ 7 Abs. 4 VRV 2015) gleichermaßen wie für den Bund (§ 28 Abs. 5 BHG 2013).

[31] Siehe § 7 Abs. 5 VRV 2015; Abs. 5 übernimmt die Regelung von § 2 Abs. 2 der VRV 1997.

1.1.3 Gliederung

Hinsichtlich der Gliederung[32] steht den Ländern – im Gegensatz zu den Gemeinden – eine Wahlmöglichkeit zu:

Entweder sie erstellen Bereichsbudgets nach Politik- oder Aufgabenfeldern bzw hochaggregierten Einheiten mit eindeutiger politischer Zuständigkeit.

Oder sie wählen die Darstellung, die die Gemeinden anzuwenden haben und bilden: 10 Bereichsbudgets auf Basis von Haushaltsgruppen zu bilden. Jedes Bereichsbudget kann vollständig unter Verwendung des Ansatzverzeichnisses bedarfsorientiert in Globalbudgets aufgeteilt werden und jedes Globalbudget sinngemäß in Detailbudgets aufgeteilt werden.

Für den Gesamthaushalt und für jedes Bereichsbudget ist ein Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag darzustellen. Wird ein Bereichsbudget in mehrere Globalbudgets aufgeteilt, ist für jedes Globalbudget ebenfalls ein Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag auszuweisen. Dies gilt sinngemäß auch für Detailbudgets.

Die Darstellung erfolgt auf Basis der in Anlage 1 a und Anlage 1 b angegebenen Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen. Die Darstellung wird für den Gesamthaushalt auf erster Ebene (MVAG 1) verlangt. Der Gesamthaushalt entspricht der Summe der Bereichsbudgets ohne die wirtschaftlichen Unternehmungen, Betriebe und betriebsähnlichen Einrichtungen nach § 1 Abs. 2 (siehe oben). Die unterste gewählte Budgetaufteilung wird bis zur zweiten MVAG-Ebene detaillierter ausgewiesen. Die Darstellung für alle gewählten Budgetaufteilungen zwischen dem Gesamthaushalt und der nach Abs. 2 oder Abs. 3 gewählten untersten Budgetaufteilung erfolgt wie der Gesamthaushalt auf der ersten Ebene.

Im Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag sind die Werte für den zu beschließenden Voranschlag den Werten des laufenden und des vorangegangenen Finanzjahres voranzustellen. Für die Darstellung des vorangegangenen Finanzjahres ist, sofern vorhanden, der Rechnungsabschluss heranzuziehen.[33] Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag können nebeneinander ausgewiesen werden.

Die Veranschlagung erfolgt unabhängig von der Gliederung des Voranschlags zumindest auf der dritten Dekade des Ansatzverzeichnisses (Unterabschnitt, Anlage 2). Der Kontenplan ist dafür lückenlos heranzuziehen[34]. Bei Bedarf können die in den Anlagen 3 a und 3 b dargestellten (Konten)Gruppen (3 Dekaden) in bis zu drei weitere zusätzliche

---

[32] Zur Gliederung siehe § 6 VRV 2015. Weitere Ausführungen zur Gliederung siehe Pkt. 3.1. Aufbau und Gliederung der Budgetebenen – Beitrag von *Schleritzko/Auer/Holzapfel.*

[33] Gem. § 39 Abs. 1 wird normiert, dass für die erstmalige Erstellung des Voranschlags (t) zum 1. Jänner des Finanzjahres, für welches erstmalig die VRV 2015 angewendet wird, nur die Voranschlagswerte des betreffenden Jahres dargestellt werden. Im Folgejahr (t+1) werden zusätzlich die Voranschlagswerte des vorangegangenen Finanzjahres (t) dargestellt.

[34] Siehe Beitrag von *Hörmann/Bogensberger* auf Seite 15 (Zuordnung der bisherigen Posten zu den zukünftigen Konten.).

Dekaden für die Veranschlagung untergliedert werden. Die Bezifferung der sechsten Dekade eines Ansatzes richtet sich nach den Angaben in Anlage 2. Dabei sind länderspezifische Kontierungsvorgaben bzw Empfehlungen zu beachten. Zusätzlich kann ein Haushaltshinweis angegeben werden

Im Detailnachweis auf Kontenebene sind nach Bereichs- und Globalbudget geordnet alle Unterabschnitte einzeln mit allen veranschlagten Konten der Ergebnisrechnung und der Finanzierungsrechnung darzustellen.

1.2 Ausblick

Bund, Länder und Gemeinden werden ab 2020 über ein harmonisiertes Rechnungswesen mit einer integrierten Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögensrechnung und damit eines der modernsten Systeme in Europa verfügen. Mit den neuen Rechnungslegungsvorschriften kann eine möglichst getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage (Liquiditäts-, Ressourcen- und Vermögenssicht) aller Gebietskörperschaften sichergestellt werden. Um dies umzusetzen, wird es erforderlich sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Länder und Gemeinden gut mittels Schulungen vorzubereiten. Auch die Politik sollte gut gebrieft werden, um aus den umfangreichen neuen Budgetunterlagen die erforderlichen Steuerinformationen herauslesen zu können.

Letztlich sollte der Voranschlag so gestaltet sein, dass ihn eine interessierte Bürgerin oder ein interessierter Bürger leicht verstehen kann. Dazu empfiehlt sich die Aufnahme einer auf wenige Seiten beschränkten kurzen Zusammenfassung, eines „Executive Summary's", evtl untermalt mit farbigen Grafiken, wie es zB die landesrechtlichen Vorschriften[35] der Steiermark, Nieder oder Oberösterreich vorsehen.

Das Bundesministerium für Finanzen unterstützt Länder und Gemeinden bei der Umsetzung der VRV 2015, indem der Kontierungsleitfaden für Länder und Gemeinden und auch für den Bund in dem Online-Tool „Kontierungsleitfaden" veröffentlicht wurde. Die Applikation Kontierungsleitfaden kann entweder über das Portal Austria (www.portal.at) oder über das jeweilige Stammportal aufgerufen werden.[36] Der Kontierungsleitfaden wurde erstellt, um Anweisungsreferentinnen und Anweisungsreferenten, Anordnungsbefugte und andere Nutzerinnen und Nutzer bei ihrer Arbeit zu unterstützen – und damit zu einer hohen Qualität der Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögensrechnung beizutragen. Der Kontierungsleitfaden ist als wachsendes Nachschlagewerk konzipiert, das durch die Zusammenarbeit von Generalisten und Spezialisten der Verrechnung laufend aktuell gehalten wird[37].

---

[35] Vorbericht (siehe oben).

[36] Bei Berechtigungsproblemen mit dem Portal Austria wenden Sie sich bitte an Ihren Ansprechpartner im BRZ, bei Problemen mit dem Stammportal wenden Sie sich bitte an Ihre eigene IT-Hotline oder Ihre IT-Ansprechpartner.

[37] Das Bundesministerium für Finanzen ist dankbar über konstruktive Rückmeldungen (bitte an post.klf-bund@bmf.gv.at). Besonders wertvoll sind Hinweise zur Fehlerbeseitigung, praktische Beispiele aus dem Alltag oder hilfreiche Stichwörter und Querverweise, die das Navigieren innerhalb des Kontierungsleitfadens erleichtern.

1.2 Ausblick

Ein zweites gebietskörperschaftsübergreifendes Projekt ist derzeit in der finalen Phase: das online Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch (oBHBH). Darin werden sich praxisbezogene Beiträge für Bund, Länder und Gemeinden mit zahlreichen Buchungsbeispielen zur Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögensrechnung und dem Rechnungsabschluss finden, die den Einstieg in das 3-Komponenten-System (Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögensrechnung) erleichtern sollen.

2. WESEN DES VORANSCHLAGS

(MMag. Dr. Hans-Jörg Hörmann / Mag. Maria Bogensberger)

In der Literatur wird zum Wesen des Voranschlags die Auffassung vertreten, dass der Voranschlag eine Verordnung ist.[38] Für die Praxis ist es dabei unerheblich, welche Art von Verordnung vorliegt.

Im Rahmen einer öffentlichen Gemeinderatssitzung beschließt der Gemeinderat den Voranschlag[39] und bindet sich selbst und die übrigen Gemeindeorgane an diesen. Von zentraler Bedeutung ist, welchem Teil des Voranschlags Bindungswirkung zuerkannt wird.

Im (neuen) Voranschlag gemäß VRV 2015 sind sämtliche Mittelaufbringungen (Erträge und Einzahlungen) und Mittelverwendungen (Aufwendungen und Auszahlungen) für ein Haushaltsjahr (Finanzjahr) zu veranschlagen. Eine Gemeinde ist grundsätzlich angehalten, sämtliche Mittelaufbringungen (Erträge und Einzahlungen) eines Haushaltsjahres aufzubringen. Dies gilt jedoch für die Mittelverwendungen nicht. In diesem Bereich ist die Gemeinde an den Wertansatz je Voranschlagsstelle grundsätzlich gebunden.

Dabei ist zu beachten, dass sich gegenüber dem bisherigen Voranschlagssystem die Bindungswirkung nicht nur auf die Ausgaben (Soll) erstreckt, sondern nunmehr explizit auch auf die Aufwendungen (Ergebnishaushalt; EHH) und Auszahlungen (Finanzierungshaushalt; FHH). Diese Bindungswirkung des Voranschlags bezieht sich somit aufgrund des neuen Haushaltsrechts auf die Mittelverwendungen. Nachdem die Veranschlagung auf Ebene der Voranschlagsstelle (Ansatz/Konto) zu erfolgen hat, wird im Bereich der Mittelverwendung auch die jeweilige Voranschlagsstelle definiert, mit Beschluss des Gemeinderates festgesetzt und für den Vollzug des Voranschlags auch verbindlich vorgegeben.

Die Erstreckung der Bindungswirkung auch auf die Auszahlungen im neuen Haushaltsrechtssystem bringt eine Reihe von zu beachtenden Neuerungen bei der Voranschlagserstellung.

Beispiel – Bindungswirkung des Voranschlags − Mittelverwendung

Die Beispiel-Gemeinde plant in ihrem Voranschlag für das laufende Voranschlagsjahr (t = 2019) Mittelverwendungen für Beratungsleistungen in der Höhe von € 100.000,00 im Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag.
Im laufenden Voranschlagsjahr (auch Finanzjahr bzw Haushaltsjahr) stehen im

[38] Vgl. dazu *Neuhofer*, Gemeinderecht. Organisation und Aufgaben der Gemeinden in Österreich[2] (1998) 493; *Hengstschläger*, 12. Teil, Gemeindehaushaltsrecht, in *Pabel* (Hrsg), Das österreichische Gemeinderecht (2008) Rz 140 ff.
[39] Vgl. Art. 117 Abs. 4 B-VG.

November von den veranschlagten Mitteln für Beratungsleistungen laut der Haushaltsüberwachung noch Mittel in der Höhe von € 20.000,00 zur Verfügung. Die Gemeinde möchte diese € 20.000,00 für eine Beratungsleistung in Anspruch nehmen und vergibt den Auftrag für diese Beratung. Die Leistung und die Rechnung werden noch vor Erstellung des Voranschlags (Auflage des neuen Voranschlags) erbracht. Die Rechnung ist jedoch erst im Jänner des Folgejahres (2020) fällig und soll zum Fälligkeitszeitpunkt bezahlt werden.
Im Voranschlag für das zu beschließende Haushaltsjahr (t+1 in 2020) sollen Mittelverwendungen für Beratungsleistungen in der Höhe von € 110.000,00 veranschlagt werden.

Ausgehend von dieser Angabe war es bisher unerheblich, dass die Gemeinde die Rechnung über € 20.000,00 erst im zu beschließenden Haushaltsjahr (t+1) bezahlen wollte.

<u>Ergänzende Angaben zu t+1:</u>

Im Ergebnisvoranschlag werden für das Haushaltsjahr t+1 Aufwendungen für Beratungsleistungen in Höhe von € 110.000,00 eingearbeitet.

Durch die Bindungswirkung im neuen Haushaltsrecht auf die Aufwendungen <u>und</u> auf die Auszahlungen ergibt sich für die Gemeinde im neuen Haushaltsjahr folgendes Problem: Wenn diese im zu beschließenden Haushaltsjahr die (neuerlich) veranschlagten Mittelverwendungen in Höhe von € 110.000,00 aufwenden und vollständig auszahlen will, aber aus dem laufenden Haushaltsjahr (t) noch Beratungsleistungen zu zahlen sind, bedarf es einer Veranschlagung von Auszahlungen für Beratungsleistungen im zu beschließenden Haushaltsjahr (t+1) in Höhe von € 130.000,00 (Finanzierungsvoranschlag).

Somit kann eine Gemeinde im zu beschließenden Haushaltsjahr (t+1) Beratungsleistungen in der Höhe von insgesamt € 130.000,00 rechtskonform bezahlen.

Beispiel 1: Bindungswirkung des Voranschlags − Mittelverwendung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Voranschlag eine Verordnung ist, die die Organe einer Gemeinde nunmehr an die Wertansätze der Mittelverwendung – Aufwendungen und Auszahlungen – bindet.

2.1 Mustervoranschlag

Zur Interpretation der §§ 5 und 6 VRV 2015[40] wurde unter der Federführung des Österreichischen Gemeindebundes unter Einbindung des Österreichischen Städtebundes, des Bundesministeriums für Finanzen, des Rechnungshofes, der Gemeindeaufsichtsbehörden Österreichs und ausgewählter Gemeinden eine Arbeitsgruppe mit der Aufgabe ein-

[40] Siehe Beitrag von *Pfau* in Kapitel 1.

gerichtet, eine Empfehlung für die nähere Gestaltung der Voranschläge nach der VRV 2015 zu erarbeiten.

Im April 2018 veröffentlichte der Gemeindebund Österreich einen umfassenden Bericht über einen Mustervoranschlag und -rechnungsabschluss auf Basis der VRV 2015.[41] Der Gemeindebund Österreich verfolgt mit diesem Bericht folgende Ziele:

1. Neben dem Inhalt sollen auch die Gliederung und das Design der Rechenwerke Voranschlag und Rechnungsabschluss österreichweit einheitlich dargestellt werden.
2. Darüber hinaus sollen nicht nur die Entwicklungskosten auf allen Ebenen minimiert, Mindeststandards für die Umsetzung der VRV 2015 verankert, sondern vor allem auch eine länderübergreifende Darstellung ermöglicht werden, die zu einer einheitlichen EDV-Umsetzung führen soll.[42]

Die Bundesländer schaffen derzeit die Rechtsgrundlagen für das neue Gemeindehaushaltsrecht (in der Folge kurz: GHR) auf Basis der VRV 2015. Es bleibt abzuwarten, ob das Ziel des Österreichischen Gemeindebundes hinsichtlich des Mustervoranschlages und -rechnungsabschlusses erreicht wird. Erste Novellen der Rechtsgrundlagen lassen jedoch darauf schließen, dass die im Zuge der Arbeitsgruppe mit den Interessensvertretungen ausgearbeiteten Vorschläge größtenteils Eingang in die regionalen Rechtsgrundlagen finden werden.[43]

Daher können Inhalt, Gliederung und Design eines Voranschlags einer Gemeinde auf Basis der VRV 2015 durch den vom Gemeindebund Österreich und Österreichischen Städtebund vorgelegten Bericht zum Mustervoranschlag und -rechnungsabschluss dem Grunde nach bereits gut nachvollzogen werden.[44]

2.2 Kontenplan – Kontierungsleitfaden

Die Gemeinden haben bei der erstmaligen Erstellung des Voranschlags zunächst das neue integrierte Drei-Komponenten-Haushaltssystem, bestehend aus Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt, zu beachten. Eine weitere Herausforderung wird durch dieses System ausgelöst: Durch die integriert zu führenden Haushalte musste das bisherige Postenverzeichnis überarbeitet werden und es ist künftig statt der Bezeichnung „Post“ die Bezeichnung „Konto“ zu verwenden. Der neue Kontenplan, Anlage 3 b VRV 2015, bringt im Vergleich zum Postenverzeichnis nach der VRV 1997 eine Vielzahl neuer Konten.

---

41 Vgl. https://gemeindebund.at/mustervoranschlag-vrv-2015/ (per 16. 6. 2019).

42 *Gschwandtner*, https://gemeindebund.at/mustervoranschlag-vrv-2015/ (per 16. 6. 2019).

43 Vgl. dazu etwa die Novellen der NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBl. Nr. 17/2019 sowie der Stmk. Gemeindeordnung 1967, LGBl. Nr. 29/2019 und die diese Novelle ausführende Stmk. Gemeindehaushaltsverordnung − StGHVO, LGBl. Nr. 34/2019.

44 Vgl. dazu die Bestimmungen der StGHVO, die im Wesentlichen die Empfehlungen des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes hinsichtlich des Inhaltes, der Gliederung und des Designs eines Voranschlags berücksichtigt und rechtlich umsetzt.

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Österreichischen Städtebundes unter Einbindung des Österreichischen Gemeindebundes, des Bundesministeriums für Finanzen, des Rechnungshofes und der Gemeindeaufsichten Österreichs wurde der Kontierungsleitfaden des Zentrums für Verwaltungsforschung (kurz: KDZ)[45] grundlegend überarbeitet und dem neuen Haushaltsrecht angepasst.

Im Ergebnis bringt der neue Kontenplan (VRV 2015) bei der Zuordnung bestimmter Geschäftsfälle zu einem Konto im Vergleich zum bisherigen Postenverzeichnis (VRV 1997) folgende Neuerungen:

- Posten wurden gestrichen und zu einem Konto zusammengeführt; vgl. dazu etwa die Kontengruppe 600 Energiebezüge.
- Posten wurden auf zwei oder mehrere Konten aufgeteilt; vgl. dazu etwa nunmehr die unter der Kontengruppe 004 Wasser- und Abwasserbauten und -anlagen sowie der Kontengruppe 050 Sonderanlagen zu verbuchenden Geschäftsfälle.

Insgesamt wurden die in den einzelnen Kontengruppen zu erfassenden Geschäftsfälle klarer umrissen und detaillierter beschrieben. Für eine bessere Erfassung sollen auch die in den Leitfaden eingearbeiteten Beispiele dienen.[46]

Für die Voranschlagserstellung und die Umsetzung des Voranschlages ist eine nähere Auseinandersetzung, unter welchem Konto künftig welche Geschäftsfälle einer Gemeinde zu veranschlagen und zu erfassen sind, unerlässlich.

Der Umfang der Umstellung ist jedoch derart umfassend und tiefgreifend, dass bei der praktischen Umsetzung und erstmaligen Erstellung des Voranschlags eine detaillierte richtige Zuordnung eine große Herausforderung für die Gemeinden darstellen wird.

Um die erstmalige Erstellung eines Voranschlags nach der VRV 2015 auch für kleinere Gemeinden praktikabel zu gestalten, kann sich eine Gemeinde bei den einzelnen Festsetzungen im Voranschlag an einer Um- und Zuordnung von Werten auf bestehenden Posten zu den neuen Konten, nach dem Kontenplan der VRV 2015, orientieren.

Die Gemeindeaufsichtsbehörden Österreichs arbeiten derzeit daran, die bisherigen Posten den (künftigen) Konten möglichst breit abgestimmt zuzuordnen, um den Gemeinden zumindest eine (historische) Zeitreihe von fünf Jahren zur Orientierung für den ersten Voranschlag nach der VRV 2015 anbieten zu können. Zudem ist auch davon auszugehen, dass die EDV-AnbieterInnen für ihre Haushaltsbuchführungssysteme den Gemeinden eine derartige Orientierung für die Voranschlagserstellung zur Verfügung stellen werden.

Eine Gemeinde wird daher bei der erstmaligen Erstellung des Voranschlags nach der VRV 2015 sachgerecht handeln, wenn sich diese bei der Erstellung des Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlags in der Praxis an den oben beschriebenen Werten orientiert.

---

[45] KDZ Kontierungsleitfaden 2018 für Gemeinden und Gemeindeverbände lt VRV 2015 (2018).
[46] KDZ Kontierungsleitfaden 2018 für Gemeinden und Gemeindeverbände lt VRV 2015 (2018).

An dieser Stelle ist ausdrücklich auf die Möglichkeit der Korrektur bzw Ergänzung eines Voranschlags mit Hilfe eines Nachtragsvoranschlags hinzuweisen.

Unerlässlich ist dabei, dass sich die Gemeinde frühzeitig noch vor der Zuordnung von Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen zu den einzelnen Voranschlagsstellen (Ansatz/Konto), einen „eigenen" Kontenplan, ausgehend von den in der Anlage 3 b VRV 2015 festgelegten Inhalten der einzelnen Kontengruppen, erstellt. Es gilt zunächst allgemein festzulegen, welche Sachverhalte der Gemeinde auf der vierten bis sechsten Dekade des Kontos getrennt bzw differenziert veranschlagt und erfasst werden sollen.[47]

2.3 Vergleichswerte im Voranschlag

Die Gemeinden haben künftig, wie bisher, im Voranschlag den Voranschlagswerten für das zu beschließende Haushaltsjahr die Vergleichswerte des laufenden Finanzjahres (Voranschlagswerte) und des vorangegangenen Finanzjahres (Werte des Rechnungsabschlusses) gegenüberzustellen. Aufgrund der grundlegenden Änderung der Voranschlags-, Buchungs- und Rechnungsabschlusssystematik wurde in der VRV 2015 folgende Übergangsbestimmung aufgenommen:

Für die erstmalige Erstellung des Voranschlags 2020 zum 1. Jänner des Finanzjahres, für welches erstmalig die VRV 2015 angewendet wird, werden nur die Voranschlagswerte des betreffenden Jahres dargestellt. Im Folgejahr 2021 werden zusätzlich die Voranschlagswerte des Finanzjahres 2020 dargestellt.[48]

Die Gemeinden haben daher in den ersten Jahren der Einführung der VRV 2015 bei der Voranschlagserstellung nicht den gesamten Voranschlagsvergleich zu erstellen und anzudrucken. Die Vergleichswerte stellen sich damit wie folgt dar:

	VA (t)	VA (t-1)	RA (t-2)
Voranschlag 2020			
Voranschlag 2021			
Voranschlag 2022			

Abbildung 1: Voranschlagsvergleich – Einführung der VRV 2015

[47] Für die Erstellung des „örtlichen" Kontenverzeichnisses sind gegebenenfalls Richtlinien und Empfehlungen der jeweiligen Gemeindeaufsicht eines Bundeslandes zu beachten.

[48] Siehe dazu § 39 Abs. 1 VRV 2015.

2.3 Vergleichswerte im Voranschlag

Erst mit dem Voranschlag 2022 können die Gemeinden sowohl das zu beschließende Finanzjahr (VA 2022), das laufende Finanzjahr (Voranschlag 2021) und das vorangegangene Finanzjahr (RA 2020) im Voranschlagsvergleich darstellen.

3. ERSTMALIGE ERSTELLUNG DES VA 2020 – DATENGRUNDLAGE UND UMSETZUNGSSCHRITTE

(Christian Schleritzko, MSc / Mag. (FH) Andreas Auer / Elisa Holzapfel, BA / Dr. Gerhard Pircher)

3.1 Aufbau und Gliederung der Budgetebenen

Im Gegensatz zur bisherigen Praxis wird nicht mehr ein gemeinsamer Voranschlag erstellt, welcher der Verwaltung sowohl für die wirtschaftliche Erfolgsrechnung als auch für den Zahlungsfluss als Grundlage zur Vollziehung dient. Stattdessen ist getrennt ein Ergebnis- und ein Finanzierungsvoranschlag zu erstellen. Die entsprechenden Forderungen und Verbindlichkeiten werden lediglich in der Vermögensrechnung ohne ersichtliche Verbindung zum Detailkonto, auf dem diese entstanden sind, ausgewiesen. Sohin sind Forderungen und Verbindlichkeiten als Teil der Vermögensrechnung kein Bestandsteil des Voranschlages. Die Betrachtungsweise des Kalenderjahres als Finanzjahr bleibt gleich.

Im Ergebnisvoranschlag wird nur die Operative Gebarung dargestellt. Im Finanzierungsvoranschlag wird zusätzlich zur operativen Gebarung die Investive Gebarung und die Finanzierungstätigkeit als Teilbereich dargestellt.

Neu hinzu kommt ein umfangreicher Aufbau der beiden Voranschläge, welcher sich wie folgt gliedert:

Abbildung 2: Aufbau des Voranschlages

Gem. § 6 VRV 2015 ist für den Gesamthaushalt und für jedes Bereichsbudget ein Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag abzubilden. Die Gliederungstiefe der Mittelverwendungs- und –aufbringungsgruppen (MVAG) für den Gesamthaushalt als auch für die Bereichsbudgets hat auf Ebene 1 zu erfolgen. Wird gemeindeintern auf eine weitere Aufgliederung des Bereichsbudgets in mehrere Globalbudgets verzichtet, ist das Bereichsbudget auf der zweiten Ebene der Mittelverwendungs- und –aufbringungsgruppen darzustellen.

Den 10 Bereichsbudgets – Zusammenfassung der einzelnen Gruppen auf MVAG-Ebene 2, sofern die Gliederung des Voranschlages nach § 6 Abs. 3 VRV 2015 erfolgt − ist der Voranschlagsquerschnitt (Anlage 5 b Voranschlags- und Rechnungsquerschnitt für Gemeinden) voranzustellen.

Den Bereichsbudgets folgt der Detailnachweis auf Kontenebene, welcher eines der essentiellen Werkzeuge der Voranschlagserstellung darstellt.

Neben dem Stellenplan für den Gesamthaushalt nach § 5 Abs. 1 VRV 2015 sind die nachstehenden Beilagen gem. § 5 Abs. 3 VRV 2015 als Bestandteile des Voranschlages anzuschließen:

- Nachweis über Transferzahlungen von Trägern und an Träger des öffentlichen Rechts, die zumindest nach Teilsektoren des Staates auszugliedern sind (Anlage 6 a)
- Nachweis über Zuführungen an und Entnahmen von Zahlungsmittelreserven und Haushaltsrücklagen (Anlage 6 b)
- Nachweis über den voraussichtlichen Stand der Finanzschulden am Schluss des dem Voranschlagsjahr vorangegangenen Finanzjahres, sowie über den Schuldendienst im Voranschlagsjahr (Anlage 6 c)
- Nachweis über haushaltsinterne Vergütungen (Anlage 6 f).

3.2 Überlegungen zu Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag

Beide Voranschläge sind miteinander durch die direkt am Haushaltskonto hinterlegten Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen verbunden. Für den Anwender gilt dies dahingehend als Erleichterung, als dass sich die für den Finanzierungsvoranschlag maßgeblichen Voranschlagswerte des Ergebnisvoranschlages durch diese Verknüpfung einfach spiegeln und gegebenenfalls einzeln adaptieren lassen. Eine Budgetierung auf Detailkontenebene ist somit in vielen Bestandteilen mit dem bisherigen System vergleichbar, jedoch um einiges umfangreicher.

Im Ergebnisvoranschlag werden alle laufenden finanzierungswirksamen und alle nicht finanzierungswirksam Erträge und Aufwendungen der operativen Gebarung periodenge-

recht erfasst.[49] Alle finanzwirksamen Konten der Ergebnisvoranschlag finden sich auch in der operativen Gebarung der Finanzierungsvoranschlag wieder.

Nicht finanzierungswirksam sind Erträge und Aufwendungen, welche dem Haushaltsjahr zuzurechnen sind, aber keinen Zahlungsfluss bewirken. Im Finanzierungsvoranschlag werden hingegen nur die finanzierungswirksamen Erträge und Aufwendungen – nun haben sie die Bezeichnung Einzahlungen und Auszahlungen – erfasst. Zusätzlich sind in diesen Zahlungsflüssen betreffend noch offener Forderungen und Verbindlichkeiten aus den Vorjahren zu budgetieren. Darüber hinaus sind auch alle Investitionen der Gemeinde für das Voranschlagsjahr sowie deren Bedeckung (zB Darlehensaufnahmen, Kapitaltransferzahlungen, Rücklagen mit Zahlungsmittelreserve, Bereitstellung von operativen Mitteln für die investive Gebarung, Eigenkapital, …) darzustellen. Die Investitionstätigkeit der Gemeinden und deren Finanzierung werden zusätzlich neben dem Finanzierungsvoranschlag auch in einem Nachweis (dieser wird landesspezifisch als Investitions- oder Projektnachweis bezeichnet) in transparenter Form ausgewiesen.

Der Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag grafisch dargestellt:

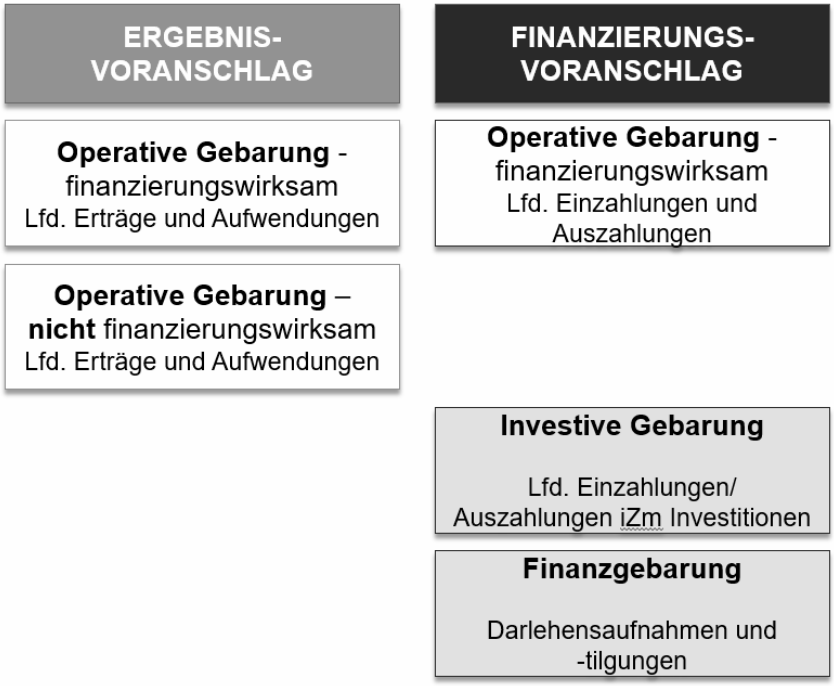


Abbildung 3: Vergleich der Voranschläge − Bestandteile und Aufbau der Voranschläge (vorsorgliche Unterteilung des Ergebnisvoranschlages)

[49] Die Unterscheidung in finanzwirksam und nicht finanzierungswirksam ist nach § 9 VRV 2015 ein wesentliches Kriterium in der Darstellung der Haushalte. Im Folgenden wird diese Untergliederung auch als praktisches Hilfsmittel für die Voranschlagserstellung, insbesondere im Sinne von § 9 Abs. 3 VRV 2015, herangezogen.

3.2 Überlegungen zu Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag

Zur besseren Übersicht wird es sinnvoll sein, den Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag integriert auszuweisen. Dies bedeutet, dass die Ergebnisse beider Voranschläge direkt nebeneinander ausgewiesen werden. Ein diesbezüglicher Vorschlag wurde im Projekt „Mustervoranschlag und Musterrechnungsabschluss der Gemeinden“ erarbeitet und für den Detailnachweis umgesetzt.

Grundlegend gibt es zwei verschiedene Herangehensweisen zur Erstellung des Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlages 2020.

Der erste Weg führt über den Ergebnisvoranschlag und wird mit den weiteren geplanten Werten im investiven Bereich für die Investitionen sowie in der Finanzierungstätigkeit im Finanzierungsvoranschlag fortgesetzt. Dabei sollte folgendermaßen vorgegangen werden:

- Erstellung **Ergebnisvoranschlag** im Bereich der **finanzwirksamen** Konten. Dies entspricht zum Großteil den bereits bekannten Voranschlagswerten der bisherigen Konten im bisherigen ordentlichen Haushalt.
- Übernahme der finanzierungswirksamen Erträge und Aufwendungen in die operative Gebarung des Finanzierungsvoranschlages. Die übernommenen Werte aus Teilschritt 1 sind um Forderungen und Verbindlichkeiten anzupassen[50].
- Erstellung der investiven Gebarung und der Finanzierungstätigkeit im Finanzierungsvoranschlag
- Entscheidung, für welche Projekte und in welcher Höhe **operative Mittel für die** investive **Gebarung** bereitgestellt werden[51].
- Aufnahme der **nicht finanzierungswirksamen Konten** im Ergebnisvoranschlag (Auflösungen bzw Bildung von Rückstellungen, Abschreibungen, Auflösung und Bildung von nicht finanzwirksamen Rücklagen etc). Diese wirtschaftliche Abgrenzung von Ressourcenzuwachs bzw -verbrauch sollte aufgrund vorläufiger erhobener und bewerteter Vermögenswerte (zB Entwurf der EB) bzw vorläufig ermittelter Rückstellungswerte übernommen werden (vgl. Punkt 3.5).
- **Abgleichung der Werte im Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag** – soweit dies nicht über die EDV-Programme selbständig erfolgt –mit den Werten in den **Anlagen** zur VRV 2015.
- Erstellung der mittelfristigen Finanzpläne für den Ergebnis- und den Finanzierungsvoranschlag auf Grund landesrechtlicher Vorgaben.

---

50 Einerseits sind dies noch zu erwartenden Forderungen bzw die bezahlenden Verbindlichkeiten aus Vorjahren. Anderseits sind Erträge und Aufwände welche keinen Zahlungsfluss im betreffenden Voranschlagsjahr mit sich bringen nicht zu berücksichtigen. Zweiter Fall wird jedoch die Ausnahme bilden, da dieser Umstand bereits bei Voranschlagserstellung, also über ein Jahr vor Erstellung des betreffenden Rechnungsabschlusses, mit entsprechender Wahrscheinlichkeit bekannt sein müsste.

51 Zur besseren Transparenz wird empfohlen, diese bereitgestellten Mittel zu budgetieren und gegebenenfalls in einem eigenen Nachweis darzustellen.

Der zweite Weg führt über den Finanzierungsvoranschlag mit seinen drei Unterbereichen (operativer Gebarung, investiver Gebarung und Finanzierungstätigkeit) und der anschließenden periodengerechten Angleichung im Ergebnisvoranschlag. Dabei sollte folgendermaßen vorgegangen werden:

- Erstellung der operativen Gebarung im Finanzierungsvoranschlag mit allen zu erwartenden Einzahlungen und Auszahlungen inklusive der noch zu erwartenden Forderungen bzw zu bezahlenden Verbindlichkeiten
- Erstellung der investiven Gebarung und der Finanzierungstätigkeit im Finanzierungsvoranschlag
- Entscheidung, für welche Projekte und in welcher Höhe operative Mittel für die investive Gebarung bereitgestellt werden.
- Periodengerechte Übernahme der Einzahlungen und Auszahlungen der operativen Gebarung aus dem Finanzierungsvoranschlag (ohne Forderungen und Verbindlichkeiten) als Erträge und Aufwendungen in den Ergebnisvoranschlag
- Wirtschaftliche Abgrenzung (Schaffung der Periodengerechtigkeit) der Ergebnisrechnung durch Hinzurechnung der finanzierungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen (Auflösungen bzw Bildung von Rückstellungen, Abschreibungen, Auflösung und Bildung von nicht finanzwirksamen Rücklagen etc).
- Abgleichung der Werte in Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag – soweit dies nicht über die EDV-Programme selbständig erfolgt –mit den Werten in den Anlagen zur VRV 2015
- Erstellung der Mittelfristigen Finanzpläne für den Ergebnis- und den Finanzierungsvoranschlag auf Grund landesrechtlicher Vorgaben

Beide aufgezeigte Wege sind Optionen, welche von den mit der Erstellung der Voranschläge betroffenen Mandataren und Bediensteten frei und nach ihren Bedürfnissen gewählt werden können.

Der erste Weg legt vorerst sein Hauptaugenmerk auf einen geringen Umstellungsbedarf und möchte einen einfachen Einstieg für die erstmalige Anlage eines Voranschlages bieten. Analog zur bisherigen Voranschlagserstellung − auf Grundlage der VRV 1997 – werden zunächst in der finanzwirksamen Ergebnisrechnung die Beträge auf den Haushaltskonnten wie bisher (im ordentlichen Haushalt) budgetiert. Der Wert im „alten ordentlichen“ Voranschlag ist mit dem Betrag in dem finanzwirksamen Ergebnisvoranschlag zu vergleichen. Anschließend wird durch Hinzurechnung der Forderungen und Verbindlichkeiten der operative Abschnitt der Finanzierungsrechnung budgetiert. In der Folge wird über die Kalkulation des operativen und investiven Haushaltes der Finanzierungsvoranschlag fertig gestellt. Die abschließenden Schritte (Budgetierung nichtfinanzwirksamen Konten und sowie Erstellung der Anlagen und des mittelfristigen Finanzplanes) sind ident mit dem zweiten Weg.

Beim zweiten Weg wird das Hauptaugenmerk auf die zu erzielenden Einzahlungen und zu erwartenden Auszahlungen unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Darlehenstilgungen sowie von Investitionen und deren Bedeckung (zB Bereitstellung operativer Mittel für die investive Gebarung, Darlehensaufnahmen, Kapitaltransferzahlungen, …) **im Finanzjahr** gelegt.

Beide Wege führen zum gleichen Ziel. Je nach Größe der Gemeinde − aber auch je nach Tiefe der Einarbeitung in das neue kommunale Rechnungswesen auf Grundlage der VRV 2015 − stehen den Gemeindemandataren und Bedienstete daher verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, um den neuen Herausforderungen zur Erstellung des Voranschlages 2020 gerecht zu werden.

Besteht umfangreiches Fachwissen und wird das neue System vollständig beherrscht, kann die Abfolge der aufgezeigten Wege von den betroffenen Gemeindemitarbeitern auch anderes gewählt werden.

Letztendlich ist gemeindeintern zu entscheiden, welcher Weg der praktikabelste ist. Dabei ist auch auf die Empfehlungen und Schulungen der Softwareanbieter der Gemeinden Rücksicht zu nehmen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Gerade in der Umstellungsphase mit vielen offenen Fragen und Problemstellungen bei einer rechtskonformen Umsetzung der VRV 2015 wird primär einem realistischen vollständigen Finanzierungsvoranschlag (über alle drei Haushalte hinweg) eine ganz besondere Bedeutung zukommen. Stellt doch gerade der Finanzierungsvoranschlag sicher, dass die Liquidität der Gemeinde auch in Zukunft – wie auch bisher − gesichert ist[52]. Dem Finanzierungsvoranschlag ist, plausibel abgestimmt mit den finanzwirksamen Ergebniskonten, daher nach Ansicht der Autoren vorerst das Hauptaugenmerk zu schenken.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass der gesamte Ergebnisvoranschlag vernachlässigt werden kann. Auch dieser ist entsprechend den vorhandenen Realitäten zu erstellen. Die Aussagekraft des Ergebnisvoranschlages − in seiner Gesamtheit − wird sich jedoch in den ersten Jahren bzw Jahrzehnten den realen Gegebenheiten anpassen müssen. Im Ergebnishaushalt ist das Augenmerk zunächst verstärkt auf den finanzwirksamen Bereich, in enger Bindung zum Finanzierungsvoranschlag, zu legen. Aus der Ableitung der finanzierungswirksamen Erträge und Aufwendungen des Ergebnisvoranschlages ist jedenfalls eine Beurteilung über die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde möglich.

Hervorzuheben ist, dass die Eröffnungsbilanz zum 1. 1. 2020 in den ersten fünf Jahren nach Beschlussfassung noch verändert werden kann und dadurch auch die Abschreibungswerte oder Rückstellungsbewegungen einer Veränderung unterliegen können.

---

[52] In diesem Zusammenhang muss auch die nicht voranschlagswirksame Gebarung erwähnt werden. Diese hat einen wesentlichen Einfluss auf die Liquiditätssituation der Gemeinde. Wie der Name jedoch schon sagt, ist diese nicht Teil des Voranschlages und kann daher nur mitlaufender unterjähriger Beobachtung (bei Tagesabschlüssen oder probeweisen internen Zwischenrechnungsabschlüssen) in die Liquiditätsplanung miteinbezogen werden.

Diese Veränderungen haben wiederum Auswirkungen auf den Ergebnisvoranschlag der Folgejahre.

Darüber hinaus ist für die Interpretation der Abschreibungswerte im Ergebnisvoranschlag festzuhalten, dass die Bewertung des Altvermögens in den Gemeinden nach bestem Wissen und Gewissen auf Grund der Vorgaben der VRV 2015 und den landesspezifischen Vorgaben erfolgte und erst ab dem Finanzjahr 2020 tatsächliche Anschaffungskosten für alle Investitionen als Basis für die Abschreibung herangezogen werden können. Folglich ist den ersten Jahren der Anwendung der Drei-Komponenten-Rechnung bei der Beurteilung von Kennzahlen – welche, auf Vermögenswerten basieren – besondere Achtsamkeit geboten.

Daraus abgeleitet empfiehlt es sich die erstmalige Budgeterstellung im neuen Haushaltsrecht in mehrere Teilbereiche zu gliedern. Hierzu ergibt sich folgender Weg:

- Veranschlagung des Operativen Haushalts im Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag
- Projekte (Investitionen und ihre Finanzierung)
- Nicht finanzierungswirksame Konten des Ergebnisvoranschlages (iSv § 9 Abs. 3)

Diese Gliederung kann einen leichteren Übergang vom bestehendem in das neue Drei-Komponenten-System der Haushaltsführung ermöglichen und grundlegend einem besseren Verständnis dienen. Wichtig ist hier anzumerken, dass insbesondere landesrechtliche Regelungen zusätzliche genauere aber auch allgemeiner Vorgaben bilden können.

3.3 Operative Gebarung

3.3.1 Einleitung − finanzierungswirksame Konten der operativen Haushalte

Unter dem Begriff operative Gebarung werden jene Konten(gruppen) verstanden, welche sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzierungsvoranschlag zugeordnet sind (entsprechend Anlage 3 b). Es handelt sich bei diesem Teilbereich um finanzierungswirksame Erträge und Aufwendungen bzw operative Ein- und Auszahlungen, welche ihrer Eigenschaft nach grundsätzlich jährlich wiederkehren.

Die überwiegende Mehrheit dieser Konten dürfte der Gemeindeverwaltung bekannt sein. Diese Konten bilden nach dem bisherigen System den ordentlichen Haushalt. Es gilt jedoch zu beachten, dass hierunter keine Kapitaltransfers von Bund, Ländern oder Dritten zu verstehen sind, nur die Gemeinde-Bedarfszuweisungen sind laufende Erträge der Gemeinden und damit in die operative Gebarung aufzunehmen (vgl. dazu 3.3.3 Gemeinde-Bedarfszuweisungen).

3.3.1.1 Budgetieren auf Einzelkonten, am Beispiel der Vorschreibung der Grundsteuer

Der Gemeinde ist bekannt, dass ihre laufenden Gebührenvorschreibungen betreffend die Grundsteuer jährlich rund € 100.000,-- betragen und dies im nächsten Jahr auch so bleibt. Folglich wurden bisher auf dem Konto 920+831 „Grundsteuer“ € 100.000,-- budgetiert.

Konto	
920+831 „Grundsteuer“	€ 100.000,–

Im Drei-Komponenten-System ist dieses Konto im Ergebnis- als auch Finanzierungsvoranschlag zu dotieren.

Konto	EH	FH
920+831 „Grundsteuer“	€ 100.000,–	€ 100.000,–

Diese Vorgehensweise kann auch auf den weiteren Konten der Mittelaufbringungsseite (Erträge und Einzahlungen), für welche gleiche Voraussetzungen gelten, herangezogen werden.

Analog kann auch aufgrund von Erfahrungswerten bei Mittelverwendungen (Aufwendungen und Auszahlungen) vorgegangen werden.

3.3.1.2 am Beispiel von Personalausgaben

Die Mitarbeiteranzahl bleibt unverändert und die Personalkosten werden aufgrund von Gehaltsverhandlungen und -vorrückungen um rund 3 % im Vergleich zum heurigen Jahr steigen. Die Personalkosten betragen in Summe € 500.000,--.

Diese wurden bisher wie folgt im Voranschlag berücksichtigt:

Im Drei-Komponenten-System ist dieses Konto im Ergebnis- als auch Finanzierungsvoranschlag zu dotieren.

Konto	EH	FH
029-5xx „Gemeindeamt Personalausgaben“	€ 300.000,–	€ 300.000,–
820-5xx „Bauhof Personalausgaben“	€ 200.000,–	€ 200.000,–

Die Orientierung an historischen Werten der Vorjahre für die Erstellung der operativen Teile des Ergebnis- bzw Finanzierungsvoranschlags im ersten Schritt wird als eine effiziente Herangehensweise empfohlen. Selbstverständlich ist die Berücksichtigung von höheren Gebührensätzen, Steigerungen von Kosten und Ähnliches für eine getreue Darstellung der finanziellen Lage im Voranschlagsjahr dienlich. Gegebenenfalls werden in einem zweiten Schritt im Finanzierungsvoranschlag Anpassungen hinsichtlich einzelner Zahlungsflüsse vorzunehmen sein. Dabei sind alle Forderungen und Verbindlichkeiten aus Vorjahren entsprechend zu berücksichtigen.

3.3.2 Berücksichtigung von Forderungen und Verbindlichkeiten

Bei der Notwendigkeit der Budgetierung von kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten sind jedenfalls die landesrechtlichen Bestimmungen zu berücksichtigen. Im Sinne eines transparenten und aussagekräftigen Haushaltswesens sollte auf den Ausweis dieser Werte nicht verzichtet werden.

Langfristige Forderungen und Verbindlichkeiten sind in jenem Finanzjahr im Ergebnisvoranschlag zu budgetieren, in welchem die Fälligkeit eintritt. Ebenso ist dies in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.

Aufgrund der geänderten Vorschriften zur Haushaltsführung und der Abbildung in einem Drei-Komponenten-System ist bei der Budgetierung und Voranschlagserstellung auch auf die Zahlungsströme zu achten. Zwei mögliche Wege der Herangehensweise werden im Folgenden beschrieben:

Erstens können Forderungen und Verbindlichkeiten im Finanzierungsvoranschlag in Summe dargestellt werden. In diesem Fall sollte die Aufsummierung nur Konten aus der operativen Gebarung enthalten und nach Möglichkeit nach kurz- und langfristig unterschieden werden. Die dazu erforderlichen Voraussetzungen wären im Haushaltsbuchführungssystem von den EDV-Softwareanbietern zu schaffen bzw über ein in der Anlage 3 b der VRV 2015 mögliches Konto (zB „Sonstige Einnahmen oder Sonstige Ausgaben“) über den Ansatz 990 auszuweisen. Diese könnten wie folgt aussehen:

Konto (Einzahlungen)	EH	FH
… alle Detailkonten	...	...
Kurzfristige Forderungen operative Haushalte		€ 170.000,–
Langfristige Forderungen operative Haushalte		€ 0,–

Konto (Auszahlungen)	EH	FH
… alle Detailkonten	...	...
Kurzfristige Verbindlichkeiten operative Haushalte		€ 80.000,–
Langfristige Verbindlichkeiten operative Haushalte		€ 5.000,–

Ausdrücklich muss darauf hingewiesen werden, dass diese Darstellung nur für den Voranschlag Gültigkeit hat. Im Rechnungsabschluss sind alle Forderungen und Verbindlichkeiten dem ursprünglichen Detailkonto zuzuordnen und auch dort auszuweisen. Der Vorteil bei der Anwendung dieser Variante besteht darin, dass nicht alle Forderungen und Verbindlichkeiten bei der Voranschlagserstellung den Detailkonten zugeordnet werden müssen, sondern als Gesamtsumme im Voranschlag ausgewiesen werden.

Die **zweite** Variante besteht darin, alle Forderungen und Verbindlichkeiten im Finanzierungsvoranschlag einzeln auf Detailkonten darzustellen. Hierzu wären die

- Erträge plus die Forderungen als Einzahlungen sowie
- die Aufwendungen plus die Verbindlichkeiten als Auszahlungen

zu erfassen.

3.3.2.1 am Beispiel von Instandhaltungsmaßnahmen

Im letzten Jahr wurden Instandhaltungsmaßnahmen bei der Volksschule im Ausmaß von € 4.000,– in Rechnung gestellt, diese Rechnung wird erst im Voranschlagsjahr bezahlt. Ebenfalls sind im Voranschlagsjahr weitere Arbeiten im Wert von € 20.000,-- geplant.

Konto	EH	FH
211-61x Instandhaltung	€ 20.000,–	24.000,–

3.3.3 Bedarfszuweisungen

Die Grundlage von Bedarfszuweisungen liegt im FAG, wonach diese im Wege der Gemeinde-Ertragsanteile an die Länder weiterzuleiten sind. Die genauere Verteilung dieser Mittel obliegt den Ländern, die aufgrund landesrechtlicher Regelungen an Gemeinden und Gemeindeverbände weitergeleitet werden (vgl. § 12 FAG).

Die Darstellung von Bedarfszuweisungen erfolgt daher zwar als Kapitaltransfer (für Investitionen) als Eigenmittel der Gemeinden – es ist das Konto 871 (MVAG 2121) in der Er-

gebnisrechnung zu verwenden. Die Einzahlung dieser Mittel ist im Finanzierungsvoranschlag auf dem Konto 871 (MVAG 3121) zu verbuchen.

Bedarfszuweisungen sind daher kein Investitionskostenzuschuss im Sinne der VRV 2015 und sie sind auch nicht im entsprechenden Sonderposten evident zu halten (zu passivieren) oder über die Nutzungsdauer des Anlagevermögens ertragswirksam aufzulösen. Bedarfszuweisungen müssen aber für Ihren bestimmten Zweck verwendet werden, diese Darstellung erfolgt über den Investitionsnachweis.

Insbesondere bei der Darstellung dieser Mittel ist hier auf länderweise unterschiedliche Ausprägungen (zB BZ-Richtlinien oder die Bildung von Rücklagen) Rücksicht zu nehmen.

3.4 Projekte: Investitionen und ihre Finanzierung

Ist der operative Bereich des Finanzierungsvoranschlages erstellt, sollte sich ein erstes Bild für das investive Potential der Gemeinde abzeichnen. Es lässt sich ableiten, welche Mittel einer Gemeinde für Projekte zur Verfügung stehen und welche unaufschiebbare Maßnahmen anstehen, die einer möglichen Fremdfinanzierung bedürfen. Es ist wie bisher auch empfehlenswert, sich nun einen grob skizzierten Investitions- und Finanzierungsplan zurecht zu legen, bevor die nächsten Schritte in Angriff genommen werden.

Soweit bisher bekannt, sehen viele landesrechtliche Regelungen vor, (zB § 73 Abs. 3 NÖ GO 1973 LGBl. Nr. 17/2019 oder § 63 Abs. 1 und § 64 Abs. 1 StGHVO 1967 idgF), dass Investitionen in einem eigenen Nachweis (Investitions- bzw Projektnachweis) darzustellen sind. Auch sollen diese Investitionen mit ihrer jeweiligen Finanzierung ausgewiesen werden (zB § 72 a Abs. 9 NÖ GO 1973 LGBl. Nr. 17/2019 oder § 63 Abs. 1 und § 64 Abs. 1 StGHVO 1967 idgF). Es muss somit auch eine „Bedeckung“ der Ausgaben mitbudgetiert werden.

Es erscheint daher zweckmäßig ein Grobkonzept auf Basis des Nachweises zu erstellen und die einzelnen Voranschlagswerte auf den betreffenden Detailkonten zu erfassen. Eine Zuordnung der Detailkonten zum Nachweis erfolgt mittels Projektcode, welcher bei der Veranschlagung bereits zu vergeben ist.

Zu weiteren Details bei der Veranschlagung des Investitionsnachweises wird auf die Ausführungen im Punkt 5.4 verwiesen.

3.5 Wirtschaftliche Abgrenzung der nicht finanzierungswirksamen Konten

3.5.1 Umfeld und notwendige Vorarbeiten

Die periodengerechte Darstellung der Ergebnisse in Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag ist im Rahmen der kommunalen Buchführung gänzlich neu.

Vorarbeiten sind vor allem im nicht finanzierungswirksamen Bereich notwendig um zum einen jene Geschäftsfälle abzubilden, welche ihren Ursprung im Voranschlagsjahr haben und zum anderen noch keinen Niederschlag auf den Detailkonten gefunden haben. Oftmals lösen die eben genannten Geschäftsfälle keinen direkten Zahlungsfluss aus und werden folglich nur im Ergebnisvoranschlag abgebildet.

Ebenso ist der umgekehrte Fall für die Berücksichtigung im Voranschlag denkbar – der Geschäftsfall wurde bereits auf dem Detailkonto erfasst und ist wirtschaftlich auf das nächste Jahr bzw mehrere Jahre zu verteilen.

Hierzu einige Beispiele:

- Ein Gebäude der Gemeinde wurde vor Jahren angeschafft, die Raumnutzung und somit Abnutzung der Räumlichkeiten erfolgt fortlaufend. (Abschreibung)
- Für das Gebäude wurde ein Kapitalzuschuss vom Bund gewährt. Diese Förderung ist über die Nutzungsdauer aufzulösen. (Investitionszuschuss)
- Eine Leistung wurde im Finanzjahr von der Gemeinde in Anspruch genommen, eine Rechnung jedoch vom Lieferanten (Kreditor) noch nicht gelegt. (Rückstellung)
- Die Gemeinde zahlt die Miete für ein Gebäude immer Anfang Oktober, jeweils für ein Jahr im Voraus. (Rechnungsabgrenzung)
- Die Gemeinde kaufte mehrere Paletten Kopierpapier, welche für mehrere Jahre ausreichen werden. (Bewertung von Vorräten)

Den handelnden Personen in der Gemeinde muss bewusst sein, dass es in den ersten Jahren zu größeren Abweichungen zwischen dem Voranschlag und Rechnungsabschluss mangels detailliert vorliegender Unterlagen und mangelndem Fachwissen im Bereich der wirtschaftlichen Abgrenzungen kommen wird. Im Umfeld der großen Herausforderung, welche die neuen Buchhaltungsvorschriften darstellen, sollte in diesem Teilbereich daher mit größtmöglicher Verwaltungseffizienz vorgegangen und eine längere Lern- und Anpassungsphase in Bezug auf diese Konten mit eingeplant werden.

3.6 Abschreibungen

Der Betrag der planmäßigen Abschreibung (Kontengruppe 680) ergibt sich aus den Anschaffungskosten[53] der entsprechenden Vermögenswerte der Gemeinde, welche über die Nutzungsdauer, festgelegt in der Anlage 7 der VRV 2015, abgeschrieben werden.

Liegt zur Erstellung des Voranschlages eine vollständige Vermögensrechnung (Eröffnungsbilanz wurde bereits vom Gemeinderat beschlossen) oder eine provisorische Vermögensrechnung (Eröffnungsbilanz wurde noch nicht vom Gemeinderat beschlossen, es liegt aber bereits eine grobe „Rohbilanz“ auf) vor, sind diese Vermögenswerte als Basis für die zu veranschlagende Abschreibung heranzuziehen. Größere Veränderungen im

[53] Detaillierte Regelung zu den Anschaffungskosten siehe § 24 VRV 2015.

Anlagevermögen der Gemeinde im Voranschlagsjahr sollten bei der Voranschlagserstellung berücksichtigt werden.

Liegt noch keine „Rohbilanz“ und damit keine Annäherungswerte vor, sollte sich für den ersten Voranschlag an den bisherigen Tilgungen orientiert werden bzw die Werte sind annäherungsweise zu schätzen. Ein möglicher Indikator für Schätzwerte betreffend die zu veranschlagende Abschreibung könnte eine Gemeinde in ähnlicher Größe mit ähnlicher Infrastruktur liefern.

3.6.1 Auflösung von Investitionszuschüssen

Die Auflösung von Investitionskostenzuschüssen ist an die Abschreibung der entsprechenden Vermögenswerte zu binden (vgl. § 36 VRV 2015). Dies bedeutet, dass gleichlautend zur Abschreibung des Vermögenswertes auf der Aktivseite der Vermögensrechnung die Auflösung des entsprechenden Investitionszuschusses auf der Passivseite der Vermögensrechnung vorgenommen wird. Jedenfalls muss auch bei der Budgetierung eines Ertrages aus der aliquoten Auflösung des Sonderpostens Investitionszuschüsse ein direkter Zusammenhang zum entsprechenden „Abschreibungs-Aufwand“ vorhanden sein.

Im Zusammenhang mit der Budgetierung von Abschreibungen und Investitionszuschüssen sollte auf die Möglichkeiten der bestehenden EDV-Systeme Rücksicht genommen werden und die Vorgaben dazu durch die Softwareanbieter sowie die landesrechtlichen Vorgaben bei der Anordnung dieser Maßnahmen beachtet werden.

3.6.2 Rückstellungen

Die Budgetierung einer Rückstellung im Voranschlag sollte nach den gleichen Gesichtspunkten wie die Bildung einer Rückstellung im Rechnungsabschluss erfolgen. Dies bedeutet aber, dass der Sachverhalt bereits bei der Voranschlagserstellung bekannt sein muss. Ist dies nicht der Fall, hat auch keine Dotierung einer Rückstellung im Voranschlag zu erfolgen. Hierzu einige Beispiele:

Die Bildung einer Rückstellung für Abfertigungen ist bereits zur Voranschlagserstellung absehbar: Eine Mitarbeiterin wird voraussichtlich in zehn Jahren in den Ruhestand treten. Der entsprechende jährliche (aliquote) Betrag zur Bildung der Rückstellung ist vorzusehen.

Die Auflösung des entsprechenden Anteils der Abfertigungs-Rückstellung ist beim Ausscheiden der Mitarbeiterin im Ergebnisvoranschlag als Ertrag vorzusehen. Gleichzeitig ist die Mittelaufwendung an die Mitarbeiterin zu budgetieren. Einerseits ist in der Ergebnisrechnung die Abfertigung als Aufwand und in der Finanzierungsrechnung als Auszahlung auszuweisen. Im Konkreten bedeutet das, dass dieser Sachverhalt in der Ergebnisrechnung neutral dargestellt wird. Die Finanzierungsrechnung wird durch die Auszahlung aber voll belastet und folglich die Liquidität der Gemeinde negativ beeinflusst.

Hingegen ist die Bildung einer Rückstellung für ausstehende Rechnungen wohl zum Zeitpunkt der erstmaligen Voranschlagserstellung wiederum nur schwer abschätzbar und ist vernachlässigbar.

Bei der erstmaligen Erstellung eines Voranschlages sollte man daher das Augenmerk auf bekannte Sachverhalte legen, welche mit überwiegender Wahrscheinlichkeit dem Veranschlagungsjahr bzw den Folgejahren (zB „Ansparung“ Jubiläumsgelder bzw Abfertigungen) wirtschaftlich hinzugerechnet werden müssen.

3.6.3 Rechnungsabgrenzungen

Da das (die) jeweilige Grundgeschäft(leistung) bereits im Ergebnis- bzw Finanzierungsvoranschlag als Ertrag oder Aufwand bzw als Einzahlung und Auszahlung zur Gänze vorgesehen sein muss, ist eine gesonderte Aufnahme von Werten in den Voranschlag für die Konten der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungen nicht zwingend erforderlich. Ebenso ist bei der Voranschlagserstellung hinsichtlich Rechnungsabgrenzungsposten die lt VRV 2015 geltende Wertgrenze von EUR 10.000 zu berücksichtigen.

3.6.4 Vorräte

Bei den Vorräten trifft im Wesentlichen die gleiche Betrachtung zu wie bei den Rechnungsabgrenzungen. Eine Beurteilung der vorliegenden Vorräte zum Rechnungsabschlussstichtag ist bei der Voranschlagserstellung schwer abschätz- und daher vernachlässigbar. Ebenso wird auch an dieser Stelle auf die gemäß VRV 2015 geltende Wertgrenze von EUR 5.000 hingewiesen.

Grundregel für Rechnungsabgrenzungen, Rückstellungen und Vorräte:

Zum bisher Erwähnten ist es wichtig festzuhalten, dass es im Zuge der Voranschlagserstellung noch nicht wesentlich ist, ob es sich im Rechnungsabschluss um eine spätere Rechnungsabgrenzung, Bewertung eines Vorrates oder die mögliche Bildung einer Rückstellung handelt. Es ist vielmehr wichtig, dass bei der Beurteilung des zu veranschlagenden Finanzjahres, jene Werte des Grundgeschäftes im Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag vorgesehen werden.

3.7 Abschließend

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass bei der erstmaligen Voranschlagserstellung Schwerpunkte gesetzt werden müssen und diese in Folge als Ausgangsbasis für weitere Umsetzungsschritte in der VRV 2015 zum Aufbau des Haushaltswesens genützt werden.

Wie bisher sollten die Werte für die einzelnen Haushaltsstellen erhoben und auf den Detailkonten veranschlagt werden.

Vorrangig und unbedingt zu beachten sind jedenfalls:

- die benötigten Mittelverwendungen und Mittelaufbringungen für den operativen finanzierungswirksamen Bereich sind festzustellen. Dabei sind bereits absehbare Forderungen und Verbindlichkeiten mit zu berücksichtigen.
- Ermittlung der Beträge, welche aus dem operativen Bereich für den investiven Bereich bereitgestellt werden können. Möglicherweise können auch Rücklagen mit Zahlungsmittelreserven gebildet werden oder müssen diese aufgelöst werden.
- In der Folge kann mit der Planung von Investitionen begonnen werden. Dabei ist eine Prioritätenreihung[54] – wie sie bei vielen Gemeinden jetzt schon stattfindet – anzustreben. Pro Vorhaben bzw Projekt ist festzustellen, welche Finanzierungslücken für die Gemeinde bestehen und wie diese bedeckt werden können (zB durch Eigenmittel, Darlehensaufnahmen, Kapitaltransfers von Bund, Ländern oder Dritten).
- Bei einem Überschuss in der operativen Gebarung besteht beispielsweise die Möglichkeit, diese der investiven Gebarung zur Verfügung zu stellen. Erst nach dieser Maßnahme wird ersichtlich, ob und in welcher Höhe möglicherweise Darlehensaufnahmen für die vorgesehene Investition erforderlich sind. Dies hat insofern Bedeutung, da in den Gemeindehaushalten nach wie vor das **Einzeldeckungsprinzip** vorgesehen ist und eine globale Darlehensaufnahme für das Gesamtbudget nicht möglich ist.

Wenn die beschriebenen Grundlagen für den Voranschlag entsprechend korrekt vorhanden sind, sollte die Abschreibung berücksichtigt werden. Dabei sollte nach den Empfehlungen nach Punkt 3.6 Abschreibungen vorgegangen werden. Dies bedeutet, dass bei der erstmaligen Anwendung eine in Grundzügen plausible Festsetzung als ausreichend erscheint.

Anschließend sollte die Dotierung und Auflösung von Rückstellungen ins Auge gefasst werden. Vor allem im ersten Finanzjahr sollten hierbei nur die gesetzlich zur Bildung vorgeschriebenen Rückstellungen berücksichtigt werden. Die erstmalige Erstellung des Voranschlages 2020 auf Grundlage der Drei-Komponenten-Rechnung und der damit verbundenen fehlenden Erfahrungswerte wird in vielen Fällen dazu führen, dass während des Finanzjahres 2020 – speziell aber nach Vorliegen des Rechnungsabschlusses 2019 nach der VRV 1997 – geprüft werden muss, ob die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages für das Finanzjahr 2020 erforderlich ist. So wie bisher, wird die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages dann erforderlich sein, wenn die Liquidität der Gemeinde gefährdet ist oder Erträge und Aufwendungen bzw Einzahlungen und Auszahlungen nicht oder nicht in voller Höhe im Voranschlag vorgesehen sind und damit die finanzielle Ausgewogenheit zwischen Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögensrechnung nicht mehr gegeben ist.

---

[54] Dieses Vorgehen ist unabhängig von den Vorgaben der jeweiligen VRV, jedoch ein wesentlicher Bestandteil einer effizienten kommunalen Haushaltsplanung.

4. BESCHLUSS ERSTMALIGER VORANSCHLAG UND BESCHLUSS ERÖFFNUNGSBILANZ – KEINE ZEITLICHE ABHÄNGIGKEIT

(Christian Schleritzko, MSc / Mag. (FH) Andreas Auer / Elisa Holzapfel, BA / Dr. Gerhard Pircher)

Nachdem die meisten Gemeinden zur Vorbereitung für den Start der neuen „doppelten kommunalen Buchführung“ bereits viel Zeit und Ressourcen sowie auch finanziellen Aufwand mit der Erfassung und Bewertung des bestehenden Gemeindevermögens sowie der dafür erhaltenen Investitionszuschüsse aufgewendet haben, gilt es nun die erhobenen Daten in die vorhandenen Buchungssysteme einzuarbeiten und eine Eröffnungsbilanz zu erstellen.

Bei der Ersterfassung der Vermögenswerte wurden die Gemeinden mit umfangreichen Fragen konfrontiert – beginnend von verschiedenen Möglichkeiten der erstmaligen Bewertung über die Verwendung bereits vorhandener Werte aus den bestehenden Rechenwerken bis hin zu den zu ermittelten Daten für Rückstellungen oder Beteiligungen.

Gerade im Bereich der Erfassung und Bewertung des Gemeindevermögens standen und stehen den Gemeinden eine Vielzahl von Fachinformationen zur Verfügung. Viele Gemeinden haben auf Schulungs- und Beratungsangeboten von Kommunalakademien und privatwirtschaftlichen Unternehmen sowie den Softwareanbietern der Gemeinden zurückgegriffen. Weiteres wurden in den meisten Bundesländern Leitfäden für die erstmalige Bewertung des Gemeindevermögens abgestimmt auf landesrechtliche Bestimmungen aufgelegt.

Nachdem nun alle Vermögensdaten zum größten Teil erhoben sind, sollten diese gemeinsam mit allen anderen bekannten Werten wie Schulden, Rücklagen etc zu einer ersten „Roheröffnungsbilanz“ (vergleichbar mit einer Rohbilanz in der Privatwirtschaftsverwaltung) − diese Arbeitsgrundlage ist vom zuständigen Gremium noch nicht beschlossen − zusammengeführt werden.

Als nächster wesentlicher bzw fast paralleler Schritt müssen von den Gemeinden − sowohl in den Verwaltungen aber auch von den Mandataren − die Zusammenhänge innerhalb der neuen „Drei-Komponenten-Rechnung“ verstanden und erkannt werden. Dabei gilt es die Auswirkungen von Buchungen im Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt richtig zu interpretieren und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Erst wenn hier das Zusammenspiel aller drei Haushalte richtig erkannt wird, werden die Entscheidungsträger der Gemeinden auf Grund der bisherigen ermittelten Vermögenswerte und der weiteren Daten jene Informationen und jenes Wissen haben, welches notwendig ist um eine Entscheidung zu treffen, wie die endgültige Eröffnungsbilanz erstellt wird. Dies

ist wesentlich, hängt doch davon die weitere Entwicklung der Gemeinde in wirtschaftlicher Sicht ab. Es muss allen Entscheidungsträgern im Gemeinderat klar sein, dass sie mit ihrer einmaligen Entscheidung zur Eröffnungsbilanz wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisrechnungen der nächsten Jahrzehnte nehmen und damit den Handlungsspielraum für den Gemeinderat auf viele Jahre wesentlich beeinflussen werden. Durch die Werte in der Eröffnungsbilanz wird ganz wesentlich auf die Abschreibungen oder Rückstellungen eingegriffen und damit werden auch die Verluste oder Gewinne in der Ergebnisrechnung auf einen langen Zeitraum „vorprogrammiert".

Gegebenenfalls wird man sich daher die Frage stellen müssen, ob möglicherweise die gewählten Bewertungsmethoden die richtigen waren oder ob weitere Ermittlungen von Daten erforderlich und sinnvoll sein könnten. Dies wird wesentlich davon abhängen, welche landesrechtlichen Vorschriften zukünftig für die Gemeinden gelten werden und wie der Begriff eines „ausgeglichenen Haushaltes" – welcher derzeit über den ordentlichen Haushalt relativ einfach feststellbar war, jedoch in Hinkunft nicht mehr besteht – interpretiert wird.

In vielen Fällen wird es daher erforderlich sein die „Roheröffnungsbilanz" − wie eingangs beschrieben − mehrfach zu überarbeiten, um schlussendlich eine solide Eröffnungsbilanz zu erstellen, welche vom Gemeinderat beschlossen werden kann.

Somit stellt sich die Frage, wann der richtige Zeitpunkt zur **Beschlussfassung** der **Eröffnungsbilanz** (EB) durch den Gemeinderat ist bzw ob eine beschlossene Eröffnungsbilanz die Grundvoraussetzung ist, ob der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2020 auch tatsächlich beschlossen werden kann. Dazu ist festzustellen, dass die VRV 2015 keine Frist für die Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz durch die zuständigen Kollegialorgane vorsieht.

In der VRV 2015 ist lediglich die Erstellung einer Eröffnungsbilanz spätestens per Stichtag 1. Jänner 2020 vorgesehen. Um die Frage der Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz zu klären, sollten sich die Gemeinden ein Beispiel an jenen Bereichen nehmen, welche umfangreiche Erfahrungen mit der Umsetzung des neuen Buchhaltungssystems haben. So war zum Beispiel die Eröffnungsbilanz des Bundes zum 1. Jänner 2013 zu erstellen und wurde erst am 16. Dezember 2013 beschlossen.

Aufbauend auf diesen Erfahrungen muss die erste Eröffnungsbilanz also nicht schon im Jahr 2019 erarbeitet werden und kann dies auch gar nicht, da notwendige Daten erst ab 31. Dezember 2019 vorliegen. Bis wann die Eröffnungsbilanz spätestens beschlossen werden muss, ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt und aus den jeweiligen landesrechtlichen Bestimmungen zu entnehmen. Die meisten Bundesländer lassen den Gemeinden jedoch den Spielraum, die Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz erst nach der Beschlussfassung des Voranschlages 2020 durch den Gemeinderat herbeizuführen – spätestens jedoch bis zur Erstellung des Rechnungsabschlusses 2020.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass dadurch für die Gemeinden viel Zeit gewonnen werden kann, den die „Roheröffnungsbilanz" ist vorzubereiten und laufend zu aktualisieren. Bei

diesen Vorbereitungen könnte es von Vorteil sein, die Prüfungsausschüsse der Gemeinden bereits frühzeitig in die Erstellung der Eröffnungsbilanz einzubinden.

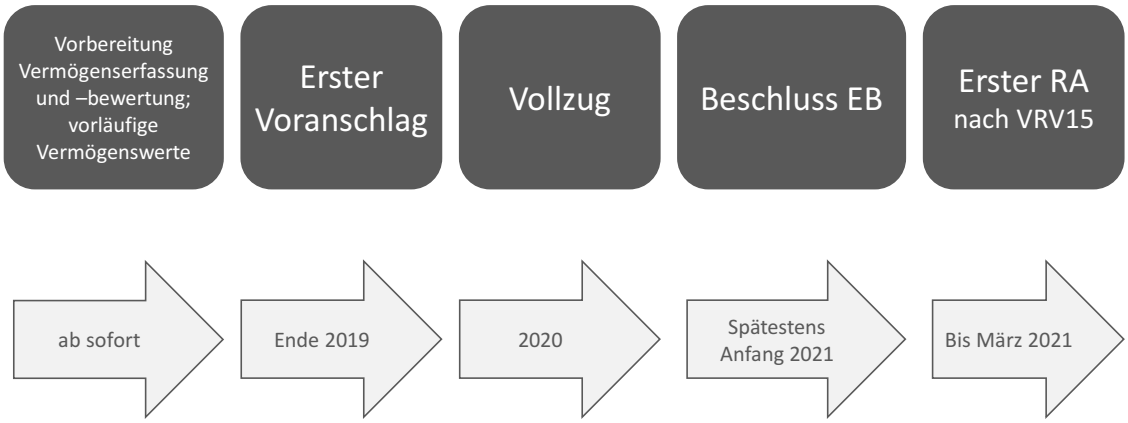


Abbildung 4: möglicher zeitlicher Ablauf zur Erstellung der Eröffnungsbilanz (EB)

Für die Erstellung des Ergebnisvoranschlages 2020 sollten die Daten der „Roheröffnungsbilanz“ als Grundlage für die Abschreibungen, die Rücklagen und Investitionszuschüssen herangezogen werden. Alle anderen Daten sollten so wie bei den bisher erstellten Voranschlägen bekannt sein bzw annäherungsweise geschätzt werden und waren auch jetzt schon nicht immer ermittelbar. Das gleiche trifft daher auch auf jene Werte aus der Vermögensrechnung zu, welche die Ausgangsbasis für die erwähnten Konten des Ergebnisvoranschlages (zB Abschreibung) bilden. Außerdem wird gerade im ersten Jahr der Umstellung das Hauptaugenmerk auf den Finanzierungsvoranschlag gerichtet werden müssen, da hier auch alle Investitionen und Darlehenstilgungen enthalten sind und der Grundsatz der Einzelbedeckung auch unter der VRV 2015 weiterhin einzuhalten ist.

Die Erstellung des Voranschlages 2020 wird daher nicht daran scheitern, dass vom Gemeinderat noch keine Eröffnungsbilanz beschlossen wurde. In dieser Frage ist daher praxisorientiert an die Umsetzung heranzugehen. Gerade das Jahr 2020 wird für die Bediensteten und die Mandatare ein „Lehrjahr“ in der doppelten kommunalen Buchführung werden. Während des Arbeitens und der Auseinandersetzung mit dem neuen System wird – zusätzlich zu den absolvierten Schulungen der Verwaltungen und auch ganz wesentlich aller politischen Mandatare – jener Wissensschatz angesammelt werden können, welcher notwendig ist, um eine endgültige Eröffnungsbilanz zu erstellen, diese zu verstehen und zur Beschlussfassung vorzulegen. Erst dadurch wird die Basis für das wirtschaftliche Handeln der Gemeinden für die Zukunft nachhaltig geschaffen.

Es steht natürlich allen Gemeinden frei, die Eröffnungsbilanz schon im Jahr 2019 zu beschließen. Grundvoraussetzung sollte dabei jedoch sein, dass alle Betroffenen die neue

Drei-Komponenten-Rechnung zur Gänze beherrschen, dadurch die richtigen Zusammenhänge erkennen um eigenständig alle Handlungsschritte sowie Buchungen anordnen und durchführen zu können. Für alle anderen sollte das Jahr 2020 aber primär als Chance gesehen werden, die „Roheröffnungsbilanz“ zu einer soliden Eröffnungsbilanz umzuarbeiten.

Zusammenfassend wird daher festgehalten, dass es für den Voranschlag 2020 ausreichend sein wird, die Werte – welche über die Vermögensrechnung zu ermitteln sind (zB Abschreibungen, Rückstellungen, …) annäherungsweise zu ermitteln oder gegebenenfalls auch abzuschätzen. Nach der Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz – das ist folglich spätestens mit dem ersten Rechnungsabschluss (RA) der VRV 2015 – sind dann die exakten Werte aus der Vermögensgebarung für die Erstellung des Ergebnisvoranschlages heranzuziehen. Bei Ausnutzung des spätesten Zeitpunktes für die Erstellung der Eröffnungsbilanz könnte dann ab dem Ergebnisvoranschlag 2022 auf alle Realwerte der Buchhaltung zugegriffen werden.

5. VORANSCHLAGSERSTELLUNG – ERSTE PRAKTISCHE HINWEISE

(MMag. Dr. Hans-Jörg Hörmann / Mag. Maria Bogensberger)

Seit Mitte 2019 arbeiten die österreichischen Städte und Gemeinden (in der Folge kurz: Gemeinden) an der erstmaligen Erstellung eines Voranschlags auf Basis der VRV 2015. Die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen stellen die Gemeinden vor beachtliche Herausforderungen.

Es ist davon auszugehen, dass die EDV-AnbieterInnen für die Haushaltsbuchführungssysteme der Gemeinden die Gemeinden durch ihre Programme (in der Folge kurz: Applikationen) bestmöglich unterstützen wollen und werden. Dies voraussetzend wird eine Gemeinde, wie bisher, anhand der Voranschlagsstelle (Ansatz/Konto) die notwendigen Planungsschritte vornehmen.

Das integrierte Drei-Komponenten-Haushaltssystem, bestehend aus Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt, bringt jedoch auch in der Praxis der Voranschlagserstellung Neuerungen, die für eine transparente, nachvollziehbare und insbesondere über die Jahre vergleichbare Veranschlagung und Verbuchung von Geschäftsfällen durch eine Gemeinde bedeutsam sind.

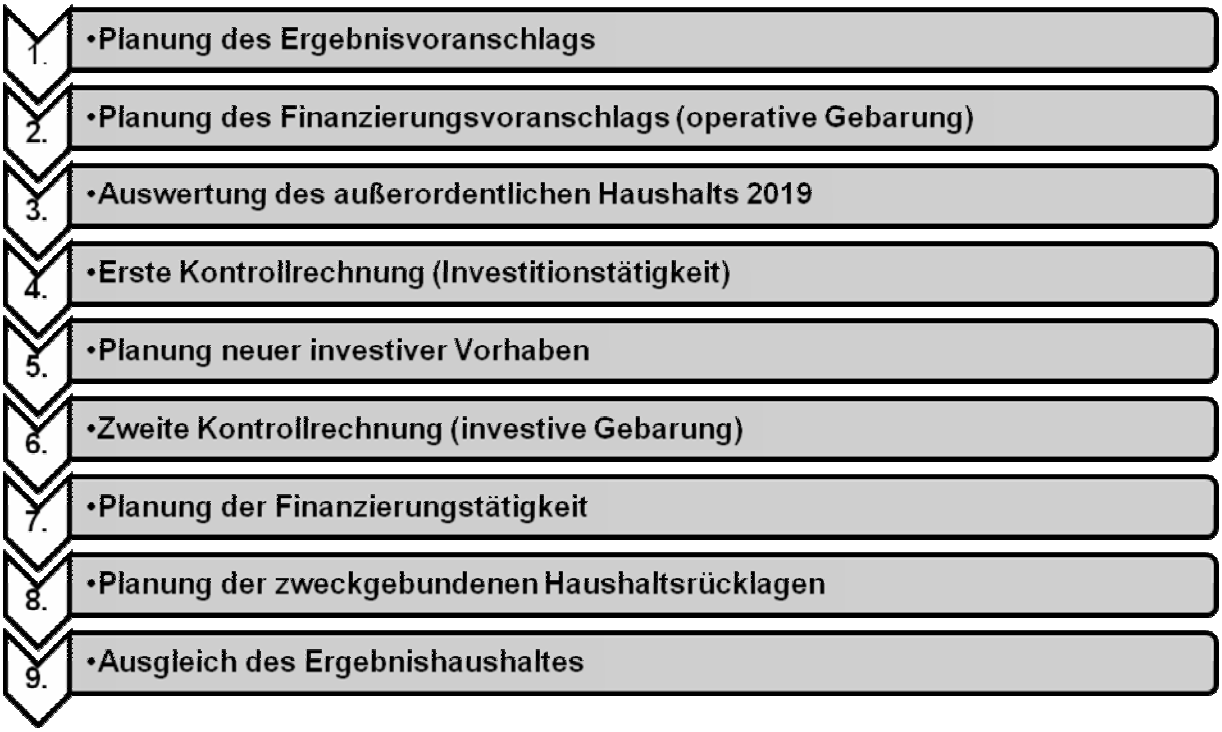
In der Folge werden diese Neuerungen anhand eines sequentiell aufgebauten Prozesses mit Hilfe eines durchgängigen Musterbeispiels und der zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Artikels in einem Bundesland bereits verordneten Vorlagen für einen Voranschlag[55] diskutiert und die Auswirkungen auf die Voranschlagserstellung in der Praxis analysiert.

Der folgende Musterprozess orientiert sich dabei an den allgemeinen Vorgaben der VRV 2015. In der aktuellen Diskussion wird vielfach vorgebracht, dass der Finanzierungsvoranschlag zuerst erstellt werden soll und die sich daraus ergebenden Werte für den Ergebnisvoranschlag maßgebend sein sollen. Dieser Weg ist denkbar, wobei an dieser Stelle anzumerken ist, dass die VRV 2015 genau den umgekehrten Weg festlegt.[56] Der Musterprozess gibt somit jenen Weg wieder, den die VRV 2015 für die Voranschlagserstellung vorgibt.

---

[55] Vgl. Stmk. Gemeindehaushaltsverordnung – StGHVO, LGBl. Nr. 34/2019.
[56] Vgl. dazu § 11 Abs. 2 VRV 2015.

5. Voranschlagserstellung – erste praktische Hinweise



Prozess 1: Voranschlagserstellung für das Jahr 2020

Der Musterprozess orientiert sich an der Überlegung, dass eine/ein für die Voranschlagserstellung Verantwortliche/r einer Gemeinde erkennen können soll, welche Geschäftsfälle im Voranschlag welche Auswirkungen haben können und vor allem, in welchen Bereichen des neuen Voranschlags die geplanten Geschäftsfälle zu finden sind.

Durch ein Beispiel soll der neunstufige Weg skizziert und nachvollziehbar dargestellt werden. Damit die Übersicht nicht verloren geht, wird die Beispiel-Gemeinde mit ihren Geschäftsfällen stark vereinfacht dargestellt.

Beispiel – Grundangaben zur Beispiel-Gemeinde

Die Beispiel-Gemeinde besteht lediglich aus fünf Ansätzen:

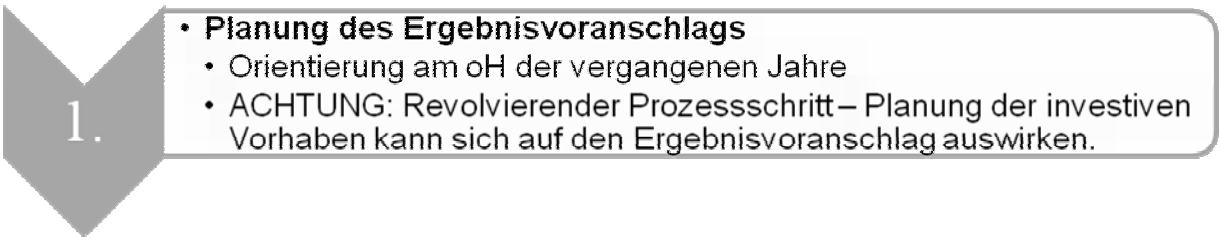
010000	*Zentralamt*
240000	*Kindergarten*
851000	*Betriebe der Abwasserbeseitigung*
920000	*Ausschließliche Gemeindeabgaben*
925000	*Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben*

Vereinfachend wird angenommen, dass die Beispiel-Gemeinde aus fünf Ansätzen besteht, wobei zur Vermittlung der Wirkung der Bereichsbudgets das Bereichsbudget 9 „Finanzwirtschaft“ aus zwei Ansätzen besteht. Bei den übrigen Ansätzen ist der Detailnachweis der Konten in den Summen identisch mit den Ansätzen im jeweiligen Bereichsbudget.

Dieser Weg wurde bewusst gewählt, um einerseits die Veranschlagung auf der Voranschlagsstellenebene und andererseits deren Zusammenfassung in den Bereichsbudgets und schließlich in den Gesamtbudgets besser darstellen zu können.

Beispiel 2: Grundangaben zur Beispiel-Gemeinde

5.1 Der Ergebnisvoranschlag (E-VA)



Der Ergebnisvoranschlag wird in den §§ 8 bis 10 VRV 2015 näher geregelt. Der neue Grundsatz der periodengerechten Abgrenzung von Erträgen und Aufwendungen im Ergebnishaushalt wird für den Voranschlag ebenfalls festgelegt. Die Gemeinde hat lediglich jene Erträge und Aufwendungen im Voranschlag festzusetzen, die die Periode, das Finanzjahr, betreffen.[57]

Die Abgrenzung von finanzierungswirksamen und nicht finanzierungswirksamen Erträgen und Aufwendungen ist für das Verständnis des neuen Voranschlags und die praktische Herangehensweise an die Erstellung eines Voranschlags wesentlich. Finanzierungswirksam und damit Teil des Finanzierungsvoranschlags sind Aufwendungen, die zu einem direkten Mittelabfluss, einer (Be-)Zahlung durch die Gemeinde, führen. Nichtfinanzierungswirksame Aufwendungen ergeben sich hingegen aus der Veränderung einer Position in der Vermögensrechnung.

Beispiele für finanzierungswirksame Aufwendungen sind etwa Aufwendungen für Geldbezüge der BeamtInnen und Vertragsbediensteten, für Instandhaltungen, für Versicherungen oder für Transfers. Beispiele für nicht finanzierungswirksame Aufwendungen sind Abschreibungen auf Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte, die Dotierung von Rückstellungen oder Sachbezüge der Bediensteten.

Auch Erträge können finanzierungswirksam und nicht finanzierungswirksam sein. Finanzierungswirksame Erträge sind etwa die Ertragsanteile der Gemeinden und sämtliche Abgaben-, Steuer- und Gebührenerträge. Nicht finanzierungswirksame Erträge stellen etwa die Auflösung von Rückstellungen dar. Auch die Auflösung von Investitionszuschüssen (Kapitaltransfers) stellen nicht finanzierungswirksame Erträge dar. Die nicht finanzierungswirksamen Erträge sind somit Erträge, die jedenfalls nicht direkt zu einem Mittelzufluss, das heißt Einzahlungen bei der Gemeinde, führen.

---

[57] Vgl. § 8 Abs. 1 und Abs. 2 VRV 2015.

5. Voranschlagserstellung – erste praktische Hinweise

Ausgehend von diesen Begriffen und Grundlagen können die Veranschlagungsregeln der VRV 2015, wie folgt, zusammengefasst werden[58]:

- Erträge sind für jenes Finanzjahr zu veranschlagen, dem sie wirtschaftlich zuzuordnen sind (periodengerechte Veranschlagung). Ist die Zuordnung nicht möglich, ist der (voraussichtliche) Zeitpunkt des Zuflusses an liquiden Mitteln für die Veranschlagung dieser Erträge ausschlaggebend.
- Abgaben sind ohne Rücksicht auf ihre Zweckbestimmung ausschließlich im Abschnitt 92 „Öffentliche Abgaben“ als Erträge zu erfassen. Die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen sind hingegen unter dem jeweiligen betreffenden Ansatz, etwa 850 Betriebe der Wasserversorgung oder 851 Betriebe der Abwasserbeseitigung, zu erfassen.
- Interessentenbeiträge von Grundstückeigentümern und Anrainern sind ebenfalls als Erträge beim jeweiligen Ansatz zu veranschlagen. Durch die allgemeine Formulierung des § 10 Abs. 3 VRV 2015 entsteht hinsichtlich der Bestimmungen zu den Investitionszuschüssen (Kapitaltransfers)[59] ein Spannungsverhältnis. Es wird empfohlen, Interessentenbeiträge, die für investive Vorhaben zu verwenden sind (Bedeckung für Auszahlungen für Vorhaben der Investitionstätigkeit), bereits im Voranschlag als Einzahlungen aus Kapitaltransfers und nicht unter den Erträgen zu erfassen.[60]
- Die Gemeindeaufsichtsbehörden geben den Gemeinden jährlich die voraussichtlichen Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben bekannt. Diese sind als Erträge zu veranschlagen.
- Erträge aus Finanzzuweisungen und Zuschüssen sind beim Abschnitt 94 „Finanzzuweisungen und Zuschüsse“ zu veranschlagen. Kommen diese jedoch einem Betrieb, einer betriebsähnlichen Einrichtung oder einer wirtschaftlichen Unternehmung zu, können die Finanzzuweisungen und Zuschüsse beim jeweiligen betreffenden Ansatz festgesetzt werden.
- Erträge und Aufwendungen aus (laufenden) Transfers sind im jeweiligen Finanzjahr zu veranschlagen, für das der Transfer gewährt wird. Erst wenn diese Zuordnung nicht möglich ist, kann der (voraussichtliche) Zeitpunkt des Zuflusses an liquiden Mitteln für die Veranschlagung herangezogen werden. Gewährt eine Gemeinde einen mehrjährigen Transfer, sind diese in jenem Jahr als Aufwand zu erfassen, für das sie gewährt werden.
- Gemeinde-Bedarfszuweisungen sind nach ihrem Ertragscharakter entweder als Transfer oder als Kapitaltransfers zu erfassen. Dabei ist zu beachten, dass einzelne Bundesländer gesonderte Bestimmungen schaffen werden bzw geschaffen haben, die den Ertragscharakter von Gemeinde-Bedarfszuweisungsmitteln für investive Vorhaben unmittelbar rechtlich gestalten. Einzelne Bundesländer, etwa Oberösterreich, legen Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel für investive Vorhaben als Kapitaltrans-

---

58 Vgl. § 10 VRV 2015
59 Vgl. dazu etwa § 11 Abs. 5 iVm § 36 VRV 2015.
60 Vgl. dazu etwa § 43 Abs. 1 letzter Satz StGHVO.

fers aus (Kontengruppe 301 Kapitaltransfers von Ländern, Landesfonds und Landeskammern); andere Bundesländer, etwa Niederösterreich und die Steiermark, sehen aufgrund der regionalen Bestimmungen in Gemeinde-Bedarfszuweisungen für investive Vorhaben Eigenmittel[61] und sind diese daher als Transfers (Kontengruppe 871 Kapitaltransfers aus Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel) zu erfassen.

- Kapitaltransfers sind gemäß der Nutzungsdauer des Vermögenswertes, für den sie gewährt werden, abzugrenzen und jährlich entsprechend ertragswirksam aufzulösen.[62] Werden Kapitaltransfers gewährt, sind diese grundsätzlich im Jahr der Gewährung als Kapitaltransfers bzw Investitionszuschuss zu passivieren. Die Auflösung dieser Position erfolgt über den Ergebnishaushalt als nicht finanzierungswirksamer Ertrag.
- Der Personalaufwand ist für jenes Finanzjahr zu erfassen, für das die Gegenleistung für die Tätigkeit der Bediensteten erbracht wird. An diese Bestimmung knüpft die Notwendigkeit Personalrückstellungen zu dotieren.[63]
- Sachaufwendungen sind für jenes Finanzjahr zu erfassen, dem sie wirtschaftlich zuzuordnen sind. Bei Dauerschuldverhältnissen und Mieten sind die betreffenden Aufwendungen jenem Finanzjahr zuzuordnen, in dem sie anfallen.
- Erträge und Aufwendungen für Zinsen sind in jenem Finanzjahr zu veranschlagen, auf das sich die Zinsen beziehen. Diese sind brutto zu veranschlagen.
- Auf- und Abgelder sind periodengerecht als Finanzaufwand bzw -ertrag im Voranschlag festzusetzen.
- Spesen und Provisionen im Zusammenhang mit der Finanzierungstätigkeit sind ausschließlich mit dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Zahlungen im Voranschlag zu erfassen.

Beispiel – Vorläufiger Ergebnisvoranschlag der Beispiel-Gemeinde (Basis)

Die Beispiel-Gemeinde plant in ihren fünf Ansätzen folgende Mittelaufbringungen und -verwendungen:

010000 Zentralamt

Im Zentralamt geht die Gemeinde aufgrund des Stellenplans davon aus, dass sie für ihre Vertragsbediensteten im zu beschließenden Finanzjahr 2020 (in der Folge auch Haushaltsjahr) Aufwendungen in der Höhe von € 80.000,00 (Geldbezüge) aufwenden muss. Daneben sind sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit in der Höhe von € 9.000,00 sowie die Dotierung einer Rückstellung für Jubiläumszuwendungen in der Höhe von € 2.000,00 zu planen.

---

61 Vgl. dazu konkret § 186 Abs. 2 StGHVO.

62 Es sind gegebenenfalls nähere Bestimmungen in den GHR zu beachten; vgl. etwa § 187 StGHVO.

63 Bei den Personalrückstellungen sind neben der VRV 2015 die Bestimmungen in den GHR bzw in den Richtlinien zu den Eröffnungsbilanzen der Bundesländer zu beachten.

Folgende weitere Aufwendungen sind zu planen:

- Geringwertige Wirtschaftsgüter in der Höhe von € 500,00;
- Büromaterial in der Höhe von € 3.000,00;
- Energiebezüge € 1.000,00;
- Versicherungen € 1.900,00;
- Instandhaltung von Gebäuden und Bauten € 500,00;
- planmäßige Abschreibung für bestehende Anlagen € 35.000,00.

240000 Kindergarten

- Für den Kindergarten sind es folgende Positionen:
- Erträge aus den Elternbeiträgen € 15.000,00;
- Vertragsbedienstete € 30.000,00 (Geldbezüge);
- Sonstige Dienstgeberbeiträge € 4.500,00;
- Dotierung Rückstellung Jubiläumsgelder € 1.000,00;
- Geringwertige Wirtschaftsgüter € 2.500,00;
- Büromaterial € 1.000,00;
- Energiebezüge € 2.000,00;
- Telefon € 1.000,00;
- Miete € 20.000,00;
- Instandhaltung von Gebäuden € 4.000,00;
- Abschreibung € 10.000,00;
- Zinsen für Finanzschulden € 1.100,00.

851000 Betriebe der Abwasserbeseitigung

Für den Betrieb der Abwasserbeseitigung sind es folgende Positionen:

- Erträge aus Gebühren € 350.000,00;
- Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen € 20.000,00;
- Geldbezüge Vertragsbedienstete € 30.000,00;
- Mehrleistungsvergütung € 4.000,00;

---

64 Das „örtliche“ Kontenverzeichnis darf dem Inhalt einer nach der Anlage 3 b VRV 2015 verordneten Kontengruppe nicht widersprechen.

65 Vgl. dazu etwa die Regelung gem. § 53 StGHVO.

66 Zum Voranschlagsvergleich siehe auch Kapitel 2.3.

67 Nachdem bei Erstellung dieses Beitrages der Detailnachweis der Konten erst von einem Bundesland rechtlich geregelt ist, wird diese Regelung (StGHVO) für die Auflösung des Beispiels herangezogen.

- sonstige Nebengebühren € 3.000,00;
- sonstige Dienstgeberbeiträge € 5.000,00;
- Geringwertige Wirtschaftsgüter € 10.000,00;
- chemische und sonstige artverwandte Mittel € 10.000,00;
- Energiebezüge € 10.000,00;
- Instandhaltung Wasser- und Abwasserbauten und –anlagen € 15.000,00;
- Repräsentationsaufwendungen € 3.000,00;
- Reisegebühren € 2.000,00;
- Entgelte für sonstige Leistungen € 15.000,00;
- planmäßige Abschreibung € 150.000,00;
- laufende Transfers an Gemeindeverbände € 100.000,00;
- Zinsen für Finanzschulden € 20.000,00;
- Geldverkehrs- und Bankspesen € 1.000,00;
- Tilgung von Darlehen € 50.300,00.

920000 Ausschließliche Gemeindeabgaben

Bei den ausschließlichen Gemeindeabgaben wird vereinfachend lediglich angenommen, dass die Beispiel-Gemeinde-Erträge aus Kommunalsteuer in der Höhe von € 100.000,00 erzielen wird.

925000 Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben

Bei den Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundeabgaben wird vereinfachend lediglich angenommen, dass die Beispiel-Gemeinde Erträge aus Ertragsanteilen ohne Spielbankabgaben in der Höhe von € 300.000,00 erzielen wird.

Hinweis zur Lösung:

Bei der Veranschlagung sind zunächst die Geschäftsfälle zu identifizieren. Dies ist durch die obenstehende Angabe bereits erfolgt. In einem weiteren Detailschritt sind die jeweiligen Geschäftsfälle einem Konto auf Basis des Kontenplanes der VRV 2015 und des „örtlichen" Kontenverzeichnisses[64] zuzuordnen. Bei der Lösung dieses Beispiels werden die Geschäftsfälle vereinfachend lediglich auf Ebene der Kontengruppe zugeordnet.

*Die Zuordnung der Geschäftsfälle zu einem Konto bewirkt auch die Zuordnung dieser Geschäftsfälle einer bestimmten Position im Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag. Für den Nachvollzug des Lösungsteils dieses Beispiels ist es daher ratsam, zunächst die einzelnen Kontengruppen in der Anlage 3 b VRV 2015 zu suchen und die im rechten Zahlenteil abgedruckten MVAG (**M**ittel**v**erwendungs- und -*

aufbringungsgruppen) neben der Kontengruppe und dem zu veranschlagenden Betrag zu notieren. Bei EDV-unterstützter Voranschlagserstellung erfolgt die Zuordnung zu den MVAG vollautomatisiert.

Es entsteht damit anhand der Geschäftsfälle des Zentralamtes folgende Tabelle (MVAG Ergebnis-VA):

KG	Inhalt	Betrag	MVAG E-VA	MVAG F-VA
400	GWG	500,00	2221	3221
456	Büromaterial	3.000,00	2221	3221
510	Geldbezüge Vertragsbed.	80.000,00	2211	3211
582	Sonstige Dienstbeiträge soz. Sicherheit	9.000,00	2212	3212
592	Dotierung Rst. für Jubiläum	2.000,00	2214	-
600	Energiebezüge	1.000,00	2222	3222
614	Instandhaltung von Gebäuden	500,00	2224	3224
670	Versicherungen	1.900,00	2222	3222
680	Planmäßige Abschreibung	35.000,00	2226	–

Durch die Zuordnung der Konten zu einem MVAG des Ergebnisvoranschlags (MVAG E-VA) wird die Position der dahinterstehenden Geschäftsfälle im Ergebnisvoranschlag festgelegt. Die Zuordnung der Konten zu einem MVAG des Finanzierungsvoranschlags (MVAG F-VA) wird beim zweiten Schritt – der Erstellung des Finanzierungsvoranschlags – benötigt.

Mit dieser Liste können sämtliche Geschäftsfälle dem Ergebnisvoranschlag und dem Finanzierungsvoranschlag zugeordnet werden. Diese Liste bildet auch die Grundlage für den zu erstellenden Detailnachweis der Konten. Dieser Nachweis orientiert sich zumindest an den Summen und Salden des Ergebnisvoranschlags. Hilfreich ist es, wenn die GHR vorsehen, dass bestimmte Angaben nicht anzudrucken sind[65]; etwa, weil weder im zu beschließenden Haushaltsjahr noch bei den Werten des laufenden und vorangegangenen Haushaltsjahres Vergleichswerte aufscheinen[66].

Werden die einzelnen Angaben im Detailnachweis der Konten eingetragen, ergibt sich der folgende vorläufige Nachweis[67] der Einzelkonten (Ausschnitte des Nachweises).

Beispiel 3: Vorläufiger Ergebnisvoranschlag der Beispiel-Gemeinde (Basis)

Ansatz 010000			Zentralamt	VA 2020	VA 2019	RA 2018
Konto				Ergebnisvoranschlag		
Operative Gebarung						
1			**Personalaufwand / Auszahlungen aus Personalaufwand**	**91.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2211**	**3211**	**Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen) / Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)**	**80.000,00**	**0,00**	**0,00**
	510	510	Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung	80.000,00		
2	**2212**	**3212**	**Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand / Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen**	**9.000,00**	**0,00**	**0,00**
	581	582	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit	9.000,00		
2	**2214**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Personalaufwand**	**2.000,00**	**0,00**	**0,00**
	592		Dotierung von Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen	2.000,00		
1			**Sachaufwand (ohne Transferaufwand) / Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**41.900,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2221**	**3221**	**Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren / Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren**	**3.500,00**	**0,00**	**0,00**
	400	400	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	500,00		
	456	456	Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel	3.000,00		
2	**2222**	**3222**	**Verwaltungs- und Betriebsaufwand / Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand**	**2.900,00**	**0,00**	**0,00**
	600	600	Energiebezüge	1.000,00		
	670	670	Versicherungen	1.900,00		
2	**2224**	**3224**	**Instandhaltung / Auszahlungen für Instandhaltung**	**500,00**	**0,00**	**0,00**
	614	614	Instandhaltung von Gebäuden und Bauten	500,00		
2	**2226**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand**	**35.000,00**	**0,00**	**0,00**
	680		Planmäßige Abschreibung - Bestehende Anlagen	35.000,00		
SU		**22 / 32**	**Summe Aufwendungen / Auszahlungen operative Gebarung**	**132.900,00**	**0,00**	**0,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**-132.900,00**	**0,00**	**0,00**

Tabelle 1: Vorläufiger Detailnachweis der Konten – Ansatz 010000; E-VA

Ansatz 240000			Kindergarten	VA 2020	VA 2019	RA 2018
Konto				Ergebnisvoranschlag		
Operative Gebarung						
1			**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit / Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**15.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2114**	**3114**	**Erträge aus Leistungen / Einzahlungen aus Leistungen**	**15.000,00**	**0,00**	**0,00**
	810	810	Erträge aus Leistungen	15.000,00		
1			**Erträge aus Transfers / Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2121**	**3121**	**Transferertrag von Trägern des öffentlichen Rechts / Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	871	871	Kapitaltransfers aus Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel	0,00	0,00	0,00
SU		**21 / 31**	***Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung***	**15.000,00**	**0,00**	**0,00**
1			**Personalaufwand / Auszahlungen aus Personalaufwand**	**35.500,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2211**	**3211**	**Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen) / Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)**	**30.000,00**	**0,00**	**0,00**
	510	510	Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung	30.000,00		
2	**2212**	**3212**	**Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand / Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen**	**4.500,00**	**0,00**	**0,00**
	581	582	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit	4.500,00		
2	**2214**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Personalaufwand**	**1.000,00**	**0,00**	**0,00**
	592		Dotierung von Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen	1.000,00		
1			**Sachaufwand (ohne Transferaufwand) / Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**40.500,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2221**	**3221**	**Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren / Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren**	**3.500,00**	**0,00**	**0,00**
	400	400	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	2.500,00		
	456	456	Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel	1.000,00		
2	**2222**	**3222**	**Verwaltungs- und Betriebsaufwand / Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand**	**3.000,00**	**0,00**	**0,00**
	600	600	Energiebezüge	2.000,00		
	631	631	Telekommunikationsdienste	1.000,00		
2	**2223**	**3223**	**Leasing und Mietaufwand / Auszahlungen für Leasing und Mietaufwand**	**20.000,00**	**0,00**	**0,00**
	700	700	Miet- und Pachtaufwand	20.000,00		
2	**2224**	**3224**	**Instandhaltung / Auszahlungen für Instandhaltung**	**4.000,00**	**0,00**	**0,00**
	614	614	Instandhaltung von Gebäuden und Bauten	4.000,00		
2	**2226**		**Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand**	**10.000,00**	**0,00**	**0,00**
	680		Planmäßige Abschreibung - Bestehende Anlagen	10.000,00		
1			**Finanzaufwand / Auszahlungen aus Finanzaufwand**	**1.100,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2241**	**3241**	**Zinsen aus Finanzschulden, Finanzierungsleasing, Forderungskauf und derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft / Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden und derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft**	**1.100,00**	**0,00**	**0,00**
	650	650	Zinsen für Finanzschulden in Euro	1.100,00		
SU		**22 / 32**	**Summe Aufwendungen / Auszahlungen operative Gebarung**	**77.100,00**	**0,00**	**0,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**-62.100,00**	**0,00**	**0,00**

Tabelle 2: Vorläufiger Detailnachweis der Konten – Ansatz 240000; E-VA

Tabelle 3: Vorl. Detailnachweis der Konten – Ansatz 851000; E-VA[68]

Ansatz 851000			Betrieb der Abwasserbeseitigung	VA 2020	VA 2019	RA 2018
Konto				Ergebnisvoranschlag		
Operative Gebarung						
1			**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit / Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**350.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2113**	**3113**	**Erträge aus Gebühren / Einzahlungen aus Gebühren**	**350.000,00**	**0,00**	**0,00**
	852	852	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	350.000,00		
1			**Erträge aus Transfers / Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**20.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2127**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Transferertrag**	**20.000,00**	**0,00**	**0,00**
	813		Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen (Kapitaltransfers)	20.000,00	0,00	0,00
SU		**21 / 31**	***Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung***	**370.000,00**	**0,00**	**0,00**
1			**Personalaufwand / Auszahlungen aus Personalaufwand**	**42.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2211**	**3211**	**Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen) / Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)**	**37.000,00**	**0,00**	**0,00**
	510	510	Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung	30.000,00		
	565	565	Mehrleistungsvergütungen	4.000,00		
	569	569	Sonstige Nebengebühren	3.000,00		
2	**2212**	**3212**	**Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand / Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen**	**5.000,00**	**0,00**	**0,00**
	581	582	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit	5.000,00		
1			**Sachaufwand (ohne Transferaufwand) / Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**215.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2221**	**3221**	**Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren / Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren**	**20.000,00**	**0,00**	**0,00**
	400	400	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	10.000,00		
	455	455	Chemische und sonstige artverwandte Mittel	10.000,00		
2	**2222**	**3222**	**Verwaltungs- und Betriebsaufwand / Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand**	**10.000,00**	**0,00**	**0,00**
	600	600	Energiebezüge	10.000,00		
2	**2224**	**3224**	**Instandhaltung / Auszahlungen für Instandhaltung**	**15.000,00**	**0,00**	**0,00**
	612	612	Instandhaltung von Wasser- und Abwasserbauten und -anlagen	15.000,00		
2	**2225**	**3225**	**Sonstiger Sachaufwand / Sonstige Auszahlungen aus Sachaufwand**	**20.000,00**	**0,00**	**0,00**
	723	723	Amtspauschalien und Repräsentationsaufwendungen	3.000,00		
	560	724	Reisegebühren	2.000,00		
	728	728	Entgelte für sonstige Leistungen	15.000,00		
2	**2226**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand**	**150.000,00**	**0,00**	**0,00**
	680		Planmäßige Abschreibung - Bestehende Anlagen	150.000,00		
1			**Transferaufwand (laufende Transfers und Kapitaltransfers) / Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**100.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2231**	**3231**	**Transferaufwand an Träger des öffentlichen Rechts / Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts**	**100.000,00**	**0,00**	**0,00**
	752	752	Transfers an Gemeinden, Gemeindeverbände (ohne marktbestimmte Tätigkeit) und Gemeindefonds	100.000,00		
1			**Finanzaufwand / Auszahlungen aus Finanzaufwand**	**21.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	**2241**	**3241**	**Zinsen aus Finanzschulden, Finanzierungsleasing, Forderungskauf und derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft / Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden und derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft**	**20.000,00**	**0,00**	**0,00**
	650	650	Zinsen für Finanzschulden in Euro	20.000,00		
2	**2244**	**3244**	**Sonstiger Finanzaufwand / Sonstige Auszahlungen aus Finanzaufwendungen**	**1.000,00**	**0,00**	**0,00**
	657	659	Geldverkehrs- und Bankspesen	1.000,00		
SU		**22 / 32**	**Summe Aufwendungen / Auszahlungen operative Gebarung**	**378.000,00**	**0,00**	**0,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**-8.000,00**	**0,00**	**0,00**

68 Detailnachweis der Konten für die Ansätze 920000 und 925000 siehe Tabelle 7.

Die Erstellung des Ergebnisvoranschlags kann erst vollständig abgeschlossen werden, wenn die investiven Vorhaben mit ihren Finanzierungskosten, Auswirkungen auf die planmäßige Abschreibung sowie die mit diesen Vorhaben zusammenhängenden sonstigen Folgemittelaufbringungen und -verwendungen im Detail geplant und eingearbeitet sind. Diese Tätigkeit wird im Rahmen des hier sequenziell vorgeschlagenen (Muster-) Prozesses zur Erstellung des Voranschlags in einem späteren Prozessschritt dargestellt. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass dieser Teilschritt Rückwirkung auf den vorläufig geplanten Ergebnisvoranschlag haben kann.

5.2 Der Finanzierungsvoranschlag (F-VA)

Der Finanzierungsvoranschlag ist, wie bereits oben ausgeführt, hinsichtlich der Auszahlungen ebenfalls bindend für die Gemeindeorgane.[69] Der Finanzierungshaushalt ist grundsätzlich in folgende Bereiche gegliedert:

Abbildung 5: Teile des Finanzierungshaushaltes

5.2.1 Veränderung der liquiden Mittel

Die Spitzenkennzahl des Finanzierungshaushaltes „Veränderung der liquiden Mittel“ gibt an, in welcher Höhe eine Gemeinde in einem Finanzjahr liquide Mittel (Kassa, Bank, Zahlungsmittelreserven) aufbauen konnte (Finanzmittelüberschuss) oder abgebaut hat (Finanzmittelbedarf). Diese Kennzahl wird nur im Rahmen des Rechnungsabschlusses ermittelt.

Im Rahmen des Voranschlags wird der „Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (SA5)“ ermittelt, der für die Ausrichtung der Liquidität der Gemeinde als Näherungswert herangezogen werden kann. Mit zunehmender Erfahrung mit dem neuen Haushaltsrecht werden die finanziellen Auswirkungen der nicht voranschlagswirksamen Gebarung besser eingeschätzt werden können.

---

[69] Siehe dazu Kapitel 2.

5.2.2 Nicht voranschlagswirksame Gebarung

Die nicht voranschlagswirksame Gebarung besteht aus Ein- und Auszahlungen, die letztlich nicht im Namen und auf Rechnung der Gemeinde angenommen bzw vollzogen werden.[70] Diese sind

- Verwahrgelder,
- Temporäre Evidenzen,
- Einzahlungen aus Abgaben und Zuschlägen zu Abgaben, die für Dritte eingezogen werden und deren Weiterleitung,
- Vorschüsse,
- Irrläufer und
- die gesamte Umsatzsteuergebarung.

Die Ein- und Auszahlungen der nicht voranschlagswirksamen Gebarung sind nicht zu veranschlagen.

Im Voranschlag werden „lediglich“ die drei Bereiche operative Gebarung, investive Gebarung und Finanzierungstätigkeit veranschlagt.

5.2.3 Operative Gebarung

Die operative Gebarung ist untrennbar mit den finanzierungswirksamen Erträgen und Aufwendungen verknüpft. Zu beachten ist, dass nicht alle finanzierungswirksamen Erträge und Aufwendungen Teil der operativen Gebarung im Finanzierungshaushalt sind. So sind die Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagen im Ergebnishaushalt darzustellen, die Einzahlungen aus diesen Veräußerungen sind jedoch Teil der investiven Gebarung. Ein weiteres wesentliches Beispiel sind die Kapitaltransfers, die eine Gemeinde an Dritte gewährt. Die gewährten Kapitaltransfers sind zwar Teil des Ergebnishaushaltes jedoch im Finanzierungshaushalt Teil der investiven Gebarung.

5.2.4 Investive Gebarung

Im Bereich der investiven Gebarung des Finanzierungshaushaltes werden folgende Ein- und Auszahlungen dargestellt:

1. für die Investitionstätigkeit,
2. für gewährte Darlehen und gewährte Vorschüsse sowie
3. für Kapitaltransfers.

Der gesamte Aufbau von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen ist Teil der Investitionstätigkeit. Nachdem es keinen ordentlichen Haushalt mehr gibt, sind auch die

[70] Vgl. dazu § 12 VRV 2015.

kleinteiligen, nunmehr als Vermögenswerte zu aktivierenden Investitionen Teil der Investitionstätigkeit.

Im Rahmen der Arbeiten an der Umsetzung der VRV 2015 auf Gemeindeebene wurde von den Gemeindeaufsichten Österreichs besprochen, dass die Ein- und Auszahlungen der Investitionstätigkeit in „Investive Einzelvorhaben“ und „Sonstige Investitionen“ gegliedert werden sollen. Jene Ausgaben im ordentlichen Haushalt, die mit dem neuen GHR als Vermögenswerte zu aktivieren sind, können künftig von einer Gemeinde mit Hilfe eines Vorhabencodes (erste Dekade mit der Ziffer 2) zusammengefasst werden. „Investive Einzelvorhaben“ sind mit einem Vorhabencode mit der Ziffer 1 in der ersten Dekade zu kennzeichnen.

5.2.5 Finanzierungstätigkeit

Die Unterscheidung, welche Ein- und Auszahlungen, welchem Teil des Finanzierungshaushaltes zugeordnet werden, ist ebenso von erheblicher Bedeutung, wie die Zuordnung von Auszahlungen der Investitionstätigkeit zu einem Investiven Einzelvorhaben oder einer „Sonstigen Investition“. Denn diese Unterscheidung ist untrennbar mit der Frage verknüpft, wie eine Gemeinde ihre bestehenden und künftig einzugehenden Verpflichtungen finanzieren kann.

Im Gegensatz zum Bund und den Ländern haben sich die Gemeinden bereit erklärt, auch künftig langfristige Fremdmittel (etwa Darlehen, Finanzierungsleasing) nur für investive Vorhaben der Investitionstätigkeit aufzunehmen. Die Investitionstätigkeit ist Teil der investiven Gebarung im Finanzierungshaushalt.

Ausgehend von dieser Selbstbindung haben bzw werden die Bundesländer (ausgenommen Wien) in ihren GHR die Aufnahme von Darlehen auf die Investitionstätigkeit, konkret auf „Investive Einzelvorhaben“ der Investitionstätigkeit, beschränkt. Im Ergebnis kann daher eine Gemeinde Kapitaltransfers, die diese an Dritte gewähren möchte, oder auch „Sonstige Investitionen“[71] grundsätzlich nicht mit Darlehen finanzieren.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Definition der Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes weiter ist als jene der Auszahlungen für die Investitionstätigkeit. Die Möglichkeit der Darlehensaufnahme wird damit auch etwas enger. Zieht man das Beispiel der Steiermark heran, so wurden in den letzten zehn Jahren von den Gemeinden lediglich die Genehmigung von Darlehen für „Investive Einzelvorhaben“ (neue Terminologie) bei der Gemeindeaufsicht Steiermark beantragt und von der Gemeindeaufsichtsbehörde genehmigt.

Die Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden – wie etwa Darlehen – ist somit Teil der Finanzierungstätigkeit im Finanzierungshaushalt. Die Tilgung von Darlehen wandert damit vom ordentlichen Haushalt in diesen Bereich.

---

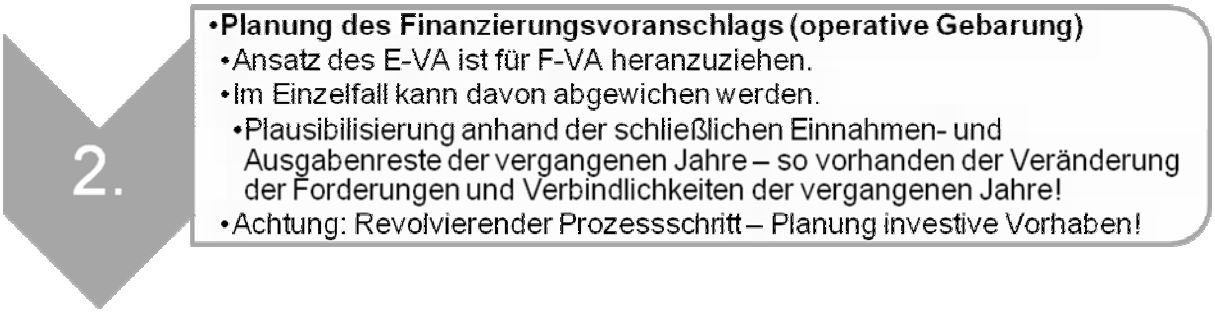
[71] Siehe dazu die jeweiligen Bestimmungen des GHR eines Bundeslandes.

5.2.6 Allgemeiner Grundsatz für den Finanzierungsvoranschlag

Die sich aufgrund der Veranschlagung im Ergebnisvoranschlag ergebenden Werte der finanzierungswirksamen Erträge und Aufwendungen sind für den Finanzierungsvoranschlag maßgeblich. In begründeten Fällen können Korrekturen dann vorgenommen werden, wenn zu erwarten ist, dass der Geldfluss in einem anderen Finanzjahr erfolgt.

Wie bereits oben dargestellt, wird aus dem „können“ laut VRV 2015 ein „muss“, da sich die Bindungswirkung beim Gemeindevoranschlag nunmehr auch auf die Auszahlungen erstreckt.[72]

5.3 Planung der operativen Gebarung (F-VA)



Die operative Gebarung des Finanzierungsvoranschlags ergibt sich im Wesentlichen aus der Budgetierung bzw Planung der finanzierungswirksamen Erträge und Aufwendungen des E-VA und den zusätzlichen zu erwartenden Ein- und Auszahlungen im zu beschließenden Haushaltsjahr (t+1).

Beispiel – Vorläufiger F-VA der Beispiel-Gemeinde (Fortsetzung)

Die Beispiel-Gemeinde geht im ersten Jahr davon aus, dass es zwischen dem Ergebnisvoranschlag und dem Finanzierungsvoranschlag lediglich eine zu beachtende Differenz geben wird: Aufgrund der schließlichen Ausgabenreste bei den chemischen Mitteln für die Abwasserentsorgung erwartet die Gemeinde im Jahr 2020 eine zusätzliche Auszahlung von € 3.000,00.

Ausgehend vom Ergebnisvoranschlag sind sämtliche finanzierungswirksame Erträge und Aufwendungen, die Teil der operativen Gebarung sind, zu übernehmen.

Anhand der im Beispiel 3 erstellten Tabelle sind die MVAG mit der Ziffer 3 in der ersten Dekade für die Erstellung des Finanzierungsvoranschlags heranzuziehen:

[72] Siehe dazu Kapitel 1 und Beispiel 1.

KG	Inhalt	Betrag	MVAG E-VA	MVAG F-VA
400	GWG	500,00	2221	3221
456	Büromaterial	3.000,00	2221	3221
510	Geldbezüge Vertragsbed.	80.000,00	2211	3211
582	Sonstige Dienstbeiträge soz. Sicherheit	9.000,00	2212	3212
592	Dotierung Rst. für Jubiläum	2.000,00	2214	–
600	Energiebezüge	1.000,00	2222	3222
614	Instandhaltung von Gebäuden	500,00	2224	3224
670	Versicherungen	1.900,00	2222	3222
680	Planmäßige Abschreibung	35.000,00	2226	–

Durch die Zuordnung der Konten zu einem MVAG des Finanzierungsvoranschlags (MVAG F-VA) wird die Position der dahinterstehenden Geschäftsfälle im Finanzierungsvoranschlag festgelegt. Die Zuordnung zu den Positionen erfolgt bei EDV-unterstützter Voranschlagserstellung vollautomatisch. Zu beachten ist, dass in der Anlage 3 b VRV 2015 für den Finanzierungsvoranschlag bei einzelnen Konten sowohl Einzahlungen als auch Auszahlungen möglich sind! Diese Konten gehören im Wesentlichen dem Vermögenshaushalt an. Einzahlungen sind in der zweiten Dekade des MVAG immer mit einer ungeraden Ziffer gekennzeichnet. Während Auszahlungen in der zweiten Dekade des MVAG mit einer geraden Ziffer ausgewiesen werden.

Mit dieser Liste können sämtliche Geschäftsfälle dem Finanzierungsvoranschlag zugeordnet werden. Diese Liste bildet auch die Grundlage für den zu erstellenden Detailnachweis der Konten.

Werden die einzelnen Angaben im Detailnachweis der Konten eingetragen, ergibt sich der folgende vorläufige Nachweis[73] der Einzelkonten (Ausschnitte des Detailnachweises).

Beispiel 4: Vorläufiger F-VA der Beispiel-Gemeinde (Fortsetzung)

[73] Nachdem bei Erstellung dieses Beitrages der Detailnachweis der Konten erst von einem Bundesland rechtlich geregelt ist, wird diese Regelung (StGHVO) für die Auflösung des Beispiels herangezogen.

Tabelle 4: Vorl. Detailnachweis der Konten – Ansatz 010000; E- und F-VA[74]

Ansatz 010000			Zentralamt	VA 2020	VA 2020
Konto				Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
Operative Gebarung					
1			**Personalaufwand / Auszahlungen aus Personalaufwand**	**91.000,00**	**89.000,00**
2	**2211**	**3211**	**Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen) / Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)**	**80.000,00**	**80.000,00**
	510	510	Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung	80.000,00	80.000,00
2	**2212**	**3212**	**Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand / Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen**	**9.000,00**	**9.000,00**
	581	582	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit	9.000,00	9.000,00
2	**2214**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Personalaufwand**	**2.000,00**	
	592		Dotierung von Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen	2.000,00	
1			**Sachaufwand (ohne Transferaufwand) / Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**41.900,00**	**6.900,00**
2	**2221**	**3221**	**Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren / Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren**	**3.500,00**	**3.500,00**
	400	400	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	500,00	500,00
	456	456	Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel	3.000,00	3.000,00
2	**2222**	**3222**	**Verwaltungs- und Betriebsaufwand / Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand**	**2.900,00**	**2.900,00**
	600	600	Energiebezüge	1.000,00	1.000,00
	670	670	Versicherungen	1.900,00	1.900,00
2	**2224**	**3224**	**Instandhaltung / Auszahlungen für Instandhaltung**	**500,00**	**500,00**
	614	614	Instandhaltung von Gebäuden und Bauten	500,00	500,00
2	**2226**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand**	**35.000,00**	
	680		Planmäßige Abschreibung - Bestehende Anlagen	35.000,00	
SU		**22 / 32**	**Summe Aufwendungen / Auszahlungen operative Gebarung**	**132.900,00**	**95.900,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**-132.900,00**	**-95.900,00**

[74] Zur besseren Lesbarkeit wurden die Spalten des Jahresvergleiches ausgeblendet.

Tabelle 5: Vorl. Detailnachweis der Konten – Ansatz 240000; E- und F-VA[75]

Ansatz 240000			Kindergarten	VA 2020	VA 2020
Konto				Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
Operative Gebarung					
1			**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit / Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**15.000,00**	**15.000,00**
2	**2114**	**3114**	**Erträge aus Leistungen / Einzahlungen aus Leistungen**	**15.000,00**	**15.000,00**
	810	810	Erträge aus Leistungen	15.000,00	15.000,00
1			**Erträge aus Transfers / Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**0,00**	**0,00**
2	**2121**	**3121**	**Transferertrag von Trägern des öffentlichen Rechts / Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts**	**0,00**	**0,00**
	871	871	Kapitaltransfers aus Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel	0,00	0,00
SU		**21 / 31**	***Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung***	**15.000,00**	**15.000,00**
1			**Personalaufwand / Auszahlungen aus Personalaufwand**	**35.500,00**	**34.500,00**
2	**2211**	**3211**	**Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen) / Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)**	**30.000,00**	**30.000,00**
	510	510	Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung	30.000,00	30.000,00
2	**2212**	**3212**	**Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand / Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen**	**4.500,00**	**4.500,00**
	581	582	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit	4.500,00	4.500,00
2	**2214**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Personalaufwand**	**1.000,00**	
	592		Dotierung von Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen	1.000,00	
1			**Sachaufwand (ohne Transferaufwand) / Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**40.500,00**	**30.500,00**
2	**2221**	**3221**	**Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren / Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren**	**3.500,00**	**3.500,00**
	400	400	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	2.500,00	2.500,00
	456	456	Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel	1.000,00	1.000,00
2	**2222**	**3222**	**Verwaltungs- und Betriebsaufwand / Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand**	**3.000,00**	**3.000,00**
	600	600	Energiebezüge	2.000,00	2.000,00
	631	631	Telekommunikationsdienste	1.000,00	1.000,00
2	**2223**	**3223**	**Leasing und Mietaufwand / Auszahlungen für Leasing und Mietaufwand**	**20.000,00**	**20.000,00**
	700	700	Miet- und Pachtaufwand	20.000,00	20.000,00
2	**2224**	**3224**	**Instandhaltung / Auszahlungen für Instandhaltung**	**4.000,00**	**4.000,00**
	614	614	Instandhaltung von Gebäuden und Bauten	4.000,00	4.000,00
2	**2226**		**Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand**	**10.000,00**	
	680		Planmäßige Abschreibung - Bestehende Anlagen	10.000,00	
1			**Finanzaufwand / Auszahlungen aus Finanzaufwand**	**1.100,00**	**1.100,00**
2	**2241**	**3241**	**Zinsen aus Finanzschulden, Finanzierungsleasing, Forderungskauf und derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft / Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden und derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft**	**1.100,00**	**1.100,00**
	650	650	Zinsen für Finanzschulden in Euro	1.100,00	1.100,00
SU		**22 / 32**	**Summe Aufwendungen / Auszahlungen operative Gebarung**	**77.100,00**	**66.100,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**-62.100,00**	**-51.100,00**

[75] Zur besseren Lesbarkeit wurden die Spalten des Jahresvergleiches ausgeblendet.

Ansatz 851000			Betrieb der Abwasserbeseitigung	VA 2020	VA 2020
Konto				Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
Operative Gebarung					
1			**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit / Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**350.000,00**	**350.000,00**
2	**2113**	**3113**	**Erträge aus Gebühren / Einzahlungen aus Gebühren**	**350.000,00**	**350.000,00**
	852	852	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	350.000,00	350.000,00
1			**Erträge aus Transfers / Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**20.000,00**	**0,00**
2	**2127**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Transferertrag**	**20.000,00**	
	813		Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen (Kapitaltransfers)	20.000,00	
SU		**21 / 31**	***Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung***	**370.000,00**	**350.000,00**
1			**Personalaufwand / Auszahlungen aus Personalaufwand**	**42.000,00**	**42.000,00**
2	**2211**	**3211**	**Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen) / Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)**	**37.000,00**	**37.000,00**
	510	510	Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung	30.000,00	30.000,00
	565	565	Mehrleistungsvergütungen	4.000,00	4.000,00
	569	569	Sonstige Nebengebühren	3.000,00	3.000,00
2	**2212**	**3212**	**Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand / Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen**	**5.000,00**	**5.000,00**
	581	582	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit	5.000,00	5.000,00
1			**Sachaufwand (ohne Transferaufwand) / Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**215.000,00**	**68.000,00**
2	**2221**	**3221**	**Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren / Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren**	**20.000,00**	**23.000,00**
	400	400	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	10.000,00	10.000,00
	455	455	Chemische und sonstige artverwandte Mittel	10.000,00	13.000,00
2	**2222**	**3222**	**Verwaltungs- und Betriebsaufwand / Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand**	**10.000,00**	**10.000,00**
	600	600	Energiebezüge	10.000,00	10.000,00
2	**2224**	**3224**	**Instandhaltung / Auszahlungen für Instandhaltung**	**15.000,00**	**15.000,00**
	612	612	Instandhaltung von Wasser- und Abwasserbauten und -anlagen	15.000,00	15.000,00
2	**2225**	**3225**	**Sonstiger Sachaufwand / Sonstige Auszahlungen aus Sachaufwand**	**20.000,00**	**20.000,00**
	723	723	Amtspauschalien und Repräsentationsaufwendungen	3.000,00	3.000,00
	560	724	Reisegebühren	2.000,00	2.000,00
	728	728	Entgelte für sonstige Leistungen	15.000,00	15.000,00
2	**2226**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand**	**150.000,00**	
	680		Planmäßige Abschreibung - Bestehende Anlagen	150.000,00	
1			**Transferaufwand (laufende Transfers und Kapitaltransfers) / Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**100.000,00**	**100.000,00**
2	**2231**	**3231**	**Transferaufwand an Träger des öffentlichen Rechts / Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts**	**100.000,00**	**100.000,00**
	752	752	Transfers an Gemeinden, Gemeindeverbände (ohne marktbestimmte Tätigkeit) und Gemeindefonds	100.000,00	100.000,00
1			**Finanzaufwand / Auszahlungen aus Finanzaufwand**	**21.000,00**	**21.000,00**
2	**2241**	**3241**	**Zinsen aus Finanzschulden, Finanzierungsleasing, Forderungskauf und derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft / Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden und derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft**	**20.000,00**	**20.000,00**
	650	650	Zinsen für Finanzschulden in Euro	20.000,00	20.000,00
2	**2244**	**3244**	**Sonstiger Finanzaufwand / Sonstige Auszahlungen aus Finanzaufwendungen**	**1.000,00**	**1.000,00**
	657	659	Geldverkehrs- und Bankspesen	1.000,00	1.000,00
SU		**22 / 32**	**Summe Aufwendungen / Auszahlungen operative Gebarung**	**378.000,00**	**231.000,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**-8.000,00**	**119.000,00**

Tabelle 6: Vorl. Detailnachweis der Konten – Ansatz 851000; E- und F-VA[76]

[76] Zur besseren Lesbarkeit wurden die Spalten des Jahresvergleiches ausgeblendet. Die Abweichung im Finanzierungsvoranschlag vom Ergebnisvoranschlag wurde zur besseren Sichtbarkeit grau hinterlegt.

Tabelle 7: Detailnachweis der Konten – Ansätze 920 und 925; E- und F-VA[77]

Ansatz 920000 Konto			Ausschließliche Gemeindeabgaben	VA 2020 Ergebnisvoranschlag	VA 2020 Finanzierungsvoranschlag
Operative Gebarung					
1			**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit / Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**100.000,00**	**100.000,00**
2	**2111**	**3111**	**Erträge aus eigenen Abgaben / Einzahlungen aus eigenen Abgaben**	**100.000,00**	**100.000,00**
	833	833	Kommunalsteuer	100.000,00	100.000,00
SU		**21 / 31**	***Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung***	**100.000,00**	**100.000,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**100.000,00**	**100.000,00**
SA 00			***Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)***	**100.000,00**	**100.000,00**
Investive Gebarung					
SA3			***Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)***		**100.000,00**
Finanzierungstätigkeit					
SA5			***Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)***		**100.000,00**

Ansatz 925000 Konto			Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	VA 2020 Ergebnisvoranschlag	VA 2020 Finanzierungsvoranschlag
Operative Gebarung					
1			**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit / Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**300.000,00**	**300.000,00**
2	**2112**	**3112**	**Erträge aus Ertragsanteilen / Einzahlungen aus Ertragsanteilen**	**300.000,00**	**300.000,00**
	859	859	Ertragsanteile ohne Spielbankabgabe	300.000,00	300.000,00
SU		**21 / 31**	***Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung***	**300.000,00**	**300.000,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**300.000,00**	**300.000,00**
SA 00			***Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)***	**300.000,00**	**300.000,00**
Investive Gebarung					
SA3			***Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)***		**300.000,00**
Finanzierungstätigkeit					
SA5			***Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)***		**300.000,00**

[77] Zur besseren Lesbarkeit wurden die Spalten des Jahresvergleiches ausgeblendet.

5.4 Planung der Investitionstätigkeit (F-VA)

Die Planung der Investitionstätigkeit – ein Teilbereich der investiven Gebarung im Finanzierungsvoranschlag – knüpft unmittelbar an die Ergebnisse des außerordentlichen Haushaltes an. Darüber hinaus können auch im Haushaltsjahr 2020 neue investive Vorhaben begonnen werden.

Die Planung der Investitionstätigkeit ist künftig eng mit dem Begriff Vorhaben – konkreter mit dem Begriff investive Vorhaben – verknüpft. Die gesamte Investitionstätigkeit soll künftig in einem eigenen Nachweis zum Voranschlag und Rechnungsabschluss, dem Nachweis der Investitionstätigkeit samt Finanzierung (in der Folge kurz: Nachweis der Investitionstätigkeit) dargestellt werden.

Der Nachweis der Investitionstätigkeit wurde bereits ausführlich in *Hörmann,* VRV 2015 – die Umsetzung auf der Gemeindeebene, in *Auer/Bogensberger/Holzapfel/Hörmann/Matzinger/Pfau/Pircher/Schleritzko,* Kommunale Haushaltsrechtsreform und VRV 2015, RFG-SR 4/2018, 29 (36 ff) beschrieben. Schwerpunkt der folgenden Ausführungen ist die Darstellung des Nachweises der Investitionstätigkeit anhand eines Beispiels und die Befüllung des Nachweises anhand konkreter (geplanter) Geschäftsfälle.

5.4.1 Vorhaben, investive Vorhaben und Vorhabencode

Als Vorhaben werden Vorgänge bzw Geschäftsfälle bezeichnet, die in wirtschaftlicher, rechtlicher oder finanzieller Hinsicht einen einheitlichen Vorgang zum Gegenstand haben. Soweit ein Vorhaben eine Investition in immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagevermögen oder die Erbringung sonstiger Leistungen zum Gegenstand hat, umfasst das Vorhaben alle sich hierauf beziehenden sachlich abgegrenzten und wirtschaftlich zusammengehörigen Leistungen, die in der Regel aufgrund einer einheitlichen Planung erbracht werden.[78]

Eine Gemeinde kann ein investives Vorhaben als „Investives Einzelvorhaben“ definieren oder als „Sonstige Investitionen“. „Sonstige Investitionen“ sind jene Investitionstätigkeiten, die bisher im ordentlichen Haushalt abgewickelt wurden und nunmehr Teil der Investitionstätigkeit der investiven Gebarung im Finanzierungsvoranschlag sind. Die „Sonstigen Investitionen“ können zu einem oder zu mehreren sonstigen Investitionsvorhaben zusammengefasst werden. Diese werden mit einem Vorhabencode markiert, der bis zu sieben Dekaden umfassen kann, wobei die erste Dekade die Ziffer 2 erhält.[79]

„Investive Einzelvorhaben“ können ein- oder mehrjährig sein. Aufgrund vieler Hinweise wurde die Teilung zwischen ein- und mehrjährig nicht weiterverfolgt.[80] „Investive Einzelvorhaben“ sind ebenfalls mit einem Vorhabencode zu markieren, wobei die erste Dekade

---

[78] Vgl. etwa § 57 BHG 2013 bzw § 59 StGHVO.

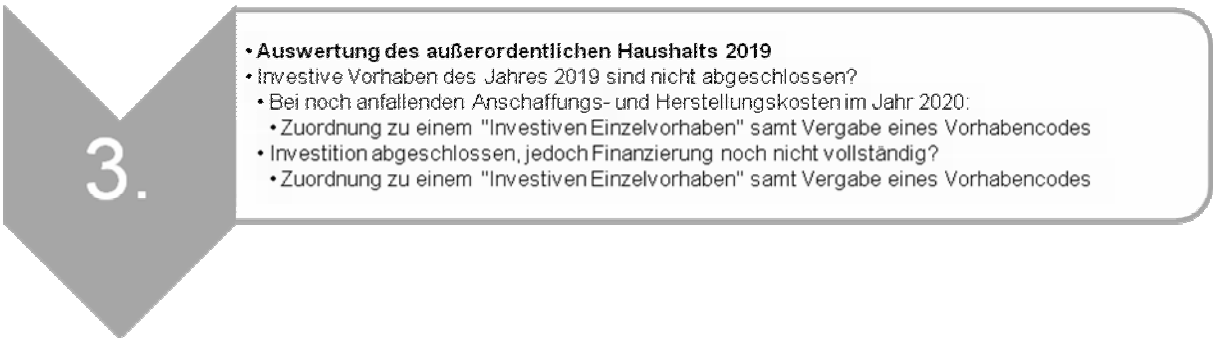
[79] Die nähere Definition des Vorhabencodes ist den regionalen GHR zu entnehmen.

[80] Vgl. dazu noch die Ausführungen in Hörmann, VRV 2015 – die Umsetzung auf der Gemeindeebene, in *Auer/Bogensberger/Holzapfel/Hörmann/Matzinger/Pfau/Pircher/Schleritzko,* Kommunale Haushaltsrechtsreform und VRV 2015, RFG-SR 4/2018, 29 (40).

die Ziffer 1 erhält. Der Vorteil des Vorhabencodes liegt auch darin, dass erstmalig Gemeinden ansatzübergreifende Vorhaben planen und darstellen können.

Bei einem investiven Vorhaben werden sowohl die zu aktivierenden Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die damit zusammenhängenden Finanzierungen sowie gegebenenfalls mit diesen Strömen zusammenhängende offene Forderungen und Verbindlichkeiten mit einem Vorhabencode markiert.

5.4.2 Übernahme der Investitionstätigkeit aus dem aoH



Die Sicherstellung der Liquidität einer Gemeinde ist von zentraler Bedeutung im neuen GHR. Eine Gemeinde hat im außerordentlichen Haushalt (in der Folge kurz: aoH) das Einzeldeckungsprinzip zu beachten. Das bedeutet, dass jedes Vorhaben des aoH einzeln etwa mit Mitteln aus dem ordentlichen Haushalt, aus Erlösen der Veräußerung von Gemeindevermögen, mittels Darlehensaufnahmen oder aus Kapitaltransfers zu bedecken sind.

Im neuen GHR gilt für den gesamten Bereich der Investitionstätigkeit der investiven Gebarung ebenfalls das Einzeldeckungsprinzip. Für die Bedeckung der Herstellungs- oder Anschaffungskosten gelten die bisherigen Bestimmungen sinngemäß mit der Maßgabe, dass es sich dabei letztlich um Einzahlungen handelt.[81]

Für die Übernahme der investiven Vorhaben aus dem bisherigen aoH in die Investitionstätigkeit gilt daher, dass sämtliche mit Blick auf die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht abgeschlossenen investiven Vorhaben in die investive Gebarung (Investitionstätigkeit) des F-VA aufzunehmen sind.

Sollten in einem Rechnungsabschluss per 31. 12. 2019 noch nicht ausfinanzierte Vorhaben des aoH aufscheinen, die auf Basis des neuen GHR als Vermögenswerte zu aktivieren sind, sind auch diese nicht ausfinanzierten Projekte als investive Vorhaben im F-VA einzuarbeiten.

[81] Welche Art der investiven Vorhaben, wie bedeckt werden können, ist von dem jeweiligen GHR eines Bundeslandes abhängig. Bei der Voranschlagserstellung sind daher die jeweiligen rechtlichen Bestimmungen zu beachten.

Beispiel – Übernahme aoH in den F-VA der Beispiel-Gemeinde (Fortsetzung)

Die Beispiel-Gemeinde hat im Jahr 2019 mit der Errichtung eines Kindergartens (Gebäude) mit Herstellungskosten in der Höhe von € 2 Millionen begonnen. Aufgrund der vorliegenden und zu erwartenden Rechnungen geht die Gemeinde davon aus, dass diese im Jahr 2019 tatsächlich € 1,3 Millionen Herstellungskosten auszahlen wird. Die Finanzierung wurde im Jahr 2019 mit der Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von € 1,5 Millionen (zugezählt in Teiltranchen 2019 und 2020; vgl. dazu Tabelle 9) und mit Bedarfszuweisungsmitteln, die in zwei Tranchen im Jahr 2019 und 2020 von je € 250.000,00 ausgezahlt werden, sichergestellt.

Bei der Übernahme dieses „Investiven Einzelvorhabens“ in den Nachweis der Investitionstätigkeit, sind die Herstellungskosten und die Finanzierungsströme im VA 2020 jeweils mit einem eindeutigen Vorhabencode mit der Ziffer „1“ in der ersten Dekade zu markieren. Nachdem es sich bei dem Projekt auch um ein mehrjähriges „Investives Einzelvorhaben“ handelt, ist dieses Vorhaben ebenfalls in der Beilage zum Nachweis „Teilbericht mehrjährige investive Einzelvorhaben“ darzustellen.

In den folgenden Tabellen wird das aoH-Vorhaben „Kindergarten Neuerrichtung 2019“ im Nachweis der Investitionstätigkeit erfasst und im „Teilbericht mehrjährige investive Einzelvorhaben“ dargestellt. Beim Nachweis der Investitionstätigkeit wird zunächst nur die erfasste Teilsumme des Vorhabens ausgewiesen.

Beispiel 5: Übernahme aoH in den F-VA der Beispiel-Gemeinde (Fortsetzung)

Tabelle 8: Erfassung von aoH-Vorhaben im Nachweis der Investitionstätigkeit

Nachweis der Investitionstätigkeit und deren Finanzierung

(1)	(2)	(3)		(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)=(4)-(5)-(6)-(7)-(8)-(9)-(10)-(11)	(13)
Haushaltsjahr:	**2020**			**Investition**	**Finanzierung**							**Ergebnis**	
Vorhabencode	Vorhaben-bezeichnung	VASt. (Ansatz/ Konto)		Anschaffungs- oder Herstellungs-kosten	Mittel aus Geldfluss der operativen Gebarung	Gemeinde-Bedarfszu-weisungen	Haushalts-rücklagen[1]	Subventionen/ sonstige Kapitaltransfers	Darlehen	Finanzierungs-leasing	Veräußerung langfristiges Vermögen und sonstiges	Finanzierungs-ergebnis	offene Verbindlich-keiten/Forder-ungen
I. Investive Einzelvorhaben													
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./061.***	***Im Bau befindliche Gebäude und Bauten***	*700.000*								**700.000**	
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./871.***	***Gemeindebedarfszuweisungen - Kapitaltranfers***			*250.000*						**- 250.000**	
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./346.***	***Investitionsdarlehen von Finanzunternehmen***						*450.000*			**- 450.000**	
SU Summe Kindergarten Neuerrichtung 2019				**700.000**	**0**	**250.000**	**0**	**0**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	

Tabelle 9: Teilbericht mehrjährige investive Einzelvorhaben

Teilbericht mehrjährige investive Einzelvorhaben
Angaben in Euro (Voranschlag und Rechnungsabschluss)

(1)	(2)	(3)		(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)=(4)-(5)-(6)-(7)-(8)-(9)-(10)-(11)	(13)
Haushaltsjahr:	***2020***			**Investition**	**Finanzierung**							**Ergebnis**	
Vorhabencode	**Vorhabenbezeichnung**	**VASt. (Ansatz/ Konto)**		**Anschaffungs- oder Herstellungskosten**	**Mittel aus Geldfluss aus der operativen Gebarung**	**Gemeinde-Bedarfs-zuweisungen**	**Haushalts-rücklagen[1]**	**Subventionen/ sonstige Kapitaltransfers**	**Darlehen**	**Finanzierungs-leasing**	**Veräußerung langfristiges Vermögen und sonstiges**	**Finanzierungs-ergebnis**	**offene Verbindlich-keiten/Forder-ungen**
Haushaltsjahr	***2019***												
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./061.***	***Im Bau befindliche Gebäude und Bauten***	*1.300.000*								**1.300.000**	
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./871.***	***Gemeindebedarfszuweisungen - Kapitaltranfers***			*250.000*						**- 250.000**	
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./346.***	***Investitionsdarlehen von Finanzunternehmen***						*1.050.000*			**- 1.050.000**	
Zwischensumme HJ	**2019**			**1.300.000**	**0**	**250.000**	**0**	**0**	**1.050.000**	**0**	**0**	**0**	
Haushaltsjahr	***2020***												
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./061.***	***Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen***	*700.000*								**700.000**	
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./871.***	***Gemeindebedarfszuweisungen - Kapitaltranfers***			*250.000*						**- 250.000**	
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./346.***	***Investitionsdarlehen von Finanzunternehmen***						*450.000*			**- 450.000**	
Zwischensumme HJ	**2020**			**700.000**	**0**	**250.000**	**0**	**0**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	
Summe mehrjähriges Investives Einzelvorhaben		**Kindergarten Neuerrichtung 2019**		**2.000.000**	**0**	**500.000**	**0**	**0**	**1.500.000**	**0**	**0**	**0**	
Gesamtsumme				**2.000.000**	**0**	**500.000**	**0**	**0**	**1.500.000**	**0**	**0**	**0**	

[1] Zweckgebundene und allgemeine Haushaltsrücklagen

Durch die Übernahme von investiven Vorhaben aus dem aoH in den F-VA ist es möglich, dass sich auch einzelne Positionen des E-VA ändern können. Konkret geht es dabei etwa um zusätzliche Mittelverwendungen für Zinsen oder Abschreibungen für Investitionen, die im zu beschließenden Haushaltsjahr in Betrieb genommen werden sollen. Durch die Planung von investiven Vorhaben kann es daher zu einer revolvierenden Planung des E-VA und des F-VA in der operativen Gebarung kommen. Zusätzlich wirkt sich die Aufnahme von Darlehen auf den Bereich der Finanzierungstätigkeit im F-VA aus.

Beispiel – Auswirkungen der Übernahme aoH in den F-VA (Fortsetzung)

Für den Kindergarten nimmt die Beispiel-Gemeinde ein Darlehen in der Höhe von € 1,5 Mio. auf. Das Darlehen wird ab dem Jahr 2021 in 40 Halbjahresraten zurückgezahlt. Im Haushaltsjahr 2020 wird angenommen, dass für das Darlehen Zinsen in der Höhe von € 5.300 für das aufgenommene Kapital zu zahlen sind. Der Kindergarten wird voraussichtlich im September 2020 in Betrieb genommen.

Die Tilgung des Darlehens ist im mittelfristigen Haushaltsplan ab dem Jahr 2021 zu berücksichtigen. Die Zinsen für das Darlehen und die Abschreibung für den Kindergartenbau (50 Jahre) sind hingegen im E-VA zu berücksichtigen. Die Zinszahlungen sind zusätzlich im F-VA einzuarbeiten.

In den folgenden Tabellen werden die Auswirkungen der Aufnahme eines investiven Vorhabens im E-VA und im F-VA dargestellt. Die Änderungen gegenüber der ursprünglichen Planung ohne die Investitionstätigkeit und deren Finanzierung ist grau hinterlegt.

Hinweis:

Die Verbuchung von Bedarfszuweisungen für investive Vorhaben kann je Bundesland unterschiedlich sein. Manche Bundesländer sehen vor, dass diese Bedarfszuweisungen wie Kapitaltransfers zunächst zu passivieren und über dieselbe Nutzungsdauer des investiven Vorhabens aufzulösen sind. In der Lösung dieses Beispiels wird die Variante gezeigt, dass Bedarfszuweisungen als Kapitaltransfers über die Kontengruppe 871 erfasst werden. Der Sinn dieser Variante liegt darin, dass diese Mittel über den Ergebnis- und Finanzierungshaushalt geführt werden. Auf die Auswirkungen im Bereich der Haushaltsrücklagen wird an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen.[82]

Beispiel 6: Auswirkungen der Übernahme aoH in den F-VA (Fortsetzung)

[82] Vgl. dazu die Ausführungen unter Kapitel 5.6.2.

Ansatz 240000			Kindergarten	VA 2020	VA 2020
Konto				Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
Operative Gebarung					
1			**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit / Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**15.000,00**	**15.000,00**
2	**2114**	**3114**	**Erträge aus Leistungen / Einzahlungen aus Leistungen**	**15.000,00**	**15.000,00**
	810	810	Erträge aus Leistungen	15.000,00	15.000,00
1			**Erträge aus Transfers / Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**250.000,00**	**250.000,00**
2	**2121**	**3121**	**Transferertrag von Trägern des öffentlichen Rechts / Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts**	**250.000,00**	**250.000,00**
	871	871	Kapitaltransfers aus Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel	250.000,00	250.000,00
SU		**21 / 31**	***Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung***	**265.000,00**	**265.000,00**
1			**Personalaufwand / Auszahlungen aus Personalaufwand**	**35.500,00**	**34.500,00**
2	**2211**	**3211**	**Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen) / Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)**	**30.000,00**	**30.000,00**
	510	510	Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung	30.000,00	30.000,00
2	**2212**	**3212**	**Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand / Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen**	**4.500,00**	**4.500,00**
	581	582	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit	4.500,00	4.500,00
2	**2214**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Personalaufwand**	**1.000,00**	
	592		Dotierung von Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen	1.000,00	
1			**Sachaufwand (ohne Transferaufwand) / Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**60.500,00**	**30.500,00**
2	**2221**	**3221**	**Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren / Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren**	**3.500,00**	**3.500,00**
	400	400	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	2.500,00	2.500,00
	456	456	Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel	1.000,00	1.000,00
2	**2222**	**3222**	**Verwaltungs- und Betriebsaufwand / Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand**	**3.000,00**	**3.000,00**
	600	600	Energiebezüge	2.000,00	2.000,00
	631	631	Telekommunikationsdienste	1.000,00	1.000,00
2	**2223**	**3223**	**Leasing und Mietaufwand / Auszahlungen für Leasing und Mietaufwand**	**20.000,00**	**20.000,00**
	700	700	Miet- und Pachtaufwand	20.000,00	20.000,00
2	**2224**	**3224**	**Instandhaltung / Auszahlungen für Instandhaltung**	**4.000,00**	**4.000,00**
	614	614	Instandhaltung von Gebäuden und Bauten	4.000,00	4.000,00
2	**2226**		**Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand**	**30.000,00**	
	680		Planmäßige Abschreibung - Bestehende Anlagen und Neuinvestitionen	30.000,00	
1			**Finanzaufwand / Auszahlungen aus Finanzaufwand**	**6.400,00**	**6.400,00**
2	**2241**	**3241**	**Zinsen aus Finanzschulden, Finanzierungsleasing, Forderungskauf und derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft / Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden und derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft**	**6.400,00**	**6.400,00**
	650	650	Zinsen für Finanzschulden in Euro	6.400,00	6.400,00
SU		**22 / 32**	**Summe Aufwendungen / Auszahlungen operative Gebarung**	**102.400,00**	**71.400,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**162.600,00**	**193.600,00**

Tabelle 10: Ansatz 240000 E-VA und F-VA nach Übernahme aoH-Vorhaben

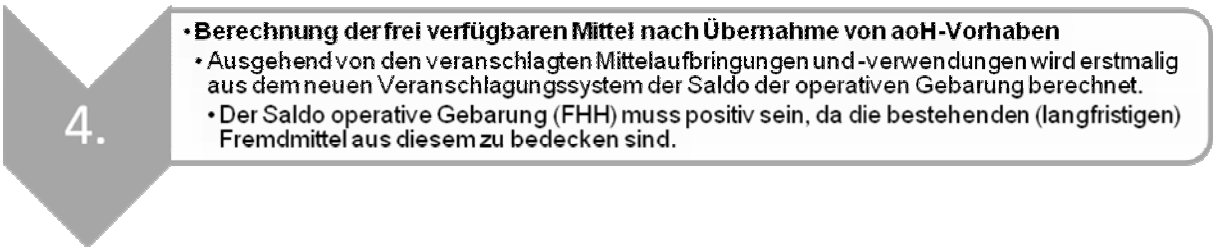
Ansatz 240000		Kindergarten	VA 2020	VA 2020
Konto			Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
Investive Gebarung				
1		Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		700.000,00
2	-	3413	Auszahlungen für den Erwerb von Gebäuden und Bauten	700.000,00
		061	Im Bau befindliche Gebäude und Bauten	700.000,00
SU		34	*Summe Auszahlungen investive Gebarung*	700.000,00
SA2			***Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33 - 34)***	**-700.000,00**

Tabelle 11: Ansatz 240000 – investive Gebarung nach Übernahme aoH-Vorhaben

5.4.3 Planung neuer Vorhaben der Investitionstätigkeit

Bei der Planung neuer Vorhaben der Investitionstätigkeit sind künftig zwei Faktoren zu beachten. Zum einen muss das investive Vorhaben vollständig finanziert werden können und zum anderen ist sicherzustellen, dass die Liquidität einer Gemeinde nicht gefährdet und der Ergebnishaushalt möglichst ausgeglichen gestaltet werden kann.

5.4.3.1 Berechnung der frei verfügbaren Mittel



Unter diesen Voraussetzungen ist zu prüfen, ob nach Einarbeitung der aoH-Vorhaben in den Finanzierungsvoranschlag noch ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um neue investive Vorhaben finanzieren zu können. Diese Prüfung führt zu einer Kennzahl, nämlich der „frei verfügbaren Mittel“.

Die frei verfügbaren Mittel lassen sich nunmehr aus folgenden Daten des F-VA berechnen:

	MVAG-Code	MVAG
	31	Summe Einzahlungen operative Gebarung
-	32	Summe Auszahlungen operative Gebarung
	SA 1	**Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung**
-	361	Tilgung von Darlehen
		Frei verfügbare Mittel (VA)*
+	33	Summe Einzahlungen investive Gebarung
-	34	Summe Auszahlungen investive Gebarung
		Liquiditätsbedarf Investitionstätigkeit

* In diesem Ergebnis sind bei bestimmten Bundesländern gegebenenfalls bereits veranschlagte Gemeinde-Bedarfszuweisungen (KG 871) enthalten.

Formel 1: Berechnung der frei verfügbaren Mittel und des Liquiditätsbedarfs Investitionstätigkeit

Zu beachten ist, dass bei der Berechnung der frei verfügbaren Mittel sämtliche bereits in den F-VA eingearbeiteten investiven Vorhaben berücksichtigt sind. Durch diese Berechnung lässt sich schrittweise ermitteln, ob noch Finanzmittel für weitere neue investive Vorhaben nach Übernahme der investiven Vorhaben aus dem aoH vorhanden sind, ohne den Finanzierungshaushalt übermäßig zu belasten.

Beispiel – Frei verfügbare Mittel nach Übernahme aoH in den F-VA (Fortsetzung)

Ausgehend von den bisher bekannten Daten der Beispiel-Gemeinde kann der gesamte F-VA ausgewertet und in die obenstehende Formel eingearbeitet werden. Dies ergibt folgende Berechnung:

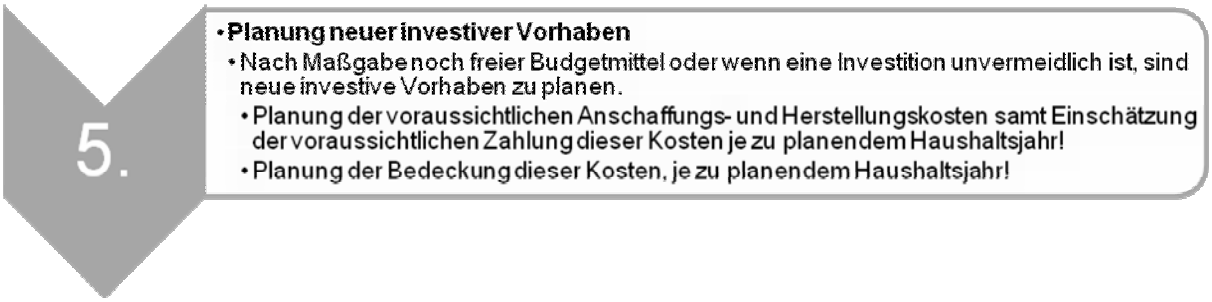
	MVAG-Code	MVAG	Betrag
	31	Summe Einzahlungen operative Gebarung	1.015.000
-	32	Summe Auszahlungen operative Gebarung	398.300
	SA 1	**Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung**	**616.700**
-	361	Tilgung von Darlehen	58.300
		Frei verfügbare Mittel (VA)	**558.400**
+	33	Summe Einzahlungen investive Gebarung	0
-	34	Summe Auszahlungen investive Gebarung	700.000
		Liquiditätsbedarf Investitionstätigkeit	**-141.600**

Die Beispiel-Gemeinde erzielt vor der Berücksichtigung neuer Vorhaben und nach Einarbeitung investiver Vorhaben aus dem aoH in den Voranschlag einen positiven Geldfluss aus der operativen Gebarung in der Höhe von € 616.700,00. Bevor die Beispiel-Gemeinde neue Vorhaben planen kann, müssen zunächst die langfristigen bereits bestehenden Verpflichtungen für Fremdmittel bedeckt werden. Ausgehend von den Angaben beträgt die Tilgung für Darlehen insgesamt € 58.300,00. Es verbleiben für weitere Investitionen Mittel in der Höhe von € 558.400,00. Unterstellt man, dass für die Fertigstellung des Kindergartens diese freien Mittel eingesetzt werden, würde die Beispiel-Gemeinde lediglich einen offenen Liquiditätsbedarf in der Höhe von € 141.600,00 aufweisen. Aufgrund der bisher bekannten Daten ist jedoch bekannt, dass die Beispiel-Gemeinde einen Teil der Herstellungskosten des Kindergartens mit der Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von € 450.000,00 bedecken kann.

Unter Berücksichtigung dieser Darlehensaufnahme verbleiben der Beispiel-Gemeinde noch Budgetmittel um neue Vorhaben planen und finanzieren zu können.

Beispiel 7: Frei verfügbare Mittel nach Übernahme aoH in den F-VA (Fortsetzung)

5.4.3.2 Planung neuer investiver Vorhaben



Die frei verfügbaren Mittel zeigen an, ob eine Gemeinde noch über Budgetmittel verfügt, um neue Vorhaben planen und finanzieren zu können. Dabei sind nicht nur die Finanzierungskosten für die Aufnahme eines Darlehens, sondern auch die Folgemittelaufbringungen und -verwendungen, die mit einem investiven Vorhaben verknüpft sind, zu beachten. Diese Folgemittelaufbringungen und -verwendungen werden im Voranschlag 2020 oder in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen sein.

Ein weiterer wichtiger Faktor sind gegebenenfalls die zusätzlichen Abschreibungen, die als wesentliche Position der nicht finanzierungswirksamen Aufwendungen unmittelbar Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt haben.

Die Realisierung neuer investiver Vorhaben wirkt sich somit in allen drei Haushalten aus. Im Vermögenshaushalt verändern sich unter anderem die Vermögenswerte und gegebenenfalls die Fremdmittel. Im Ergebnishaushalt steigen, wenn sich sonst nichts ändert, die jährlich auszuweisenden Abschreibungen und die mit der Realisierung eines Vorhabens unmittelbar zusammenhängenden Folgemittelaufbringungen und -verwendungen. Im Finanzierungshaushalt werden die Auszahlungen für die Herstellungs- oder Anschaffungskosten des investiven Vorhabens im Bereich der Investitionstätigkeit ebenso dargestellt, wie sämtliche Folgemittelaufbringungen und -verwendungen. Dazu gehören bei der Finanzierung solcher investiver Vorhaben mit Darlehen auch die laufenden Darlehenstilgungen, die Teil der Finanzierungstätigkeit sind.[83]

Beispiel – Planung neuer investiver Vorhaben (Fortsetzung)

Die Gemeinde plant noch die Anschaffung eines selbstfahrenden Saugwagens für den Betrieb der Abwasserbeseitigung um € 375.000. Dieser wird mit € 25.000,00 aus dem Saldo operative Gebarung und der Rest mit der Aufnahme eines Darlehens finanziert. Für das aufzunehmende Darlehen ist im Jahr 2020 mit einem Zinsaufwand in der Höhe von € 5.700,00 zu rechnen. Die Abschreibung beträgt für das Jahr 2020 € 37.500,00. Der Saugwagen ersetzt eine bereits vollständig abgeschriebene Anlage. Die Gemeinde rechnet mit ähnlich hohen Betriebskosten, wie für den alten Wagen.

[83] Vgl. dazu die Ausführungen im Kapitel 5.5.

Die Gemeinde plant im Zentralamt für Amts- Betriebs- und Geschäftsausstattung Investitionen in der Höhe von insgesamt € 150.000,00. Diese Investitionen sollen als „Sonstige Investition“ dargestellt und mit Mitteln aus dem Saldo der operativen Gebarung bedeckt werden. Für diese Investitionen wird angenommen, dass eine Abschreibung im Jahr 2020 in der Höhe von € 15.000,00 zu berücksichtigen ist.

Weitere investive Vorhaben sollen für das zu beschließende Haushaltsjahr 2020 nicht berücksichtigt werden.

In den folgenden Tabellen werden die Auswirkungen der Aufnahme weiterer investiver Vorhaben im Nachweis der Investitionstätigkeit im E-VA und im F-VA dargestellt. Die Änderungen im E-VA und F-VA gegenüber der ursprünglichen Planung ohne die Investitionstätigkeit und deren Finanzierung sind grau hinterlegt.

Beispiel 8: Planung neuer investiver Vorhaben (Fortsetzung)

Tabelle 12: Nachweis der Investitionstätigkeit der Beispiel-Gemeinde (vollständig)

Nachweis der Investitionstätigkeit und deren Finanzierung

(1)	(2)	(3)		(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)=(4)-(5)-(6)-(7)-(8)-(9)-(10)-(11)	(13)
Haushaltsjahr:	**2020**			**Investition**	**Finanzierung**							**Ergebnis**	
Vorhabencode	Vorhaben-bezeichnung	VASt. (Ansatz/ Konto)		Anschaffungs- oder Herstellungs-kosten	Mittel aus Geldfluss der operativen Gebarung	Gemeinde-Bedarfszu-weisungen	Haushalts-rücklagen[1]	Subventionen/ sonstige Kapitaltransfers	Darlehen	Finanzierungs-leasing	Veräußerung langfristiges Vermögen und sonstiges	Finanzierungs-ergebnis	offene Verbindlich-keiten/Forder-ungen
I. Investive Einzelvorhaben													
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./061.***	***Im Bau befindliche Gbäude und Bauten***	*700.000*								**700.000**	
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./871.***	***Gemeindebedarfszuweisungen - Kapitaltranfers***			*250.000*						**- 250.000**	
1KIGA19	*Kindergarten Neuerrichtung 2019*	***240./346.***	***Investitionsdarlehen von Finanzunternehmen***						*450.000*			**- 450.000**	
SU Summe Kindergarten Neuerrichtung 2019				**700.000**	**0**	**250.000**	**0**	**0**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	
10KFZ20	*Saugwagen*	***851./020.***	***Fahrzeuge oder selbstfahrende Arbeitsmaschine***	*375.000*								**375.000**	
10KFZ20	*Saugwagen*	***851./910.***	***Verrechnung zwischen operativer Gebarung und Projekten***		*25.000*							**- 25.000**	
10KFZ20	*Saugwagen*	***851./346.***	***Investitionsdarlehen von Finanzunternehmen***						*350.000*			**- 350.000**	
SU Summe Saugwagen				**375.000**	**25.000**	**0**	**0**	**0**	**350.000**	**0**	**0**	**0**	
SA 1 - Saldo Investive Einzelvorhaben				**1.075.000**	**25.000**	**250.000**	**0**	**0**	**800.000**	**0**	**0**	**0**	
II. Sonstige Investitionen													
2002020	*Möbel Besprech-ungszimmer*	***010./042.***	***Amts-, Betriebs-, Geschäftsausstattung***	*150.000*								**150.000**	
2002020	*Möbel Besprech-ungszimmer*	***010...910.***	***Verrechnung zwischen operativer Gebarung und Projekten***		*150.000*							**- 150.000**	
SA 2 - Saldo Sonstige Investitionen 2020				**150.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**			**0**	
Saldo Investitionstätigkeit gesamt 2020 (SA 1 + SA 2)				**1.225.000**	**175.000**	**250.000**	**0**	**0**	**800.000**	**0**	**0**	**0**	

[1] Zweckgebundene und allgemeine Haushaltsrücklagen

Ansatz 010000			Zentralamt	VA 2020	VA 2020
Konto				Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
Operative Gebarung					
1			**Personalaufwand / Auszahlungen aus Personalaufwand**	**91.000,00**	**89.000,00**
2	**2211**	**3211**	**Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen) / Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)**	**80.000,00**	**80.000,00**
	510	510	Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung	80.000,00	80.000,00
2	**2212**	**3212**	**Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand / Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen**	**9.000,00**	**9.000,00**
	581	582	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit	9.000,00	9.000,00
2	**2214**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Personalaufwand**	**2.000,00**	
	592		Dotierung von Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen	2.000,00	
1			**Sachaufwand (ohne Transferaufwand) / Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**56.900,00**	**6.900,00**
2	**2221**	**3221**	**Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren / Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren**	**3.500,00**	**3.500,00**
	400	400	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	500,00	500,00
	456	456	Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel	3.000,00	3.000,00
2	**2222**	**3222**	**Verwaltungs- und Betriebsaufwand / Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand**	**2.900,00**	**2.900,00**
	600	600	Energiebezüge	1.000,00	1.000,00
	670	670	Versicherungen	1.900,00	1.900,00
2	**2224**	**3224**	**Instandhaltung / Auszahlungen für Instandhaltung**	**500,00**	**500,00**
	614	614	Instandhaltung von Gebäuden und Bauten	500,00	500,00
2	**2226**		**Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand**	**50.000,00**	
	680		Planmäßige Abschreibung - Bestehende Anlagen und Neuinvestition	50.000,00	
SU		**22 / 32**	**Summe Aufwendungen / Auszahlungen operative Gebarung**	**147.900,00**	**95.900,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**-147.900,00**	**-95.900,00**
SA 00			***Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)***	**-147.900,00**	**-95.900,00**
Investive Gebarung					
1			**Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit**		**150.000,00**
2	**-**	**3415**	**Auszahlungen für den Erwerb von Amts-, Betriebs- und Geschäftsaustattung**		**150.000,00**
		042	Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung		150.000,00
SU		**34**	***Summe Auszahlungen investive Gebarung***		**150.000,00**
SA2			***Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33 - 34)***		**-150.000,00**
SA3			***Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)***		**-245.900,00**
Finanzierungstätigkeit					
SA5			***Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)***		**-245.900,00**
		910	Verrechnung zwischen operativer Gebarung und Projekten		150.000,00

Tabelle 13: Detailnachweis der Konten – Ansatz 010 der Beispiel-Gemeinde

Tabelle 14: Detailnachweis der Konten – Ansatz 851 (SA0/SA1)

Ansatz 851000			Betrieb der Abwasserbeseitigung	VA 2020	VA 2020
Konto				Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
Operative Gebarung					
1			**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit / Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**350.000,00**	**350.000,00**
2	**2114**	**3114**	**Erträge aus Gebühren / Einzahlungen aus Gebühren**	**350.000,00**	**350.000,00**
	852	852	Erträge aus Gebühren / Einzahlungen aus Gebühren	350.000,00	350.000,00
1			**Erträge aus Transfers / Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**20.000,00**	**0,00**
2	**2127**	**-**	**Nicht finanzierungswirksamer Transferertrag**	**20.000,00**	
	813		Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen (Kapitaltransfers)	20.000,00	
SU		**21 / 31**	***Summe Erträge / Einzahlungen operative Gebarung***	**370.000,00**	**350.000,00**
1			**Personalaufwand / Auszahlungen aus Personalaufwand**	**42.000,00**	**42.000,00**
2	**2211**	**3211**	**Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen) / Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)**	**37.000,00**	**37.000,00**
	510	510	Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung	30.000,00	30.000,00
	565	565	Mehrleistungsvergütungen	4.000,00	4.000,00
	569	569	Sonstige Nebengebühren	3.000,00	3.000,00
2	**2212**	**3212**	**Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand / Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen**	**5.000,00**	**5.000,00**
	581	582	Sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit	5.000,00	5.000,00
1			**Sachaufwand (ohne Transferaufwand) / Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**252.500,00**	**68.000,00**
2	**2221**	**3221**	**Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren / Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren**	**20.000,00**	**23.000,00**
	400	400	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	10.000,00	10.000,00
	455	455	Chemische und sonstige artverwandte Mittel	10.000,00	13.000,00
2	**2222**	**3222**	**Verwaltungs- und Betriebsaufwand / Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand**	**10.000,00**	**10.000,00**
	600	600	Energiebezüge	10.000,00	10.000,00
2	**2224**	**3224**	**Instandhaltung / Auszahlungen für Instandhaltung**	**15.000,00**	**15.000,00**
	612	612	Instandhaltung von Wasser- und Abwasserbauten und -anlagen	15.000,00	15.000,00
2	**2225**	**3225**	**Sonstiger Sachaufwand / Sonstige Auszahlungen aus Sachaufwand**	**20.000,00**	**20.000,00**
	723	723	Amtspauschalien und Repräsentationsaufwendungen	3.000,00	3.000,00
	560	724	Reisegebühren	2.000,00	2.000,00
	728	728	Entgelte für sonstige Leistungen	15.000,00	15.000,00
2	**2226**		**Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand**	**187.500,00**	
	680		Planmäßige Abschreibung - Bestehende Anlagen und Investition Neu	187.500,00	
1			**Transferaufwand (laufende Transfers und Kapitaltransfers) / Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**100.000,00**	**100.000,00**
2	**2231**	**3231**	**Transferaufwand an Träger des öffentlichen Rechts / Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts**	**100.000,00**	**100.000,00**
	752	752	Transfers an Gemeinden, Gemeindeverbände (ohne marktbestimmte Tätigkeit) und Gemeindefonds	100.000,00	100.000,00
1			**Finanzaufwand / Auszahlungen aus Finanzaufwand**	**26.700,00**	**26.700,00**
2	**2241**	**3241**	**Zinsen aus Finanzschulden, Finanzierungsleasing, Forderungskauf und derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft / Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden und derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft**	**25.700,00**	**25.700,00**
	650	650	Zinsen für Finanzschulden in Euro	25.700,00	25.700,00
2	**2244**	**3244**	**Sonstiger Finanzaufwand / Sonstige Auszahlungen aus Finanzaufwendungen**	**1.000,00**	**1.000,00**
	657	659	Geldverkehrs- und Bankspesen	1.000,00	1.000,00
SU		**22 / 32**	**Summe Aufwendungen / Auszahlungen operative Gebarung**	**421.200,00**	**236.700,00**
SA 0 / SA 1			**(0) Nettoergebnis (21 - 22) / Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)**	**-51.200,00**	**113.300,00**

Ansatz 851000			Betrieb der Abwasserbeseitigung	VA 2020	VA 2020
Konto				Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
SA 00			***Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)***	-51.200,00	113.300,00
Investive Gebarung					
1			Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		375.000,00
2	-	3414	Auszahlungen für den Erwerb von technischen Anlagen, Fahrzeuge und Maschinen		375.000,00
		020	Maschinen und maschinelle Anlagen		375.000,00
SU		34	*Summe Auszahlungen investive Gebarung*		375.000,00
SA2			***Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33 - 34)***		-375.000,00
SA3			***Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)***		-261.700,00

Tabelle 15: Detailnachweis der Konten – Ansatz 851 (SA00 bis SA 3)

6. • Frei verfügbare Mittel nach Planung der investiven Gebarung

Beispiel – Frei verfügbare Mittel nach Planung der investiven Gebarung (Fortsetzung)

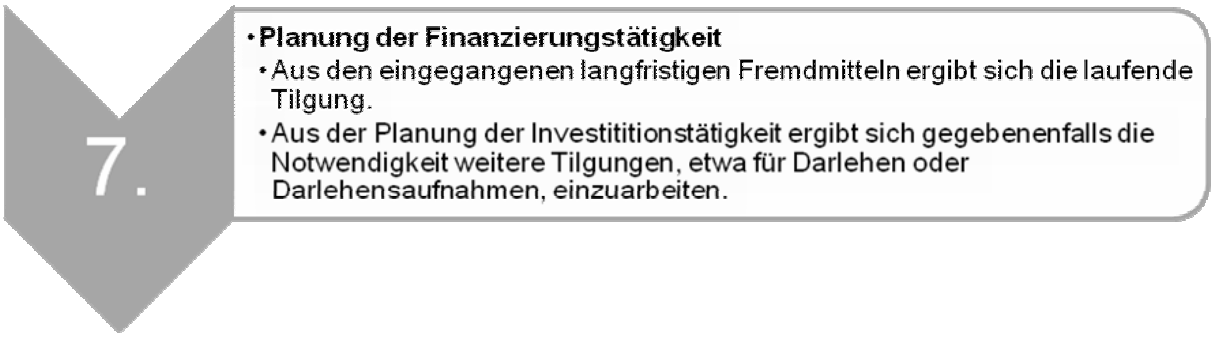
Ausgehend von den bisher bekannten Daten, inklusive sämtlicher Daten der investiven Gebarung der Beispiel-Gemeinde kann der gesamte F-VA ausgewertet und die frei verfügbaren Mittel berechnet werden. Dies ergibt folgende Berechnung:

	MVAG-Code	MVAG	Betrag
	31	Summe Einzahlungen operative Gebarung	1.015.000
-	32	Summe Auszahlungen operative Gebarung	404.000
	SA 1	**Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung**	**611.000**
-	361	Tilgung von Darlehen	88.300
		Frei verfügbare Mittel (VA)	**522.700**
+	33	Summe Einzahlungen investive Gebarung	0
-	34	Summe Auszahlungen investive Gebarung	1.225.000
		Liquiditätsbedarf Investitionstätigkeit	**-702.300**

Die Beispiel-Gemeinde weist frei verfügbare Mittel in der Höhe von € 522.700,00 aus. Laut Planung möchte die Beispiel-Gemeinde für investive Vorhaben insgesamt € 1.225.000,00 auszahlen. Für diese Auszahlung benötigt die Gemeinde noch Mittel in der Höhe von € 702.300,00. Zwar hat die Gemeinde im Rahmen ihrer Planung für die Investitionstätigkeit bereits Aufnahmen von Darlehen geplant, jedoch sind diese in einem abschließenden Schritt im F-VA im Bereich der Finanzierungstätigkeit darzustellen.

Beispiel 9: Frei verfügbare Mittel nach Planung der investiven Gebarung (Fortsetzung)

5.5 Planung der Finanzierungstätigkeit



Im Bereich der Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft, mit Finanzinstrumenten und mit Finanzschulden einer Gemeinde veranschlagt bzw dargestellt.

Für die meisten Gemeinden ist dieser Bereich im Wesentlichen gekennzeichnet von der Aufnahme und Tilgung von Darlehen, von Finanzschulden und von der Rückzahlung von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing.

Sämtliche bestehende Darlehen einer Gemeinde müssen per 31. 12. 2019 ohne Differenzen in die Eröffnungsbilanz übernommen werden. Damit muss auch im Voranschlag 2020, wie bisher, genau geprüft werden, welche Darlehen bestehen, welchen aushaftenden Stand diese Darlehen haben und welche laufenden Tilgungen bzw Tilgungen außerhalb des Rückzahlungsplanes im zu beschließenden Haushaltsjahr 2020 zu leisten sind. Dies gilt sinngemäß auch für die übrigen Teile der Finanzschulden einer Gemeinde.

Beispiel – Planung der Finanzierungstätigkeit (Fortsetzung)

Zur Finanzierung der „Investiven Einzelvorhaben“ plant die Beispiel-Gemeinde die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von € 450.000,00 (Kindergarten-Zuzählung des Restdarlehens) und eines neuen Darlehens für den Saugwagen in der Höhe von € 350.000,00.

Die Finanzierungskosten wurden bereits in den Vorschritten berücksichtigt. Das Darlehen für den Kindergarten wird erst ab dem Jahr 2021 getilgt. Das Darlehen für den Saugwagen wird im Jahr 2020 mit € 30.000,00 getilgt.

In den folgenden Tabellen werden die Auswirkungen der Aufnahme von Darlehen im F-VA dargestellt. Die Änderungen im F-VA gegenüber der ursprünglichen Planung ohne die Investitionstätigkeit und deren Finanzierung sind grau hinterlegt.

Beispiel 10: Planung der Finanzierungstätigkeit (Fortsetzung)

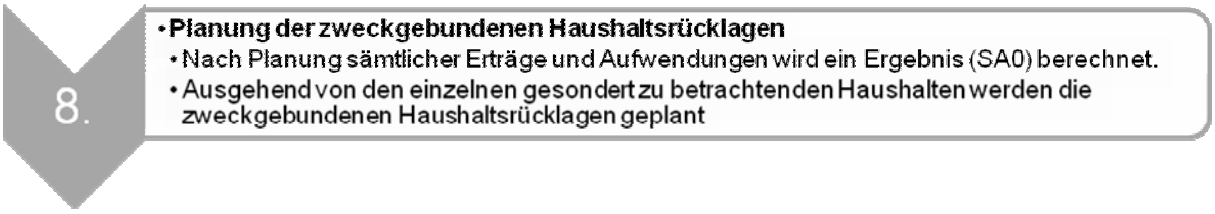
Tabelle 16: Detailnachweis der Konten – Ansatz 240 (SA 2 bis SA 5)

Ansatz 240000			Kindergarten	VA 2020	VA 2020
Konto				Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
Investive Gebarung					
1			Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		700.000,00
2	-	3413	Auszahlungen für den Erwerb von Gebäuden und Bauten		700.000,00
		061	Im Bau befindliche Gebäude und Bauten		700.000,00
SU		34	*Summe Auszahlungen investive Gebarung*		700.000,00
SA2			*Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33 - 34)*		-700.000,00
SA3			*Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)*		-506.400,00
Finanzierungstätigkeit					
1			Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden		450.000,00
2	-	3514	Einzahlungen aus Finanzschulden (Finanzunternehmen)		450.000,00
		346	Investitionsdarlehen von Finanzunternehmen		450.000,00
SU		35	*Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit*		450.000,00
SA4			*Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (35 - 36)*		450.000,00
SA5			*Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)*		-56.400,00

Ansatz 851000			Betrieb der Abwasserbeseitigung	VA 2020	VA 2020
Konto				Ergebnisvoranschlag	Finanzierungsvoranschlag
SA 00			***Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)***	**-51.200,00**	**113.300,00**
Investive Gebarung					
1			**Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit**		**375.000,00**
2	**-**	**3414**	**Auszahlungen für den Erwerb von technischen Anlagen, Fahrzeuge und Maschinen**		**375.000,00**
		020	Maschinen und maschinelle Anlagen		375.000,00
SU		**34**	***Summe Auszahlungen investive Gebarung***		**375.000,00**
SA2			***Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33 - 34)***		**-375.000,00**
SA3			***Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)***		**-261.700,00**
Finanzierungstätigkeit					
1			**Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden**		**350.000,00**
2	**-**	**3514**	**Einzahlungen aus Finanzschulden (Finanzunternehmen)**		**350.000,00**
		346	Finanzschulden von Finanzunternehmen		350.000,00
SU		**35**	***Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit***		**350.000,00**
1			**Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden**		**88.300,00**
2	**-**	**3614**	**Auszahlungen aus Finanzschulden**		**88.300,00**
		346	Investitionsdarlehen von Finanzunternehmen (Tilgung bestehende Darlehen, Darlehen NEU)		88.300,00
SU		**36**	***Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit***		**88.300,00**
SA4			***Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (35 - 36)***		**261.700,00**
SA5			***Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)***		**0,00**
		910	Verrechnung zwischen operativer Gebarung und Projekten		25.000,00

Tabelle 17: Detailnachweis der Konten – Ansatz 851 (SA 00 bis SA 5)

5.6 Planung der zweckgebundenen Haushaltsrücklagen



Erst nachdem der gesamte Finanzierungsvoranschlag erstellt ist, können als vorletzter Schritt der Voranschlagserstellung die zweckgebundenen Haushaltsrücklagen (kurz: HHR) geplant werden. Voraussetzung ist, dass das Ergebnis des E-VA vor den Haushaltsrücklagen (SA0) vollständig vorliegt. Dies ist unter anderem erst der Fall, wenn sämtliche Auswirkungen der investiven Gebarung im E-VA berücksichtigt wurden. Die geplante Bildung und Auflösung von Haushaltsrücklagen ist im Voranschlag einzuarbeiten.

5.6.1 Haushaltsrücklagen mit ZMR

Im Zusammenhang mit den zweckgebundenen Haushaltsrücklagen mit Zahlungsmittelreserve (in der Folge kurz: ZMR) hat eine Gemeinde die Herausforderung zu meistern, dass sie diese (Teil-)Haushalte im Gesamthaushalt bei der Planung der zweckgebundenen Haushaltsrücklagen zu betrachten bzw zu ermitteln hat.

Wesentliche (Teil-)Haushalte sind etwa:

UA	Bezeichnung
850	Betriebe der Wasserversorgung
851	Betriebe der Abwasserbeseitigung
852	Betriebe der Müllbeseitigung

Tabelle 18: Wesentl. (Teil-)Haushalte für die Planung der zweckgebundenen HHR

Nur durch die Ansatzauswertungen können daher die (Teil-)Haushalte ermittelt und die geplanten Ergebnisse geprüft werden. Erst auf Basis dieser Erkenntnisse ist eine plausible Planung der zweckgebundenen Haushaltsrücklagen möglich. Darüber hinaus ist auch zu prüfen, ob im Finanzierungshaushalt entsprechende Mittel übrigbleiben, um diese einer Zahlungsmittelreserve zuführen zu können.

Beispiel – Planung einer zweckgebundenen Haushaltsrücklage mit ZMR (Fortsetzung)

Aus Vereinfachungsgründen wurde bei der Beispiel-Gemeinde nur ein (Teil-)Haushalt 851000 Betrieb der Abwasserbeseitigung im Voranschlag eingearbeitet.

Aus der folgenden Übersicht des Ergebnisvoranschlags für diesen (Teil-)Haushalt ist ersichtlich, dass das Nettoergebnis (SA0) mit € 51.200,00 negativ ist. Hingegen ist der Finanzierungsvoranschlag dieses (Teil-)Haushaltes mit der zu veranschlagenden Spitzenkennzahl „Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung“ (SA5) ausgeglichen.

Für diesen (Teil-)Haushalt kann daher keine zweckgebundene Haushaltsrücklage gebildet werden.

Beispiel 11: Planung zweckgebundene Haushaltsrücklage mit ZMR (Fortsetzung)

Tabelle 19: E-VA Bereichsbudgets der Gruppe 8

Ergebnisvoranschlag VA Bereichsbudget 8 / Dienstleistungen					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
1	**211**	**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**350.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	2113	Erträge aus Gebühren	350.000,00		
1	**212**	**Erträge aus Transfers**	**20.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	2127	Nicht finanzierungswirksamer Transferertrag	20.000,00		
SU	**21**	***Summe Erträge***	**370.000,00**	**0,00**	**0,00**
1	**221**	**Personalaufwand**	**42.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	2211	Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen)	37.000,00		
2	2212	Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand	5.000,00		
1	**222**	**Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**252.500,00**	**0,00**	**0,00**
2	2221	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	20.000,00		
2	2222	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	10.000,00		
2	2224	Instandhaltung	15.000,00		
2	2225	Sonstiger Sachaufwand	20.000,00		
2	2226	Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand	187.500,00		
1	**223**	**Transferaufwand (laufende Transfers und Kapitaltransfers)**	**100.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	2231	Transferaufwand an Träger des öffentlichen Rechts	100.000,00		
1	**224**	**Finanzaufwand**	**26.700,00**	**0,00**	**0,00**
2	2241	Zinsen aus Finanzschulden, Finanzierungsleasing, Forderungskauf und derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft	25.700,00		
2	2244	Sonstiger Finanzaufwand	1.000,00		
SU	**22**	***Summe Aufwendungen***	**421.200,00**	**0,00**	**0,00**
SA 0	**SA0**	***(0) Nettoergebnis (21 - 22)***	**-51.200,00**	**0,00**	**0,00**
SA 00	**SA00**	***Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)***	**-51.200,00**	**0,00**	**0,00**

[84]

[84] Zugleich Budget des Ansatzes 851000.

Finanzierungsvoranschlag VA Bereichsbudget 8 / Dienstleistungen

MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
1	**311**	**Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**350.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	3113	Einzahlungen aus Gebühren	350.000,00		
1	**312**	**Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1	**313**	**Einzahlungen aus Finanzerträgen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
SU	**31**	***Summe Einzahlungen operative Gebarung***	**350.000,00**	**0,00**	**0,00**
1	**321**	**Auszahlungen aus Personalaufwand**	**42.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	3211	Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)	37.000,00		
2	3212	Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen	5.000,00		
1	**322**	**Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**68.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	3221	Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	23.000,00		
2	3222	Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand	10.000,00		
2	3224	Auszahlungen für Instandhaltung	15.000,00		
2	3225	Sonstige Auszahlungen aus Sachaufwand	20.000,00		
1	**323**	**Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**100.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	3231	Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	100.000,00		
1	**324**	**Auszahlungen aus Finanzaufwand**	**26.700,00**	**0,00**	**0,00**
2	3241	Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden und derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft	25.700,00		
2	3244	Sonstige Auszahlungen aus Finanzaufwendungen	1.000,00		
SU	**32**	***Summe Auszahlungen operative Gebarung***	**236.700,00**	**0,00**	**0,00**
SA 1	**SA 1**	***Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)***	**113.300,00**	**0,00**	**0,00**
Investive Gebarung					
1	**331**	**Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1	**332**	**Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1	**333**	**Einzahlungen aus Kapitaltransfers**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
SU	**33**	***Summe Einzahlungen investive Gebarung***	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1	**341**	**Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit**	**375.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	3414	Auszahlungen für den Erwerb von technischen Anlagen, Fahrzeuge und Maschinen	375.000,00		
1	**342**	**Auszahlungen von gewährten Darlehen sowie gewährten Vorschüssen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1	**343**	**Auszahlungen aus Kapitaltransfers**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
SU	**34**	***Summe Auszahlungen investive Gebarung***	**375.000,00**	**0,00**	**0,00**
SA2	**SA2**	***Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33 - 34)***	**-375.000,00**	**0,00**	**0,00**
SA3	**SA3**	***Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)***	**-261.700,00**	**0,00**	**0,00**

[85]

Tabelle 20: F-VA Bereichsbudgets der Gruppe 8 (bis SA3)

[85] Zugleich Budget des Ansatzes 851000.

Tabelle 21: F-VA Bereichsbudgets der Gruppe 8 (bis SA5)

Finanzierungsvoranschlag VA Bereichsbudget 8 / Dienstleistungen					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
Finanzierungstätigkeit					
1	351	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	350.000,00	0,00	0,00
2	3514	Einzahlungen aus Finanzschulden (Finanzunternehmen)	350.000,00		
1	353	Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft	0,00	0,00	0,00
1	355	Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzinstrumenten	0,00	0,00	0,00
SU	35	*Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit*	350.000,00	0,00	0,00
1	361	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	88.300,00	0,00	0,00
2	3614	Auszahlungen aus Finanzschulden	88.300,00		
1	363	Auszahlungen infolge eines Kapitaltausch bei derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgschäft	0,00	0,00	0,00
1	365	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	0,00	0,00	0,00
SU	36	*Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit*	88.300,00	0,00	0,00
SA4	SA4	*Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (35 - 36)*	261.700,00	0,00	0,00
SA5	SA5	*Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)*	0,00	0,00	0,00

[86]

[86] Zugleich Budget des Ansatzes 851000.

5.6.2 Haushaltsrücklagen ohne ZMR - Bedarfszuweisungen

Für jene Bundesländer, die Bedarfszuweisungen für investive Vorhaben als Eigenmittel behandeln, gilt, dass diese Gemeinde-Bedarfszuweisungen über die Kontengruppe 871 im Ergebnishaushalt als zahlungswirksamer Ertrag veranschlagt und verbucht werden.[87]

Die vom Land angewiesenen Gemeinde-Bedarfszuweisungen sind entsprechend ihrer Widmung für investive Vorhaben zu verwenden. Diese Mittel sind etwa für die Bezahlung von Anschaffungskosten für das investive Vorhaben heranzuziehen. Ist dies der Fall, sind diese Mittel bestimmungsgemäß verwendet worden.

Verbleiben diese Bedarfszuweisungsmittel im Ergebnishaushalt, würden sich im Jahresvergleich hohe Fluktuationen ergeben, die jährlich zu begründen wären. Um einerseits diesen Fluktuationen vorzubeugen und andererseits diese Mittel dennoch als Eigenmittel einer Gemeinde behandeln zu können, können sie je nach rechtlicher Grundlage eines Bundeslandes jährlich einer zweckgebundenen Haushaltsrücklage ohne Zahlungsmittelreserve zugeführt werden. Diese Haushaltsrücklagen können gegebenenfalls entweder über die Nutzungsdauer des Vermögenswertes, für den die Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel gewährt wurden[88] oder über einen Beschluss eines Kollegialorgans einer Gemeinde[89] aufgelöst werden.

Beispiel – Planung zweckgebundene Haushaltsrücklage ohne ZMR (Fortsetzung)

Aus Vereinfachungsgründen wurde bei der Beispiel-Gemeinde nur im (Teil-)Haushalt 240000 Kindergarten eine vom Land für die Errichtung eines Kindergartens gewährte Gemeinde-Bedarfszuweisung im Voranschlag eingearbeitet.

Aus der folgenden Übersicht des Ergebnisvoranschlags für diesen (Teil-)Haushalt ist ersichtlich, dass das Nettoergebnis (SA0) mit € 162.600,00 positiv ist. In diesem Saldo sind Gemeinde-Bedarfszuweisungen in der Höhe von € 250.000,00 für die Errichtung des neuen Kindergartens eingearbeitet. Durch die Zuweisung an zweckgebundene Haushaltsrücklagen ohne Zahlungsmittelreserven in der Höhe von € 250.000,00 wird diese positive Sicht neutralisiert. Nachdem der Kindergarten im Herbst 2020 in Betrieb genommen werden soll, ist diese Haushaltsrücklage mit € 5.000,00 (Annahme) aufzulösen.

Das Nettoergebnis nach Haushaltsrücklagen (SA00) ist letztlich mit € 82.400,00 negativ.

Beispiel 12: Planung zweckgeb. Haushaltsrücklage ohne ZMR (Fortsetzung)

---

87 Diese Regelung gilt etwa für Gemeinden in Oberösterreich nicht.
88 Vgl. dazu die Bestimmungen in der StGHVO.
89 Diese Regelung ist nach letzten Informationen Teil des GHR in Niederösterreich.

Tabelle 22: E-VA Bereichsbudget der Gruppe 2

Ergebnisvoranschlag VA Bereichsbudget 2 / Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
1	**211**	**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**15.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	2114	Erträge aus Leistungen	15.000,00		
1	**212**	**Erträge aus Transfers**	**250.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	2121	Transferertrag von Trägern des öffentlichen Rechts	250.000,00		
SU	**21**	***Summe Erträge***	**265.000,00**	**0,00**	**0,00**
1	**221**	**Personalaufwand**	**35.500,00**	**0,00**	**0,00**
2	2211	Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen)	30.000,00		
2	2212	Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand	4.500,00		
2	2214	Nicht finanzierungswirksamer Personalaufwand	1.000,00		
1	**222**	**Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**60.500,00**	**0,00**	**0,00**
2	2221	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	3.500,00		
2	2222	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3.000,00		
2	2223	Leasing und Mietaufwand	20.000,00		
2	2224	Instandhaltung	4.000,00		
2	2226	Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand	30.000,00		
1	**223**	**Transferaufwand (laufende Transfers und Kapitaltransfers)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1	**224**	**Finanzaufwand**	**6.400,00**	**0,00**	**0,00**
2	2241	Zinsen aus Finanzschulden, Finanzierungsleasing, Forderungskauf und derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft	6.400,00		
SU	**22**	***Summe Aufwendungen***	**102.400,00**	**0,00**	**0,00**
SA 0	**SA0**	***(0) Nettoergebnis (21 - 22)***	**162.600,00**	**0,00**	**0,00**
1	**230**	**Entnahmen von Haushaltsrücklagen**	**5.000,00**	**0,00**	**0,00**
1	**240**	**Zuweisung an Haushaltsrücklagen**	**250.000,00**	**0,00**	**0,00**
SU	**23**	***Summe Haushaltsrücklagen***	**-245.000,00**	**0,00**	**0,00**
SA 00	**SA00**	***Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)***	**-82.400,00**	**0,00**	**0,00**

[90]

[90] Zugleich Budget des Ansatzes 240000.

Finanzierungsvoranschlag VA Bereichsbudget 2 / Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
1	**311**	**Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**15.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	3114	Einzahlungen aus Leistungen	15.000,00		
1	**312**	**Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**250.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	3121	Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	250.000,00		
SU	**31**	***Summe Einzahlungen operative Gebarung***	**265.000,00**	**0,00**	**0,00**
1	**321**	**Auszahlungen aus Personalaufwand**	**34.500,00**	**0,00**	**0,00**
2	3211	Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)	30.000,00		
2	3212	Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen	4.500,00		
1	**322**	**Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**30.500,00**	**0,00**	**0,00**
2	3221	Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	3.500,00		
2	3222	Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3.000,00		
2	3223	Auszahlungen für Leasing und Mietaufwand	20.000,00		
2	3224	Auszahlungen für Instandhaltung	4.000,00		
1	**323**	**Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1	**324**	**Auszahlungen aus Finanzaufwand**	**6.400,00**	**0,00**	**0,00**
2	3241	Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden und derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft	6.400,00		
SU	**32**	***Summe Auszahlungen operative Gebarung***	**71.400,00**	**0,00**	**0,00**
SA 1	**SA 1**	***Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)***	**193.600,00**	**0,00**	**0,00**

[91]

Tabelle 23: F-VA Bereichsbudget der Gruppe 2 (bis SA1)

[91] Zugleich Budget des Ansatzes 240000.

Tabelle 24: F-VA Bereichsbudget der Gruppe 2 (bis SA5)

Finanzierungsvoranschlag VA Bereichsbudget 2 / Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
1	311	**Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	15.000,00	0,00	0,00
2	3114	Einzahlungen aus Leistungen	15.000,00		
1	312	**Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	250.000,00	0,00	0,00
2	3121	Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	250.000,00		
SU	31	***Summe Einzahlungen operative Gebarung***	265.000,00	0,00	0,00
1	321	**Auszahlungen aus Personalaufwand**	34.500,00	0,00	0,00
2	3211	Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)	30.000,00		
2	3212	Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen	4.500,00		
1	322	**Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	30.500,00	0,00	0,00
2	3221	Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	3.500,00		
2	3222	Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3.000,00		
2	3223	Auszahlungen für Leasing und Mietaufwand	20.000,00		
2	3224	Auszahlungen für Instandhaltung	4.000,00		
1	323	**Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)**	0,00	0,00	0,00
1	324	**Auszahlungen aus Finanzaufwand**	6.400,00	0,00	0,00
2	3241	Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden und derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft	6.400,00		
SU	32	***Summe Auszahlungen operative Gebarung***	71.400,00	0,00	0,00
SA 1	SA 1	***Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)***	193.600,00	0,00	0,00
Investive Gebarung					
1	333	**Einzahlungen aus Kapitaltransfers**	0,00	0,00	0,00
SU	33	***Summe Einzahlungen investive Gebarung***	0,00	0,00	0,00
1	341	**Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit**	700.000,00	0,00	0,00
2	3413	Auszahlungen für den Erwerb von Gebäuden und Bauten	700.000,00		
1	343	**Auszahlungen aus Kapitaltransfers**	0,00	0,00	0,00
SU	34	***Summe Auszahlungen investive Gebarung***	700.000,00	0,00	0,00
SA2	SA2	***Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33 - 34)***	-700.000,00	0,00	0,00
SA3	SA3	***Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)***	-506.400,00	0,00	0,00
1	351	**Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden**	450.000,00	0,00	0,00
2	3514	Einzahlungen aus Finanzschulden (Finanzunternehmen)	450.000,00		
SU	35	***Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit***	450.000,00	0,00	0,00
1	361	**Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden**	0,00	0,00	0,00
SU	36	***Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit***	0,00	0,00	0,00
SA4	SA4	***Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (35 - 36)***	450.000,00	0,00	0,00
SA5	SA5	***Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)***	-56.400,00	0,00	0,00

[92]

[92] Zugleich Budget des Ansatzes 240000.

5.7 Ergebnis des E-VA

Wenn sämtliche Geschäftsfälle im Voranschlag eingearbeitet und die zweckgebundenen Haushaltsrücklagen mit und gegebenenfalls ohne Zahlungsmittelreserve im Voranschlag berücksichtigt wurden, kann ein vorläufiges Nettoergebnis nach Haushaltsrücklagen (SA00) für den Gesamthaushalt berechnet werden.

Ist das Nettoergebnis (SA00) und der Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (SA5) im Gesamthaushalt positiv, kann die Gemeinde eine allgemeine Haushaltsrücklage mit ZMR in den Voranschlag einarbeiten. Sie kann maximal in Höhe des (positiven) Nettoergebnisses nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen (SA00) nach Maßgabe der Zahlungsmittel (SA5) eine solche allgemeine Haushaltsrücklage dotieren.[93]

Ist das Nettoergebnis (SA00) negativ, kann mit der Auflösung einer gegebenenfalls vorhandenen allgemeinen Haushaltsrücklage der Ausgleich des E-VA herbeigeführt werden.

Ist ein negatives Nettoergebnis (SA00) auf nicht zahlungswirksame Aufwendungen (etwa Abschreibungen) zurückzuführen, dann kann – soweit vorhanden – mit Auflösung einer „zweckgebundenen Haushaltsrücklage – Eröffnungsbilanz“ ebenfalls der E-VA ausgeglichen dargestellt werden.[94]

Beispiel – E-VA und F-VA des Gesamthaushaltes (Fortsetzung)

Sämtliche veranschlagte Geschäftsfälle werden auf Konten im E-VA und im F-VA erfasst. Die Konten werden über die MVAG auf bestimmten Positionen im E-VA und im F-VA zusammengefasst. Diese Positionen werden nach einer in der VRV 2015 vorgegebenen Systematik zu Summen und Salden zusammengezogen und letztlich vollständig zum E-VA und F-VA des Gesamthaushaltes zusammengeführt.

---

[93] Es ist zu beachten, dass manche regionalen GHR vorsehen können, dass eine allgemeine Haushaltsrücklage auch ohne Zahlungsmittelreserve gebildet werden kann.

[94] Für eine detaillierte theoretische Darstellung der zweckgebundenen Haushaltsrücklage – Eröffnungsbilanz siehe *Hörmann*, Leitfaden für die Eröffnungsbilanz nach der VRV 2015, RFG 1-2/2019, 140 ff sowie ÖWAV-Arbeitsbehelf 61, VRV in der Abwasser-, Abfall- und Schutzwasserwirtschaft (2018) 23.

Die Beispiel-Gemeinde weist im E-VA des Gesamthaushaltes ein positives Nettoergebnis nach Haushaltsrücklagen (SA00) in der Höhe von € 118.500,00 aus. Im F-VA des Gesamthaushaltes weist die Beispiel-Gemeinde einen positiven Saldo „Geldfluss aus der voranschlagwirksamen Gebarung (SA5)“ in der Höhe von € 97.700,00 aus.

Die Beispiel-Gemeinde kann daher überlegen, ob diese im Voranschlag die Dotierung einer allgemeinen Haushaltsrücklage mit Zahlungsmittelreserve in der Höhe von € 97.700,00 ausweist.[95]

Aus Vereinfachungsgründen wird auf diese Dotierung verzichtet, womit die beiden Spitzenkennzahlen bzw Ergebnisse des E-VA und des F-VA der Beispiel-Gemeinde anhand vereinfachter Angaben besser nachvollzogen werden kann.

In der Folge werden die beiden Gesamtbudgets E-VA und F-VA sowie die noch fehlenden Budgets der Gruppe 1 und der Gruppe 9 dargestellt.

Beispiel 13: E-VA und F-VA des Gesamthaushaltes (Fortsetzung)

[95] Siehe dazu Tabelle 25 und Tabelle 26.

Tabelle 25: E-VA Gesamthaushalt der Beispiel-Gemeinde

Ergebnisvoranschlag VA Gesamthaushalt					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
1	211	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	765.000,00		
1	212	Erträge aus Transfers	270.000,00		
SU	21	*Summe Erträge*	1.035.000,00	0,00	0,00
1	221	Personalaufwand	168.500,00		
1	222	Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	369.900,00		
1	223	Transferaufwand (laufende Transfers und Kapitaltransfers)	100.000,00		
1	224	Finanzaufwand	33.100,00		
SU	22	*Summe Aufwendungen*	671.500,00	0,00	0,00
SA 0	SA0	*(0) Nettoergebnis (21 - 22)*	363.500,00	0,00	0,00
1	230	Entnahmen von Haushaltsrücklagen	5.000,00		
1	240	Zuweisung an Haushaltsrücklagen	250.000,00		
SU	23	*Summe Haushaltsrücklagen*	-245.000,00	0,00	0,00
SA 00	SA00	*Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)*	118.500,00	0,00	0,00

Tabelle 26: F-VA Gesamthaushalt

Finanzierungsvoranschlag VA Gesamthaushalt					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
1	311	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	765.000,00	0,00	0,00
1	312	Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	250.000,00	0,00	0,00
1	313	Einzahlungen aus Finanzerträgen	0,00	0,00	0,00
SU	31	*Summe Einzahlungen operative Gebarung*	1.015.000,00	0,00	0,00
1	321	Auszahlungen aus Personalaufwand	165.500,00	0,00	0,00
1	322	Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	105.400,00	0,00	0,00
1	323	Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	100.000,00	0,00	0,00
1	324	Auszahlungen aus Finanzaufwand	33.100,00	0,00	0,00
SU	32	*Summe Auszahlungen operative Gebarung*	404.000,00	0,00	0,00
SA 1	SA 1	*Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)*	611.000,00	0,00	0,00
1	331	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00
1	332	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	0,00	0,00
1	333	Einzahlungen aus Kapitaltransfers	0,00	0,00	0,00
SU	33	*Summe Einzahlungen investive Gebarung*	0,00	0,00	0,00
1	341	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.225.000,00	0,00	0,00
1	342	Auszahlungen von gewährten Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	0,00	0,00
1	343	Auszahlungen aus Kapitaltransfers	0,00	0,00	0,00
SU	34	*Summe Auszahlungen investive Gebarung*	1.225.000,00	0,00	0,00
SA2	SA2	*Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33 - 34)*	-1.225.000,00	0,00	0,00
SA3	SA3	*Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)*	-614.000,00	0,00	0,00
1	351	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	800.000,00	0,00	0,00
SU	35	*Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit*	800.000,00	0,00	0,00
1	361	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	88.300,00	0,00	0,00
SU	36	*Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit*	88.300,00	0,00	0,00
SA4	SA4	*Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (35 - 36)*	711.700,00	0,00	0,00
SA5	SA5	*Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)*	97.700,00	0,00	0,00

Tabelle 27: E-VA Bereichsbudget der Gruppe 0

Ergebnisvoranschlag VA Bereichsbudget 0 / Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
SU	21	***Summe Erträge***	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1	**221**	**Personalaufwand**	**91.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	2211	Personalaufwand (Bezüge, Nebengeb., Mehrleistungen)	80.000,00	0,00	0,00
2	2212	Gesetzlicher und freiwilliger Sozialaufwand	9.000,00	0,00	0,00
2	2214	Nicht finanzierungswirksamer Personalaufwand	2.000,00	0,00	0,00
1	**222**	**Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	**56.900,00**	**0,00**	**0,00**
2	2221	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	3.500,00	0,00	0,00
2	2222	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	2.900,00	0,00	0,00
2	2224	Instandhaltung	500,00	0,00	0,00
2	2226	Nicht finanzierungswirksamer Sachaufwand	50.000,00	0,00	0,00
SU	22	***Summe Aufwendungen***	**147.900,00**	**0,00**	**0,00**
SA 0	SA0	***(0) Nettoergebnis (21 - 22)***	**-147.900,00**	**0,00**	**0,00**
SA 00	SA00	***Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)***	**-147.900,00**	**0,00**	**0,00**

Tabelle 28: F-VA Bereichsbudget der Gruppe 0

Finanzierungsvoranschlag VA Bereichsbudget 0 / Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
1	311	**Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00
SU	31	***Summe Einzahlungen operative Gebarung***	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1	321	**Auszahlungen aus Personalaufwand**	89.000,00	0,00	0,00
2	3211	Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)	80.000,00	0,00	0,00
2	3212	Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen	9.000,00	0,00	0,00
1	322	**Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)**	6.900,00	0,00	0,00
2	3221	Auszahlungen für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	3.500,00	0,00	0,00
2	3222	Auszahlungen für Verwaltungs- und Betriebsaufwand	2.900,00	0,00	0,00
2	3224	Auszahlungen für Instandhaltung	500,00	0,00	0,00
SU	32	***Summe Auszahlungen operative Gebarung***	**95.900,00**	**0,00**	**0,00**
SA 1	SA 1	***Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)***	**-95.900,00**	**0,00**	**0,00**
Investive Gebarung					
1	341	**Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit**	150.000,00	0,00	0,00
2	3415	Auszahlungen für den Erwerb von Amts-, Betriebs- und Geschäftsaustattung	150.000,00		
SU	34	***Summe Auszahlungen investive Gebarung***	**150.000,00**	**0,00**	**0,00**
SA2	SA2	***Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33 - 34)***	**-150.000,00**	**0,00**	**0,00**
SA3	SA3	***Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)***	**-245.900,00**	**0,00**	**0,00**
SA5	SA5	***Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)***	**-245.900,00**	**0,00**	**0,00**

Tabelle 29: E-VA Bereichsbudget der Gruppe 9

Ergebnisvoranschlag VA Bereichsbudget 9 / Finanzwirtschaft					
MVAG Ebene	**MVAG Code**	**Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)**	**VA 2020**	**VA 2019**	**RA 2018**
1	**211**	**Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit**	**400.000,00**	**0,00**	**0,00**
2	2111	Erträge aus eigenen Abgaben	100.000,00		
2	2112	Erträge aus Ertragsanteilen	300.000,00		
SU	**21**	***Summe Erträge***	**400.000,00**	**0,00**	**0,00**
SU	**22**	***Summe Aufwendungen***	**0,00**	**0,00**	**0,00**
SA 0	**SA0**	***(0) Nettoergebnis (21 - 22)***	**400.000,00**	**0,00**	**0,00**
SU	**23**	***Summe Haushaltsrücklagen***	**0,00**	**0,00**	**0,00**
SA 00	**SA00**	***Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 + / - SU23)***	**400.000,00**	**0,00**	**0,00**

Tabelle 30: F-VA Bereichsbudget der Gruppe 9

Finanzierungsvoranschlag VA Bereichsbudget 9 / Finanzwirtschaft					
MVAG Ebene	MVAG Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	VA 2020	VA 2019	RA 2018
1	311	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	400.000,00	0,00	0,00
2	3111	Einzahlungen aus eigenen Abgaben	100.000,00		
2	3112	Einzahlungen aus Ertragsanteilen	300.000,00		
SU	31	*Summe Einzahlungen operative Gebarung*	400.000,00	0,00	0,00
SA 1	SA 1	*Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31 - 32)*	400.000,00	0,00	0,00
SA3	SA3	*Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)*	400.000,00	0,00	0,00
SA5	SA5	*Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)*	400.000,00	0,00	0,00

AUTORENVERZEICHNIS

Mag. (FH) Andreas Auer

Jg. 1981, Abschluss des Studiengangs „Public Management“ an der FH Kärnten im Jahr 2005 (Auslandssemester an der FH Harz), 7-jährige Tätigkeit im halböffentlichen und privatwirtschaftlichen Sektor, Eintritt in den niederösterreichischen Landesdienst im Mai 2011 in die Abteilung Gemeinden – Fachbereich Gebarungsprüfung.

Mag. Maria Bogensberger

Jg. 1956, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Klagenfurt mit den Spezialgebieten Steuern, Finanzierung und Controlling; seit 1992 Geschäftsführende Gesellschafterin der Quantum Institut für betriebswirtschaftliche Beratung GmbH; Allgemein beeidete und gerichtlich zertifizierte Sachverständige für die Fachgebiete Rechnungswesen der öffentlichen Verwaltung, Gebühren- und Tarifkalkulation in der Ver- und Entsorgung, Gebarungsprüfung für öffentliche Verwaltungen sowie für Unternehmen von öffentlichem Interesse; Certified Management Consultant (CMC); Vizepräsidentin des ÖWAV.

Elisa Holzapfel, BA

Jg. 1990, Studium an der FH Wien der WKW, Studiengang Finanz-, Rechnungs- und Steuerwesen. Seit 2014 Berufsanwärterin in der NÖ GBG; Ansprechpartnerin im Bereich VRV 2015 – Eröffnungsbilanz für Gemeinden, Steuern für Körperschaften öffentlichen Rechts, Arbeitsrecht und Bilanzierung, Fachautorin und Fachvortragende für Gemeinden.

MMag. Dr. Hans-Jörg Hörmann

Jg. 1971, Abschluss eines Rechts- und Betriebswirtschaftsstudiums an der Karl-Franzens-Universität Graz, 8-jährige Tätigkeit im Bereich der Wirtschaftsförderung, Eintritt in den Landesdienst des Landes Steiermark im Juni 2009 in die heutige Abteilung 7 Gemeinden, Wahlen und ländlicher Wegebau, Leitung des Referates Gemeindeaufsicht und wirtschaftliche Angelegenheiten.

Dr. Christina Pfau

Jg. 1978, Abschluss des Studiums der Rechtswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität Graz, 2005 bis 2008 Verwaltungsgerichtshof, seither in der Budgetsektion des Bundesministeriums für Finanzen tätig (seit 2015 in der Abteilung Finanzverfassung und Finanzausgleich), Fachautorin und Fachvortragende im Haushaltsrecht an diversen Fortbildungseinrichtungen des Bundes.

Dr. Gerhard Pircher

Jg. 1962, Studium an der Wirtschaftsuniversität Wien, Studienrichtung Handelswissenschaften. 1992 Bestellung zum Steuerberater, 1997 Bestellung zum Wirtschaftsprüfer. Seit 2003 Gesellschafter und Geschäftsführer der NÖ Gemeinde Beratungs & Steuerberatungs GesmbH (NÖ GBG) in St. Pölten, Fachautor und Fachvortragender.

Christian Schleritzko, MSc

Jg. 1962, Eintritt in den niederösterreichischen Landesdienst im März 1982 in die Abteilung Gemeinden – Fachbereich Gebarungsprüfung, 1992 Bestellung zum Leiter einer Gebarungsprüfungsgruppe in der Abteilung Gemeinden, nebenberuflich Absolvierung eines Masterstudienlehrganges, Konsulent beim Österreichischen Gemeindebund in den Bereichen Haushaltswesen und E-Government.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Voranschlagsvergleich – Einführung der VRV 2015 16

Abbildung 2: Aufbau des Voranschlages 18

Abbildung 3: Vergleich der Voranschläge − Bestandteile und Aufbau der Voranschläge (vorsorgliche Unterteilung des Ergebnisvoranschlages) 20

Abbildung 4: möglicher zeitlicher Ablauf zur Erstellung der Eröffnungsbilanz (EB)… 35

Abbildung 5: Teile des Finanzierungshaushaltes 48

Beispielverzeichnis

Beispiel 1: Bindungswirkung des Voranschlags − Mittelverwendung 13

Beispiel 2: Grundangaben zur Beispiel-Gemeinde 39

Beispiel 3: Vorläufiger Ergebnisvoranschlag der Beispiel-Gemeinde (Basis) 44

Beispiel 4: Vorläufiger F-VA der Beispiel-Gemeinde (Fortsetzung) 52

Beispiel 5: Übernahme aoH in den F-VA der Beispiel-Gemeinde (Fortsetzung) 59

Beispiel 6: Auswirkungen der Übernahme aoH in den F-VA (Fortsetzung) 62

Beispiel 7: Frei verfügbare Mittel nach Übernahme aoH in den F-VA (Fortsetzung) . 66

Beispiel 8: Planung neuer investiver Vorhaben (Fortsetzung) 68

Beispiel 9: Frei verfügbare Mittel nach Übernahme aoH in den F-VA (Fortsetzung) . 73

Beispiel 10: Planung der Finanzierungstätigkeit (Fortsetzung) 74

Beispiel 11: Planung zweckgebundene Haushaltsrücklage mit ZMR (Fortsetzung).. 78

Beispiel 12: Planung zweckgeb. Haushaltsrücklage ohne ZMR (Fortsetzung)..... 82

Beispiel 13: E-VA und F-VA des Gesamthaushaltes (Fortsetzung)..... 87

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Vorläufiger Detailnachweis der Konten – Ansatz 010000; E-VA 45
Tabelle 2: Vorläufiger Detailnachweis der Konten – Ansatz 240000; E-VA 46
Tabelle 3: Vorl. Detailnachweis der Konten – Ansatz 851000; E-VA 47
Tabelle 4: Vorl. Detailnachweis der Konten – Ansatz 010000; E- und F-VA 53
Tabelle 5: Vorl. Detailnachweis der Konten – Ansatz 240000; E- und F-VA 54
Tabelle 6: Vorl. Detailnachweis der Konten – Ansatz 851000; E- und F-VA 55
Tabelle 7: Detailnachweis der Konten – Ansätze 920 und 925; E- und F-VA 56
Tabelle 8: Erfassung von aoH-Vorhaben im Nachweis der Investitionstätigkeit 60
Tabelle 9: Teilbericht mehrjährige investive Einzelvorhaben 61
Tabelle 10: Ansatz 240000 E-VA und F-VA nach Übernahme aoH-Vorhaben 63
Tabelle 11: Ansatz 240000 – investive Gebarung nach Übernahme aoH-Vorhaben 64
Tabelle 12: Nachweis der Investitionstätigkeit der Beispiel-Gemeinde (vollständig) 69
Tabelle 13: Detailnachweis der Konten – Ansatz 010 der Beispiel-Gemeinde..... 70
Tabelle 14: Detailnachweis der Konten – Ansatz 851 (SA0/SA1) 71
Tabelle 15: Detailnachweis der Konten – Ansatz 851 (SA00 bis SA 3) 72
Tabelle 16: Detailnachweis der Konten – Ansatz 240 (SA 2 bis SA 5) 75
Tabelle 17: Detailnachweis der Konten – Ansatz 851 (SA 00 bis SA 5) 76
Tabelle 18: Wesentl. (Teil-)Haushalte für die Planung der zweckgebundenen HHR 77
Tabelle 19: E-VA Bereichsbudgets der Gruppe 8 79
Tabelle 20: F-VA Bereichsbudgets der Gruppe 8 (bis SA3) 80
Tabelle 21: F-VA Bereichsbudgets der Gruppe 8 (bis SA5) 81
Tabelle 22: E-VA Bereichsbudget der Gruppe 2 83
Tabelle 23: F-VA Bereichsbudget der Gruppe 2 (bis SA1) 84
Tabelle 24: F-VA Bereichsbudget der Gruppe 2 (bis SA5) 85
Tabelle 25: E-VA Gesamthaushalt der Beispiel-Gemeinde 88
Tabelle 26: F-VA Gesamthaushalt 89
Tabelle 27: E-VA Bereichsbudget der Gruppe 0 90
Tabelle 28: F-VA Bereichsbudget der Gruppe 0 91
Tabelle 29: E-VA Bereichsbudget der Gruppe 9 92
Tabelle 30: F-VA Bereichsbudget der Gruppe 9 93

Abkürzungsverzeichnis

A	Abschnitt
Abs.	Absatz
AfA	Abschreibung für Abnutzung
AHk	Anschaffungs- und Herstellungskosten
Art.	Artikel
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
B-VG	Bundesverfassungsgesetz
bzw	beziehungsweise
EHH	Ergebnishaushalt
ER	Ergebnisrechnung
etc	et cetera
EW	EinwohnerInnen
E-VA	Ergebnisvoranschlag
FAG	Finanzausgleichsgesetz
F-VA	Finanzierungsvoranschlag
F-VG	Finanz-Verfassungsgesetz
FR	Finanzierungsrechnung
GA	Gemeindeaufsichten Österreich (in der Folge kurz: GA)
gem.	gemäß
HB-System	Haushaltsbuchführungssystem
HH	Haushalt
IFRS	International Financial Reporting Standards
IPSAS	International Public Sector Accounting Standards
KDZ	Managementberatungs- und Weiterbildungs GmbH
KFZ	Kraftfahrzeug
KZ	Kennzahl
lt	laut
MVAG	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppe
ND	Nutzungsdauer
NVG	Nicht voranschlagswirksame Gebarung
NÖ GBG	Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgesmbH
OÖ	Oberösterreich

Abkürzungsverzeichnis

ÖHW	Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich
ÖStP	Österreichischer Stabilitätspakt
G	Gruppe
GA	Gemeindeaufsichten Österreichs
QUANTUM	Quantum Institut für betriebswirtschaftliche Beratung GmbH
RA	Rechnungsabschluss
RFG	Recht & Finanzen für Gemeinden
RL	Rücklage
SA	Saldo
SU	Summe
TA	Teilabschnitt
UA	Unterabschnitt
UGB	Unternehmensgesetzbuch
UK	Unterklasse
VA	Voranschlag
VHH	Vermögenshaushalt
vgl.	vergleiche
VRV	Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung
WRG	Wasserrechtsgesetz
zB	zum Beispiel
ZMR	Zahlungsmittelreserve

Literaturverzeichnis

Hörmann, VRV 2015 – die Umsetzung auf der Gemeindeebene, in *Auer/Bogensberger/ Holzapfel/Hörmann/Matzinger/Pfau/Pircher/Schleritzko,* Kommunale Haushaltsrechtsreform und VRV 2015, RFG-SR 4/2018, 29.

Hörmann, Leitfaden für die Eröffnungsbilanz nach der VRV 2015, RFG-SR 1−2/2019.

KDZ Kontierungsleitfaden 2018 für Gemeinden und Gemeindeverbände lt. VRV 2015 (2018).

Neuhofer, Gemeinderecht. Organisation und Aufgaben der Gemeinden in Österreich[2] (1998).

ÖWAV-Arbeitsbehelf 61, VRV in der Abwasser-, Abfall- und Schutzwasserwirtschaft (2018).

Hengstschläger, 12. Teil, Gemeindehaushaltsrecht, in *Pabel* (Hrsg), Das österreichische Gemeinderecht (Stand 2008).

SCHRIFTENREIHE RFG
RECHT & FINANZEN FÜR GEMEINDEN

2003

Band 3/2003
Flotzinger/Leiss
Gemeindeabgaben im Insolvenzverfahren IV
32 Seiten. EUR 9,80
ISBN 978-3-214-14475-3

Band 4/2003
Becker/Jäger/Kirowitz/Suárez/Trenker
Lenkungseffekte von Abgaben auf Handymasten
54 Seiten. EUR 15,20
ISBN 978-3-214-14476-0

Band 5/2003
Hink/Mödlhammer/Platzer (Hrsg)
Auswirkungen des Regierungsprogramms auf die Gemeinden
126 Seiten. EUR 28,–
ISBN 978-3-214-14477-8

2004

Band 1/2004
Achatz/Oberleitner
Besteuerung und Rechnungslegung der Vereine
76 Seiten. EUR 18,80
ISBN 978-3-214-14473-9

Band 2/2004
Huber/Noor/Trieb/Reifberger
Die Gemeinden und ihre straßenpolizeilichen Aufgaben
88 Seiten. EUR 21,–
ISBN 978-3-214-14474-6

Band 3/2004
Colcuc-Simek/Mader/Skala/Viehauser/Zimmerl
Herausforderung Siedlungswasserwirtschaft
80 Seiten. EUR 18,80
ISBN 978-3-214-14478-4

Band 4/2004
Kerschner/Wagner/Weiß
Umweltrecht für Gemeinden
172 Seiten. EUR 36,–
ISBN 978-3-214-14479-0

Band 5/2004
Schmied
Facility Management
64 Seiten. EUR 14,80
ISBN 978-3-214-14482-1

Band 6/2004
Österr. Gemeindebund
Katastrophenschutz – Katastrophenbewältigung
94 Seiten. EUR 22,80
ISBN 978-3-214-14481-4

2005

Band 1/2005
Hink/Leininger-Westerburg/Rupp
E-Government – Leitfaden für Bürgermeister und Gemeindebedienstete
64 Seiten. EUR 14,80
ISBN 978-3-214-14483-8

Band 2/2005
Heiss/Dietmar Pilz
Kosten- und Leistungsrechnung der Siedlungswasserwirtschaft
78 Seiten. EUR 19,80
ISBN 978-3-214-14484-5

Band 3 – 4/2005
Mitterbacher/Schrittwieser
Kommunales Abgabenstrafrecht
196 Seiten. EUR 38,–
ISBN 978-3-214-14487-6

Band 5/2005
Achatz/Hacker-Ostermann/Heiss/Pilz
Betriebsprüfung in der Gemeinde
95 Seiten. EUR 24,–
ISBN 978-3-214-14486-9

2006

Band 1 – 2/2006
Sachs/Hahnl
Das neue Bundesvergaberecht 2006 – Leitfaden für Länder und Gemeinden
162 Seiten. EUR 36,–
ISBN 978-3-214-14485-2

Reihenübersicht

Band 3/2006
Kommunalnet E-Government Solutions GmbH
Handbuch Kommunalnet
84 Seiten. EUR 19,80
ISBN 978-3-214-14488-3

Band 4.a/2006
Mugler/Fink/Loidl
Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe im ländlichen Raum
52 Seiten. EUR 13,80
ISBN 978-3-214-14489-0

Band 4.b/2006
Österreichischer Gemeindebund (Hrsg)
Zukunft ländliche Gemeinde Diskussionsbeiträge zum Österreichischen Gemeindetag 2006
108 Seiten. EUR 26,–
ISBN 978-3-214-14490-6

Band 5/2006
Mazal (Hrsg)
Zur sozialen Stellung von Gemeindemandataren
126 Seiten. EUR 28,80
ISBN 978-3-214-14491-3

2007

Band 1/2007
Aicher-Hadler
Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Bürgermeisters
52 Seiten. EUR 14,–
ISBN 978-3-214-14480-7

Band 2/2007
Bacher/Grieb/Hartel/Heiss/Stabentheiner
Die Gemeinde als Vermieterin
116 Seiten. EUR 24,80
ISBN 978-3-214-14494-4

Band 3/2007
Hofinger/Hinteregger
Genossenschaften – eine Perspektive für Kommunen
38 Seiten. EUR 9,90
ISBN 978-3-214-14495-1

Band 4/2007
Handler/Mazal/Weber
Kommunale Sommergespräche 2007
76 Seiten. EUR 18,80
ISBN 978-3-214-14497-5

Band 5/2007
Reinhard Haider
Umsetzung von E-Government
72 Seiten. EUR 18,80
ISBN 978-3-214-18821-4

2008

Band 1 –2/2008
Sachs/Hahnl
Das neue Bundesvergaberecht 2006 – Leitfaden für Länder und Gemeinden. 2. Auflage
164 Seiten. EUR 38,–
ISBN 978-3-214-14498-2

Band 3/2008
Achatz/Brassloff/Brenner/Schauer
Kommunale KG-Modelle und Rechnungsabschlüsse auf dem Prüfstand
52 Seiten. EUR 14,80
ISBN 978-3-214-14499-9

Band 4/2008
Mugler/Loidl/Fink/Lang/Teodorowicz
Gemeindeentwicklung in Zentraleuropa
48 Seiten. EUR 12,50
ISBN 978-3-214-00542-9

2009

Band 1/2009
Lukas Held
Haushaltsführung und Verantwortlichkeit der Gemeindeorgane
124 Seiten. EUR 28,–
ISBN 978-3-214-14500-2

Band 2/2009
Hoffer/M. Huber/Noor/Reifberger/Rettenbacher/M. Schneider
Die Gemeinde und ihre straßenpolizeilichen Aufgaben. 2. Auflage
96 Seiten. EUR 22,80
ISBN 978-3-214-14501-9

Band 3/2009
Günther Löwenstein
Die finanzstrafrechtliche Verantwortung der Gemeinde
48 Seiten. EUR 9,90
ISBN 978-3-214-14502-6

Band 4/2009
Alfred Riedl
Richtlinien für Finanzgeschäfte der Gemeinden
24 Seiten. EUR 4,90
ISBN 978-3-214-14503-3

Band 5/2009
Gabriele Aicher-Hadler
Verantwortlichkeit bei Amtsmissbrauch und Korruption. 2. Auflage
52 Seiten. EUR 14,60
ISBN 978-3-214-14504-0

Band 6/2009
A. Enzinger/M. Papst
Mittelfristige Finanzplanung in Gemeinden
104 Seiten. EUR 26,–
ISBN 978-3-214-14505-7

2010

Band 1/2010
Bacher/Heiss/Klausbruckner/G. Stabentheiner/Schweyer
Energieausweis für Gemeinden
88 Seiten. EUR 18,80
ISBN 978-3-214-14506-4

Band 2/2010
Weber/Kahl/Trixner
Verpflichtendes Vorschul- oder Kindergartenjahr
80 Seiten. EUR 16,80
ISBN 978-3-214-14507-1

Band 3/2010
Postgeschäftsstellenbeirat (Hrsg)
Von der Postliberalisierung zur Postgeschäftsstelle
64 Seiten. EUR 14,80
ISBN 978-3-214-14508-8

Band 4/2010
Hink/Rupp/Parycek
E-Government in Gemeinden
56 Seiten. EUR 12,80
ISBN 978-3-214-14509-5

Band 5/2010
Hofbauer//Kamhuber/Krammer/Mühlberger/Ninaus/Pilz/Rathgeber/Ritz/Veigl
Leitfaden zum Kommunalsteuerrecht
124 Seiten. EUR 28,60
ISBN 978-3-214-14510-1

2011

Band 1/2011
Zechner
Strategische Kommunikationspolitik als Erfolgsfaktor für Gemeinden
44 Seiten. EUR 9,80
ISBN 978-3-214-14511-8

Band 2/2011
Matschek
Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)
120 Seiten. EUR 28,–
ISBN 978-3-214-14512-5

Band 3/2011
Steindl/Wiese
Optimales Krisenmanagement für Gemeinden
120 Seiten. EUR 28,–
ISBN 978-3-214-14513-2

Band 4/2011
Klug
Einführung in das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen
36 Seiten. EUR 7,90
ISBN 978-3-214-14514-9

Band 5/2011
Breuss/Pilz/Pletz/Pölzl/Strohrigl/Teuschler
Haushaltskonsolidierung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten
88 Seiten. EUR 20,–
ISBN 978-3-214-14515-6

2012

Band 1 –2/2012
Sachs/Hahnl-Trettnak
Das neue Bundesvergaberecht 2006, 3. Auflage
158 Seiten. EUR 38,–
ISBN 978-3-214-14516-3

Band 3/2012
Jauk/Kronberger
Gender Budgeting
67 Seiten. EUR 16,80
ISBN 978-3-214-14517-0

2013

Band 1/2013
Aicher-Hadler
Verantwortlichkeit bei Amtsmissbrauch und Korruption, 3. Auflage
64 Seiten. EUR 14,80
ISBN 978-3-214-14518-7

Band 2/2013
Achatz/Oberleitner
Besteuerung und Rechnungslegung der Vereine, 2. Auflage
64 Seiten. EUR 14,80
ISBN 978-3-214-14472-2

Reihenübersicht

Band 3/2013
Eckschlager
Rechte und Pflichten der Gemeindevertreter
74 Seiten. EUR 16,80
ISBN 978-3-214-14519-4

Band 4/2013
Mathis
Standort-, Gemeinde- und Regionalentwicklung
70 Seiten. EUR 16,80
ISBN 978-3-214-14520-0

Band 5 – 6/2013
Kerschner/Wagner/Weiß
Umweltrecht für Gemeinden, 2. Auflage
124 Seiten. EUR 28,80
ISBN 978-3-214-14521-7

2014

Band 1 – 2/2014
Sachs/Trettnak-Hahnl
Das neue Bundesvergaberecht, 4. Auflage
120 Seiten. EUR 28,80
ISBN 978-3-214-02557-1

Band 3/2014
Steinkellner/Zheden
Prozessanalyse zur Einführung des Elektronischen Akts in der Gemeindeverwaltung
80 Seiten. EUR 18,80
ISBN 978-3-214-02558-8

Band 4 – 5/2014
Parycek/Kustor/Reichstädter/Rinnerbauer
E-Government auf kommunaler Ebene
Ein rechtlich-technischer Leitfaden zur Umsetzung von E-Government
128 Seiten. EUR 30,80
ISBN 978-3-214-02559-5

2015

Band 1/2015
Flotzinger/Leiss
Gemeindeabgaben im Insolvenzverfahren, 2. Auflage
32 Seiten. EUR 7,80
ISBN 978-3-214-03823-6

Band 2/2015
Nestler/Freudhofmeier/Geiger/Prucher
Besteuerung von Gemeindemandataren
98 Seiten. EUR 22,80
ISBN 978-3-214-03824-3

Band 3/2015
Promberger/Mayr/Ohnewas
Analyse der Gemeindefinanzen vor dem Hintergrund eines aufgabenorientierten Finanzausgleichs
88 Seiten. EUR 20,80
ISBN 978-3-214-03825-0

Band 4/2015
KWG (Hrsg),
Bork/Egg/Giese/Hütter/Poier
Direkte Demokratie und Partizipation in den österreichischen Gemeinden
90 Seiten. EUR 20,80
ISBN 978-3-214-03826-7

Band 5/2015
Hödl/Rohrer/Zechner
Open Data und Open Innovation in Gemeinden
62 Seiten. EUR 14,80
ISBN 978-3-214-03827-4

2016

Band 1/2016
Bacher/Hartel/Schedlmayer/G. Stabentheiner
Immobilien sinnvoll nutzen – statt nur besitzen
104 Seiten. EUR 22,80
ISBN 978-3-214-03828-1

Band 2 – 3/2016
Sachs/Trettnak-Hahnl
Das neue Bundesvergaberecht, 5. Auflage
112 Seiten. EUR 22,80
ISBN 978-3-214-03829-8

Band 4/2016
Promberger/Mayr/Ohnewas
Aufgabenorientierter Finanzausgleich
94 Seiten. EUR 22,80
ISBN 978-3-214-01164-2

Band 5/2016
Berl/Forster
Abfallwirtschaftsrecht
108 Seiten. EUR 22,–
ISBN 978-3-214-03654-6

2017

Band 1/2017
Meszarits
Finanz-Kennzahlen für Gemeindehaushalte nach VRV 2015
58 Seiten. EUR 14,80
ISBN 978-3-214-08643-5

Band 2/2017
Pallitsch
Die Rechtsstellung des Nachbarn in Bauverfahren
54 Seiten. EUR 14,20
ISBN 978-3-214-08644-2

Band 3/2017
Hutter
Haftung der Gemeinde bei Hochwasser
98 Seiten. EUR 22,80
ISBN 978-3-214-08645-9

Band 4/2017
Graf/Križanac
„Datenschutz neu“ für Gemeinden
60 Seiten. EUR 15,80
ISBN 978-3-214-08646-6

Band 5/2017
Webinger
Im Zeitalter der Migration$^{mc^2}$
82 Seiten. EUR 20,80
ISBN 978-3-214-03143-5

2018

Band 1/2018
Paulitsch/Koukol
Anti-Korruptionsrecht und Compliance-Maßnahmen für GemeindevertreterInnen
80 Seiten. EUR 20,–
ISBN 978-3-214-02570-0

Band 2 – 3/2018
Sachs/Trettnak-Hahnl
Das neue Bundesvergaberecht, 6. Auflage
146 Seiten. EUR 34,–
ISBN 978-3-214-03830-4

Band 4/2018
Bogensberger ua
Kommunale Haushaltsrechtsreform und VRV 2015
112 Seiten. EUR 28,–
ISBN 978-3-214-02571-7

Band 5/2018
Volksanwaltschaft (Hrsg)
Die Volksanwaltschaft und die Gemeinden
76 Seiten. EUR 18,80
ISBN 978-3-214-02572-4

Band 1 – 2/2019
Hörmann
Leitfaden für die Eröffnungsbilanz nach der VRV 2015
204 Seiten. EUR 48,–
ISBN 978-3-214-02573-1

Band 3/2019
Auer ua
Erstmalige Erstellung des Voranschlags nach der VRV 2015
108 Seiten. EUR 26,–
ISBN 978-3-214-02574-8

IMPRESSUM

gem. § 24 MedienG

Offenlegung gem. § 25 MedienG und Angaben zu § 5 ECG abrufbar unter https://www.manz.at/impressum

Schriftenreihe des Österreichischen Gemeindebundes

Medieninhaber (Verleger):
MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Internet: www.manz.at
Anschrift: Kohlmarkt 16, A-1010 Wien
Verlagsadresse: Johannesgasse 23, A-1015 Wien, E-Mail: verlag@manz.at
Herausgeber: Dr. Walter Leiss, Österreichischer Gemeindebund
Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Markus Achatz, Bgm. Mag. Alfred Riedl, Mag. Dr. Peter Pilz
Verlagsredaktion: MMag. Franziska Koberwein, Johannesgasse 23, A-1015 Wien,
E-Mail: franziska.koberwein@manz.at
Bildnachweis: Dr. Walter Leiss © Ö. Gemeindebund, Bgm. Mag. Alfred Riedl © Matern